

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

**HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W35**
**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

**AUSGEGEBEN ANF: JUNI 1910
3. JAHR 6. HEFT**



**BERN
MAAD**

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH POLITISCHEN PROBLEMEN
GEWIDMET, INSBESONDERE DENEN DES INTERNATIONALISMUS.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET

MANUSKRIPTE SIND ZU RICHTEN AN ERICH LILIENTHAL, FRIEDENAU-
BERLIN, WILHELMSHÖHERSTR. 18/19. UNVERLANGTEN ZUSENDUNGEN
IST DAS RÜCKPORTO BEIZUFÜGEN.

ABHANDLUNGEN:

- DR. ERNST KLIEMKE-BERLIN, DIREKTOR DER OSTAFRIKANI-
SCHEN EISENBAHNGESELLSCHAFT: KULTUR UND ESPERANTO 403
GENERAL SEBERT (PARIS): DIE WELTSPRACHE..... 406
ERICH LILIENTHAL, BERLIN: INTERNATIONALISMUS UND NA-
TIONALGEFÜHL 412
PROF. R. HERCOD, LAUSANNE: VOLKSINITIATIVE UND REFEREN-
DUM IN DER SCHWEIZ 416
ABBÉ PAUL NAUDET (PARIS): DIE TRENNUNG VON KIRCHE UND
STAAT IN FRANKREICH 421
PROF. LUDWIG GURLITT-STEGLITZ: KATHOLIZISMUS GEGEN FREI-
DENKERTUM 429
CHARLOTTE ULLMANN-BERLIN: KULTUR UND NATIONALBE-
WUSSTSEIN IM ELSASS 432

CHRONIK DER POLITISCHEN ENT- WICKLUNG..... 436

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS: PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: DAS PROBLEM DES INTER- NATIONALISMUS 445

KORRESPONDENZEN:

- ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG..... 450
ADOLF DAMASCHKE, VORSITZENDER DES BUNDES DEUTSCHER BODENREFORMER
(BERLIN): ZUM KAMPF UM DIE REICHSZUWACHSSTEUER. — DR. ALFRED MAYER,
PRAG: EIN WOHNUNGSFÜRSORGEFONDS IN ÖSTERREICH (458). — CHRONIK (463).
SOZIALE ENTWICKLUNG 464
DR. MED. ADOLF FISCHER, KARLSRUHE: SOZIALHYGIENISCHE RUNDSCHAU. —
CHRONIK (468).
ARBEITERBEWEGUNG..... 470
PROF. DR. MELCHIOR PALAGYI, BUDAPEST: ARBEITERGYMNASIEN IN UNGARN.
TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT..... 472
LEOPOLD KATSCHER, MÜNCHEN: FUSANG. — CHRONIK (476).
MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:..... 478
LEO TOLSTOI: ÜBER DEN SELBSTMORD. — LEO TOLSTOI: GESPRÄCH MIT EINEM
WANDERER (479).
BILDUNGSWESEN..... 480
CHRONIK.

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

DR. ERNST KLIEMKE-BERLIN, DIREKTOR DER OST- AFRIKANISCHEN EISENBAHNGESELLSCHAFT: KULTUR UND ESPERANTO.



ULTUR ist bewußte Pflege, sei es des Menschen an sich, sei es des Volkes oder der Menschheit. Die bewußte Pflege steht dem sich selbst überlassenen, durch den Zufall bestimmten Leben gegenüber und ist ohne Erkenntnis von Zweck und Mittel nicht denkbar. Der höchste Zweck ist der Mensch und die Steigerung seines Lebens zu dem höchsten, dessen er fähig ist. Als gesellschaftliches Wesen kann er diesen Zweck nicht durch sich allein erreichen. Die Gemeinschaften, an deren Leben er teilnimmt, befruchtet und befruchtend, haben sich im Laufe der Entwicklung vermehrt und vergrößert, von der Familie zum Stamm, zum Volk und zu größeren, mehrere Völker umfassenden Verbänden. Eine organisierte Menschheit gibt es noch nicht. Da die Menschen verschieden sind, kommt es darauf an, Einrichtungen zu schaffen, welche die Werte, die in den Einzelnen liegen, nicht nur diesen in möglichst vollem Maße zugute kommen lassen, sondern sie auch für möglichst viele andere ausnutzen. Je größer deshalb die Gemeinschaft ist, in der jeder für alle und alle für jeden leben, und je mehr Verschiedenheiten sie umspannt, umso reicher wird ihr Leben und das der Einzelnen. In der Pflege der Verschiedenheiten, so daß sie nicht feindlich gegeneinander, sondern harmonisch für einander wirken, liegt das Hauptziel und die Hauptschwierigkeit der Kultur.

Bisher hat die Zivilisation, die Vorläuferin der Kultur, durch die Staatsordnung im allgemeinen und das Recht im besonderen in erster Reihe negativ gewirkt. Sie hat die Verschiedenheiten beschränkt, um Störungen des notwendigen Zusammenlebens zu verhindern; die positive Aufgabe, die Verschiedenheiten zu fördern, um das Leben aller zu bereichern, steht uns noch zum größten Teile bevor. Hier ist noch das Meiste dem Zufall überlassen; nicht die fruchtbarste Verschiedenheit siegt, sondern die mächtigste. Und der Sieg wird gewonnen nicht durch den im Menschen selbst liegenden Wert, sondern durch äußere Güter. Von den in der Gemeinschaft jeweils mächtigsten Gruppen hängt es ab, was als besonderes Gut geschätzt wird, kriegerische Stärke, vornehme Geburt, Reichtum. Der Aufbau des Staatswesens, wie er sich, auch mehr oder minder zufällig, geschichtlich entwickelt hat, bestimmt wieder, welche Gruppen das gesellschaftliche, und welche das politische Leben beherrschen. So kann in demselben Volke der Geldadel die Anschauungen und Bestrebungen des täglichen Lebens richten, und der Geburtsadel maßgebend sein für die Organe des Staates und sein Verhältnis zu anderen Staaten. Nirgends ist eine Gewähr dafür gegeben, daß die hier oder da ausschlaggebende Macht auch wirklich der Kultur dient, denn die Macht sieht nur sich und ihre eigensten Interessen. Sie kann die wertvollsten Persönlichkeiten unterdrücken, die fruchtbarsten Kulturkeime ersticken; denn daß der Gute oder das Gute sich immer Bahn bricht, ist eine der kindlichsten Phrasen der vom Zufall Begünstigten.

Als das Gemeinschaftsleben sich in der Hauptsache auf das Volk als die größte Einheit beschränkte, und die Selbständigkeit des Volkes die erste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und Stärkung seiner Kultur war, da mußten die Interessen der Einzelnen hinter denen der Gesamtheit in höherem Maße zurücktreten als heutzutage, wo ganz andere Verhältnisse vorliegen, wo nicht nur auf den meisten Lebensgebieten ein Volk auf das andere ange-

wiesen ist, sondern auch das Gemeinschaftsleben bei dem so bedeutend erleichterten und verbesserten Verkehre sich weit über die Staatsgrenzen ausgedehnt hat. Die Erzeugung und Verwertung wirtschaftlicher Güter findet nicht in den einzelnen Ländern nur für deren Bewohner statt, sondern von Erdteil zu Erdteil geht der Austausch, und nicht nur in Produkten, sondern auch in Produzenten. Dasselbe gilt von den geistigen Gütern. Immer größer wird das Gebiet einer reinen Kulturgemeinschaft, einer Gemeinschaft mit und für einander lebender Menschen, bei welcher die nationalen Eigentümlichkeiten entweder gar nicht in Frage kommen, oder nur insoweit, als sie Nutzen bringen. Soweit sie für diese höhere Gemeinschaft schädlich wirken, spricht das immer feiner werdende Kulturgewissen gegen sie und kennzeichnet ihre Träger als in der Kultur zurückgeblieben. Meist handelt es sich hier auch gar nicht um wirklich nationale Eigentümlichkeiten, sondern um Beschränktheiten, die von den daran interessierten Machtgruppen als Eigenart des ganzen Volkes ausgegeben werden.

Dem Leben eines Volkes entspricht seine Sprache. Auch sie ist ein Zufallsergebnis. Freilich, die Eigentümlichkeiten eines Volkslebens haben notwendigerweise zu einer Sprache geführt, die gerade diese Eigentümlichkeiten widerspiegelt. Aber wie die Entwicklung des Volkes selbst nicht nach einem bewußt durchgeführten Plane vor sich gegangen ist, so ist auch Form und Inhalt seiner Sprache von tausenderlei Zufällen bestimmt worden. Nicht die Sprache hat das Leben, sondern das Leben hat die Sprache geschaffen, nach den verschiedenen Bedürfnissen verschieden. Die Sprache ist deshalb auch immer etwas hinter dem Leben zurück. Auf der großen Masse des Volkes lastet das Gesetz der Trägheit, auch im geistigen Leben, und die hervorragenden Geister, die den Fortschritt bringen, brauchen lange Zeit, ehe sie verstanden werden; der alten Sprache sind die neuen Gedanken zu fremd, und erst wenn das Leben sie allmählich verwirklicht, ändert sich auch entsprechend die Sprache. So kann die Sprache zu einem Hemmnis der Kultur werden, wenn die Machthaber, die in jedem Fortschritt eine Gefahr für sich sehen, den alten Sinn — der inzwischen zum Unsinn geworden ist — so lange wie möglich aufrecht erhalten.

Dehnt sich nun die Kulturgemeinschaft immer weiter über die verschiedenen Sprachgemeinschaften aus, so ist es klar, daß auch hier wieder die Entwicklung um so mehr dem Zufall unterworfen ist, je verschiedenartiger die Sprachen sind, die den Einzelnen das Verständnis des vorhandenen oder sich bildenden Gemeinsamen vermitteln sollen. Besteht eine Gemeinschaft nur unter romanischen oder nur unter slavischen Völkern, so sind Mißverständnisse innerhalb ihrer weniger häufig als bei einer Gemeinschaft, die sich über beide oder mehr Guppen erstreckt. Nicht jeder, der unmittelbar oder mittelbar mit Angehörigen eines anderen Volkes zu tun hat, kann seine Sprache lernen, und in jedem Lande ist die überwiegende Mehrheit des Volkes ohne Kenntnis einer, geschweige denn mehrerer oder gar aller fremden Sprachen. Was sie von anderen Völkern erfahren, lernen sie nur in ihrer Sprache kennen, und vom Zufall hängt es ab, von wem und wie es ihnen übermittelt wird. Durch die Verschiedenart der Sprachen kann es kommen, daß Gedanken und Bestrebungen in einem Volke als Vertreter der Kulturgemeinschaft einem anderen zu dieser gehörigen Volke als fremd, ja, feindlich erscheinen, während in Wahrheit die Interessen zusammengehen. Hier wiederholt sich im Leben der Völker, was ich vorher von dem Zurückbleiben der Sprache hinter dem Leben bei den eigenen Volksgenossen gesagt habe. Denn die Völker sind

so gut — und so schlecht — Persönlichkeiten wie die einzelnen Menschen. Während aber die einzelnen Menschen zunächst nur an sich denken, liegt es in der Natur der Volksgemeinschaften, die Interessen der Gesamtheit über die der Einzelnen zu stellen. Sie pflegen diese Interessen bewußt und treiben insoweit wirkliche Kultur. Damit ist aber auch die Möglichkeit gegeben, die Kultur auf die größere Gemeinschaft auszudehnen, Zweck und Mittel zu erkennen, und die Entwicklung immer planmäßiger, vom Zufall unabhängiger zu fördern. Man muß also dahin kommen, auf allen Gebieten, wo gemeinsame Interessen vorliegen, die Klüfte zu überbrücken, die jetzt noch den unmittelbaren Verkehr aller mit allen verhindern, alle die Hemmungen müssen ausgeschaltet werden, welche die Kraft von der einen Stelle nicht auf andere ihrer bedürftige übergehen lassen; die Kräfte, die jetzt zur Überwindung vermeidbarer Hindernisse vergeudet werden, müssen für wertvolle Zwecke nutzbar gemacht werden.

Das erste Mittel zu diesem Zweck ist eine gemeinsame Hilfssprache, eine zweite, für alle gleiche Sprache neben der Muttersprache, ein einfaches, und doch allen Anforderungen der Kultur genügendes Verständigungsmittel, mit dem sich jeder vertraut machen kann und muß. Das kann keine lebende, geschichtlich gewordene Sprache sein, weil diese weder einfach genug, noch sonst geeignet sind, mit Rücksicht auf die gegebenen nationalen Sonderheiten den gemeinschaftlichen Interessen zu dienen, und es muß eine Sprache sein, neben der sich die Muttersprache in ihrer Eigenart erhalten und weiter entfalten kann. Denn nur aus Verschiedenheiten kann sich die Kultur bereichern.

Der Gedanke, eine internationale Hilfssprache zu schaffen, reicht jahrhundertweit zurück, aber erst unsere Zeit hat das Problem gelöst, theoretisch im Volapük, praktisch im Esperanto. Das immer mehr zunehmende Verständnis für den hohen Kulturwert einer Hilfssprache, das immer dringender werdende Bedürfnis nach einem brauchbaren internationalen Verständigungsmittel, und die nach jeder Richtung hin erprobte Zweckmäßigkeit Esperantos haben bewirkt, daß diese Sprache, besonders in den letzten fünf Jahren, eine überraschende Verbreitung in allen Kulturländern der Erde gefunden hat, mit einer sich auf alle Lebensgebiete erstreckenden Anwendung. Natürlich fehlt es nicht, wie bei jeder großen Idee, an Leuten, namentlich Theoretikern mit besonderer ästhetischer oder logischer Veranlagung, welche die Sprache in diesem oder jenem Punkte anders haben möchten. Aber sie bedenken nicht, daß sie nach ihrem individuellen Geschmacke empfinden, und daß bei einer Sprache, die ein rein praktisches Hilfsmittel für alle Völker sein soll, unmöglich in jeder Einzelheit auf alle denkbaren Verschiedenheiten Rücksicht genommen werden kann. So wird denn auch bei Esperanto nicht nur von Angehörigen verschiedener Völker, sondern eines und desselben Volkes als besonderer Vorzug gelobt, was von einzelnen Eigenbröttern als änderungsbedürftig hingestellt wird. Wie sehr aber Esperanto das praktisch Richtige getroffen hat, und von welcher Begeisterung es bei allen Völkern getragen wird, beweist die Tatsache, daß auf dem IV. internationalen Kongresse in Dresden 1908, auf dem 40 Nationen mit 1500 Teilnehmern vertreten waren, mit ergreifender Einmütigkeit der Versuch abgelehnt wurde, durch angebliche Reformen die bisher so erfolgreiche Bewegung zu schwächen, und daß der Aufschwung der Bewegung nie so stark war wie gerade seit diesem Schwächungsversuch. Volapük, das gleich zu Anfang einen verhältnismäßig großen und schnellen Erfolg errungen hatte, ist in der ersten Krise, die durch Verbesserungsversuche in sein Leben gebracht wurde, für immer zugrunde ge-

gangen. Esperanto ist zu einer lebendigen Sprache geworden, die ihre Lebensfähigkeit und ihre Nützlichkeit nicht mehr zu beweisen braucht. Um sie in vollem Maße für die Kultur auszunutzen, muß nur dahin gewirkt werden, daß sie selbstverständliches Allgemeingut aller Kulturvölker wird, ein geistiges Verkehrsmittel, dessen sich jeder bedienen kann, wie der Post, des Telegraphen, der Eisenbahn.

Wenn die „Dokumente des Fortschritts“, die ja in erfreulicher Weise die den Völkern gemeinschaftlichen Interessen pflegen wollen, statt in vier verschiedenen Sprachen geschrieben und gedruckt zu werden, nur noch in Esperanto erscheinen werden, dann werden sie ungleich reichere Früchte tragen, als sie es jetzt trotz besten Willens und bester Kraft tun können. Was sind vier Sprachen gegen die große Zahl sämtlicher Sprachen der Kulturwelt! Und wenn diese Blätter jetzt zu Tausenden sprechen, so könnten sie dann zu Hunderttausenden reden aus allen Völkern, und nicht bloß zu den wenigen Gebildeten, die neben ihrer Muttersprache eine der vier Sprachen wirklich verstehen, auch zu dem einfachen Mann des Volkes, der oft einen größeren Hunger nach Bildung, ein größeres Interesse an dem Leben der Kultur hat, als wer vom Zufall so begünstigt ist, daß er mehrere fremde Sprachen versteht, was man so bei unserer Erziehung verstehen heißt. Und der einfache Mann wird die Hefte nicht nur lesen, sondern auch kaufen können, weil sie dann ja erheblich billiger wären. In je weitere Kreise aber die Kulturgedanken so getragen werden, daß sie allen zugänglich werden, die, wenn auch noch so bescheiden, an ihrer Verwirklichung mitarbeiten können, um so mehr wird die Entwicklung vom Zufall unabhängig, der jetzt fruchtbare Keime auf Felsen streut und fruchtbaren Boden ohne Samen läßt.



GENERAL SEBERT (PARIS): DIE WELTSPRACHE.

IN den gebildeten Kreisen Frankreichs und nicht dieses Landes allein unterliegt die Notwendigkeit einer Weltsprache, die die Beziehungen der verschiedenen Völker zueinander fördern soll, kaum noch einem Zweifel.

Das rasche Heranreifen dieser Erkenntnis erregt unser Erstaunen; vor zehn Jahren noch gab es nur ganz wenige „Utopisten“, die sich von der internationalen Situation Rechenschaft gaben und die Möglichkeit eines Erfolges ahnten.

Besonders der weitaus größte Teil der Franzosen glaubt, daß allmählich eine der bestehenden Nationalsprachen sich zur Weltsprache ausbilden würde. Es sollte natürlich die französische Sprache sein, vermöge ihrer Klarheit und Präzision und ihrer reichhaltigen Literatur, die ihr den Rang einer klassischen Sprache verleihen, so daß das Französische im Lehrplan der meisten Länder bereits Latein und Griechisch ersetzt.

Aber selbst die eifrigsten Protagonisten der französischen Sprache im Ausland mußten erkennen, daß deren Einführung nur in den besseren Kreisen möglich und sie somit nur die Sprache einer Elite zu bleiben berufen ist.

Die Beispiele der bis jetzt erzielten Verbreitung des Französischen, die als Beweis angeführt werden, beziehen sich tatsächlich nur auf einen äußerst beschränkten Teil der bewohnten Erde, hauptsächlich und eigentlich auf einige Gebiete Osteuropas, und man kann sich kaum noch einer Täuschung

über das endgültige Schicksal dieser französischen Illusion hingeben, trotz der beträchtlichen Aufwendungen, die durch die französische Regierung und durch die Alliance Française für Unterhaltung der orientalischen Missionen und französischer Schulen in den verschiedenen Ländern gemacht werden. Um sich doch noch täuschen zu können, müßte man krampfhaft die Augen schließen gegenüber den parallelen Bestrebungen der Engländer und der Deutschen, auch ihren Sprachen die Herrschaft zu gewinnen.

Es versteht sich nämlich von selbst, daß die, die sich bereits eine fremde Sprache aneigneten, für die Erlernung einer zweiten eine größere Leichtigkeit erworben haben; und so gelingt es in vielen Ländern unsern geschickten Konkurrenten, Schüler zur Erlernung ihrer eigenen Sprache zu sammeln, die wir vorher das Französische gelehrt hatten.

In vielen Fällen also ist der offenkundige Erfolg der Gesellschaften zur Verbreitung ihrer Heimatsprache im Ausland nur der, gratis oder wohlfeil einem Bedürfnis entgegenzukommen, das Söhne besserer Familien nach Sprachkenntnissen fühlen.

Vielleicht verweise ich die Leser, die sich in dieser Frage näher umsehen möchten, auf meine jüngst erschienene Broschüre „L'Esperanto et les langues nationales“? Ich habe darin die Schwierigkeiten und materiellen Unmöglichkeiten, die der allgemeinen Annahme einer der bestehenden Weltsprachen, und besonders der französischen, im Wege stehen, zu erläutern versucht.

Denn es genügt wirklich nicht, daß die wohlhabenden Kreise sich den Luxus leisten können, die lebenden Sprachen mit ihren komplizierten Grammatiken und ihren verschiedenartigen Aussprachen kennen zu lernen. Der Masse muß geholfen werden, denn, wie ich in obgenannter Broschüre hervorhebe, hat jeder Staatsbürger ein Anrecht darauf, mit den Leuten, die durch die erleichterten Verkehrsmittel in sein Land eindringen, auch in geistige Verbindung zu treten.

Zuerst war es die Eisenbahn, dann Telegraph und Telephon, die in vielen Ländern die Einführung fremder Sprachen zur Folge hatten. Nun treten Automobil und Luftschiff hinzu, so daß alle Grenzen schwinden, und endlich verkabelt der drahtlose Telegraph die periphersten Fernen unseres Planeten miteinander. Die internationale Hilfssprache ist ein unbedingtes Bedürfnis geworden!

Es handelt sich dabei aber nicht mehr um die Möglichkeit, für die Zukunft eine neue Sprache zu schaffen und an alle Länder der Welt zu verschenken: Bereits Bestehendes muß möglichst schnell verwertet werden, will man auf der Höhe unserer so rasch dahineilenden Zeit bleiben — — — Auch existiert die Lösung ja, zum Glück. Einsichtsvolle Männer haben sich, unbeirrt durch die Einwände und den Spott der Gleichgültigen und der Synthetiker, längst in großer Zahl in allen Erdteilen der Verbreitung der genialen Schöpfung Doktor Zamenhoffs gewidmet. Diese bewährt sich denn auch bereits ausgezeichnet.

Seit mehr als 20 Jahren hat sich diese Sprache, deren Grundlagen 1887 veröffentlicht wurden, stufenweise verbreitet und zwar ohne offizielle Hilfe, nur kraft des Glaubens ihrer Freunde. Immer neue Anhänger scharte sie unaufhaltsam um sich und fand begeisterte und hingebende Apostel in allen Ländern und in allen Schichten der Gesellschaft.

Die bereits erzielten Resultate sind bedeutsam. Tausende von Menschen sprechen und schreiben Esperanto fließend, nicht nur im Verkehr mit Landsleuten, sondern auch mit Ausländern fremder Zunge. So findet sich diese

Sprache bereits geschützt vor jeder plötzlichen Veränderung. Seit Anfang blieb sie sich gleich, und doch bereicherte und entwickelte sie sich mit dem Fortschritt menschlicher Erkenntnis, die offenbar während dieser relativ langen Zeit nicht stillstand.

Diese normale Entwicklung dieser Sprache, die bereits zu einer lebenden geworden ist, wird von einem Komitee für Weltsprache und einer Akademie, die es vertritt, überwacht. Die Mitglieder dieser Akademie sind über alle Länder, in welche die Sprache bereits eingedrungen ist, verteilt. Eine reiche Literatur hat sich in Esperanto entfaltet, die sich von Stunde zu Stunde vermehrt und bereits die verschiedensten Wissensgebiete umfaßt. Zunächst waren es Leitfäden der Grammatik und Wörterbücher, die natürlich für die verschiedenen Länder erst bearbeitet werden mußten, deren Sprache nicht zu den sieben gehört, die Dr. Zamenhoff in Betracht gezogen hatte, als er 1887 der Menschheit die ersten Handbücher schenkte. Die nächsten esperantistischen Publikationen waren hauptsächlich Übersetzungen der klassischen und modernen literarischen Schöpfungen der verschiedensten Sprachen, und Esperanto zeigte in diesen Übersetzungen außergewöhnliche Präzision und Biegsamkeit.

Und wahrlich man kann sagen, Esperanto ist dank dieser beiden Eigenschaften mehr als jede andere Sprache dazu geeignet, Stilleinheiten wiederzugeben. Somit ist seine Verwertung zu Übersetzungen eines der besten Mittel, den Schönheitsgehalt der Meisterwerke einer Sprache auch denen, die diese Sprache nicht kennen, mitzuteilen.

In vielen Ländern hat Esperanto sogar eigene Schöpfungen erzeugt und selbst die Poesie blieb ihm nicht verschlossen; wir können auf esperantistische Dichtungen hinweisen, denen ein innerer Wert nicht abgesprochen werden kann und in denen sich bereits eine spezielle esperantistische Metrik ausprägt.

Man zählt heute mehr als 1000 esperantistische Bücher und Broschüren, ohne von den in allen Sprachen erschienenen Lehrbüchern des Esperanto zu reden.

Außerdem entstanden in allen Ländern, wo Esperanto Wurzel gefaßt hat, Propagandazeitschriften, zur Hälfte in der Nationalsprache, zur Hälfte in dem Internationalen Idiom. In vielen Ländern wetteifern zwei oder drei solcher Revuen miteinander. Daneben gibt es noch Zeitschriften, die im Dienste einzelner Wissenschaften erscheinen und die ein ganz internationales Gepräge tragen. So die mehr literarische „Revuo“, die Dr. Zamenhoff persönlich zum Mitarbeiter hat; so die illustrierte Zeitschrift „Universo“ und ähnliche mehr; so endlich die an besondere Kreise gerichteten Rundschauen, deren Titel wir wohl kaum zu übersetzen brauchen: „Espero Pacifiste“, „Espero Katolika“, „Pedagogia Revuo“, „Juneco“, „Libera Penso“, usw.

Zum Schluß seien noch die beiden bedeutendsten Fachzeitungen erwähnt: „Die Scienca revuo“, Organ des esperantistischen wissenschaftlichen Vereins und die „Vôco de Kuracistoj“ (Die Stimme der Ärzte). Beide sind durch ihre spezielle Eigenart auf die Verwertung zahlreicher technischer Ausdrücke angewiesen.

Diese weitverbreiteten Rundschauen, besonders die erstere, die bereits durch sechs Jahre besteht und regelmäßig zahlreiche Abhandlungen über die mannigfaltigsten Wissenszweige veröffentlicht, beweisen, mit welcher Geschwindigkeit sich die Weltsprache Esperanto den verschiedenartigsten Fächern dienstbar machte. Esperanto paßt sich dank seiner vorzüglichen

Grundregeln leichter als irgendeine der anderen lebenden Sprachen allen Bedürfnissen der Wissenschaft an. Man braucht also nicht erst, wie einige mitunter annehmen, eine besondere wissenschaftliche Sprache mit streng logischen und präzisen Regeln zu schaffen.

Die Weltsprache muß wie jede andere Sprache den Bedürfnissen der Gebildeten und des Volkes dienen können; die Annahme einer eigenen Sprache für die Wissenschaft würde in der Praxis nur unheilbare Verwirrungen anrichten.

Man kann Esperanto den Bedürfnissen der Wissenschaft mit Erfolg anbequemen. Verschiedene Fachleute haben diese Aufgabe auf die befriedigendste Weise gelöst, indem sie den technischen Wortschatz der einzelnen Wissenschaften aufstellten. Ihre Arbeit ist heute bereits weit gediehen und wird sich den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend leicht vervollständigen lassen. Aus diesen Darstellungen geht hervor, daß Esperanto allen Bedingungen einer praktischen Schriftsprache entspricht. Doch dürfte man sich fragen, ob auch die Voraussetzungen einer praktischen Umgangssprache vorhanden sind.

Jeder, der zum erstenmal von einer Weltsprache hört, wird uns zunächst die Unmöglichkeit einer einheitlichen Aussprache des Esperanto entgegenhalten, indem er uns auf die verschiedenartige Aussprache derselben Buchstaben in den verschiedenen Sprachen verweist.

Aber dieser Einwand hielt einer genauen Prüfung nicht stand, denn Esperanto verwendet ein phonetisches Alphabet, und jeder Buchstabe behält, was bei keiner bestehenden Sprache der Fall ist, stets dieselbe Aussprache, einerlei, welche Stelle er in den Wortsilben einnimmt. Die Einheit der Lesart und des Akzents dieser Weltsprache ist also leicht zu erzielen. Man braucht bloß in jedem Lande den Esperanto Lernenden klare Regeln über die Aussprache zu geben und dieselben an der Muttersprache geschickt entlehnten Beispielen zu erläutern. Wichtig ist, daß die Esperantoregeln keine Ausnahme bieten.

Die Erfahrung hat übrigens längst auf diesen Einwand geantwortet, und gewiß hat eben diese Erfahrung auf die ersten, die sie angestellt haben, am verblüffendsten gewirkt und am meisten beigetragen zur Überzeugung und heiligen Begeisterung der Tausende von Anhängern, die heute der Friedensarmee des Esperanto angehören.

Die internationalen Kongresse, die die Esperantisten bereits abhalten konnten, stellten eine einheitliche Aussprache, also die Haupteigenschaft einer Weltsprache, fest.

Der erste esperantistische Universalkongreß zu Boulogne-sur-Mer (1905) war eine Offenbarung und veranlaßte den Beschluß der anwesenden Esperantisten, jährlich in einer andern Stadt einen ähnlichen Kongreß einzuberufen. Dies geschah denn auch ohne Unterbrechung bis heute, und zwar wählte man jährlich irgendeine Stadt, wo der Versuch besonders schwierig und folglich besonders beweiskräftig erscheinen mochte. So fanden 1906 in Genf, 1907 in Cambridge, 1908 in Dresden und 1909 in Barzelona diese Kongresse statt und zwar mit immer steigendem Erfolge, trotzdem letzterem Kongreß die aufgeregte Situation des Landes Schwierigkeiten in den Weg legte, denen nur der feste Glaubenseifer der Esperantisten die Spitze bieten konnte.

Der nächste esperantistische Universal-Kongreß soll dieses Jahr im August zu Washington, der Bundesstadt der Vereinigten Staaten Amerikas, stattfinden, und soll derselbe von der Handelskammer und den Lokalbehörden dieser Stadt unterstützt werden.

Auch sollen während der ganzen diesjährigen Brüsseler allgemeinen Ausstellung mit der Weltsprache Experimente angestellt werden, sowie auch anlässlich der zahlreichen Kongresse, die während dieser Ausstellung stattfinden sollen.

Letztere Gebrauchsverwertung muß den Lesern der „Dokumente des Fortschritts“ besonderes Interesse einflößen; denn sie findet hier Rechtfertigung in der Entwicklung und Verbreitung der kosmopolitischen Ideen, die während der letzten Jahre so rasch vor sich ging und durch diese Brüsseler Ausstellung eine besondere Weihe erhalten soll.

Will man sich über den Umfang dieser Bewegung und über die Bedeutung, die ihr von der belgischen Regierung und dem Ausstellungskomitee beigelegt wird, Rechenschaft geben, so blicke man nur hinein in den schönen, 1300 Seiten umfassenden Band, den das internationale Institut für Bibliographie in Brüssel kürzlich veröffentlichte. Dieses Institut ist für Anfang der Saison mit einer Spezialausstellung und einem Weltkongreß der internationalen Verbände betraut. Seine eben erwähnte Publikation ist eine Fortsetzung der Serie von Jahrbüchern über internationales Leben, das Herr Fried (Wien) vor einigen Jahren begonnen hat. Dieses Werk, zu dem schon eine Ergänzung angekündigt ist, gibt bereits jetzt eine Liste von mehr als 150 Verbänden (Gesellschaften, Institutionen, Kongressen) nebst Statuten.

Die drei einleitenden Kapitel, die beim Weltkongreß die ersten Berichterstattungen abgeben sollen, handeln von der Entstehungsgeschichte dieser internationalen Verbände und zeigen, daß zur Stunde eine großartige internationale Organisation im Keime liegt, die alle jene umfassen soll, welche sich dem Studium allgemeiner moderner Kulturfragen widmen.

Das Problem einer gemeinsamen Weltsprache bildet die notwendige Ergänzung zu einer solchen Organisation. Bis heute wollte man die Schwierigkeit umgehen. Man glaubte unterschiedslos den Gebrauch aller Nationalsprachen zulassen und im einzelnen zur Übersetzung greifen zu sollen, eine Methode, die sich bald als hemmungsvoll erwies.

Vor dem siebenziger Kriege glaubte man allgemein, daß die französische Sprache, die offizielle Sprache der Diplomatie, auch die aller Kongresse werden würde.

Nach 1870 oktroyierten zunächst die Deutschen den Kongressen den parallelen Gebrauch ihrer Sprache auf, die Engländer taten das gleiche; natürlich erhoben dann die übrigen Länder, die immer zahlreicher auf den internationalen Kongressen vertreten sind, dieselben Ansprüche.

Zur Zeit, als der internationale Verband der Akademien ins Dasein trat, versuchte man, diese Bewegung ein wenig einzudämmen; man ließ für die gemeinschaftlichen Arbeiten des Verbandes nur Deutsch, Englisch und Französisch nebeneinander gelten.

Die Annahme dieser Regel für die Kongresse wäre gleichbedeutend mit einem Ausschlusse aller derer, denen alle diese drei Sprachen nicht gleich geläufig sind. Die Deutschen haben den Ruhm, von ihren Studenten höherer Kreise die Kenntnis dieser drei Sprachen zu verlangen. Nehmen wir sogar diese Tatsache als verwirklicht an, so darf man doch nicht vergessen, daß diese Studenten nur Ausnahmen sind. Die internationalen Kulturfragen wenden sich aber nicht nur an wenige Bevorzugte, sondern liegen allen, die sich mit sozialen Problemen abgeben, am Herzen.

Übrigens befindet sich im Reglement des Weltkongresses, der die Ära der internationalen Kongresse während der Brüsseler Ausstellung eröffnen

soll, folgender Text, der auch im Reglement des ersten Weltkongresses von 1906 in Mons, enthalten war:

„Alle Sprachen können bei den Berichten, Mitteilungen und Debatten verwandt werden; nur müssen die Beschlüsse auf deutsch, englisch, spanisch, französisch oder italienisch verfaßt werden. Auf Verlangen der Mitglieder werden dieselben vor Abstimmung in die verschiedenen Sprachen übersetzt.“

Die Situation, die man für den Kongreß schafft, ist also sehr verworren und erinnert an den Turmbau von Babel.

Die richtige Lösung des Problems bestände offenbar in der Einführung der internationalen Sprache neben der Sprache des Landes, in dem der Kongreß stattfindet. Für Brüssel wäre es also Esperanto und Französisch. Die Einführung der Weltsprache für die Weltkongresse ermöglicht das Verständnis aller Mitteilungen; man braucht nämlich dieselben nur in diese Hilfssprache zu übersetzen. Dies war auf dem esperantistischen Kongresse von 1906 in Genf eines der Hauptmotive zur Gründung des esperantistischen wissenschaftlichen Verbandes, von dem oben die Rede war. Nun versucht dieser Verband die Durchführung des bei der Gründung aufgestellten Programms während der Kongresse, die anlässlich der diesjährigen Brüsseler Ausstellung stattfinden werden. Zu diesem Zweck übersetzt ein Ausschuß auf Wunsch etwaige unverständene Diskussionsfragen sofort ins Esperanto. Auch will besagter Verband die Protokolle aller Kongresse in Esperanto-Übersetzung erscheinen lassen, so wie dies schon gelegentlich der Ausstellung von Rio de Janeiro 1908 geschah.

Der genannte esperantistische Verband konnte infolge der noch zu geringen Anzahl Esperantokundiger bisher nur ausnahmsweise auf einigen internationalen Kongressen wirken; doch hat sich die Anwendbarkeit des Esperanto in den letzten Jahren stark gehoben.

Esperanto scheint in der Tat heute bereits in jenen Ländern, welche für die Brüsseler Kongresse vor allem in Frage kommen können, genügend verbreitet, um eine solche Durchführung zu ermöglichen. Auch die Zahl der Esperantisten, von Jahr zu Jahr anwachsend, ist bereits groß genug, um ihrer Sprache die hinreichende moralische Wucht zu verleihen. 1500 esperantistische Vereine in allen Teilen der Erde sind zu festen Säulen des Gebäudes geworden.

Schwer ist es, aus der Leserschaft der esperantistischen Zeitschriften, die ihrerseits bereits 100 betragen, auf die Zahl der Esperanto-verständigen Personen einen exakten Schluß zu ziehen, aber sie sind zweifelsohne bereits mehrere 100 000, und es ist gewiß der Mühe wert, dieser großen Menschenmasse die Möglichkeit zu bieten, aus den Brüsseler Verhandlungen geistigen Nutzen zu ziehen.

Es soll hier nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß Esperanto nicht die einzige Sprache ist, welche um das Vorrecht wirbt, Mittlerin der Völkertriebe zu werden. Aber über alle Meinungsverschiedenheit, ob diese die bestmögliche sei, hinweg, bleibt es unbestreitbar, daß sie den unvergleichlich größten Anhängerkreis besitzt. Wollte man einer andern Hilfssprache den Vorzug geben und sie in die Praxis einführen, so müßte das Werk vieler Jahre geopfert, müßte alle die Arbeit neu getan werden, wäre der Fortschritt für lange hinaus gehemmt.

Nicht in ferner Zukunft, heute bereits muß den Massen, welche nach einer internationalen Vermittlungssprache verlangen, die Möglichkeit geboten werden, sich einer solchen zu bedienen. Das Esperanto gibt heute bereits

alle nach dieser Richtung notwendigen Garantien. Für seine Anhänger ist jede Diskussion, ob für oder wider, ausgeschlossen; sie kennen nur den Wunsch, das schon Geschaffene der Menschheit vorzulegen, ihr eine Gabe von unendlicher, völkerversöhnender Bedeutung darzubieten.



ERICH LILIENTHAL, BERLIN: INTERNATIONALISMUS UND NATIONALGEFÜHL.



LANGSAM wächst in immer mehr Hunderttausenden des europäischen Kulturkreises das Bewußtsein auf, daß man letzten Grundes doch zu einer größeren, als zu der rein völkischen Einheit gehöre, daß es immer neue materielle und auch „heiligste“ Güter zu verteidigen gäbe, zu deren Bewahrung die innerhalb der politischen Grenzen eingeeengte Menschenmasse physisch und psychisch doch nicht ausreiche. Es gibt täglich neue brennende Fragen, die nur durch Erfahrungsaustausch von Land zu Land geklärt werden können und nur mit vereinten Anstrengungen einer Lösung nahe gerückt werden. Es ist heute bereits möglich, die Entwicklung der Anfänge von einer Art von europäischem Nationalismus festzustellen, wobei mit europäisch nicht der geographische Begriff, sondern das Kulturniveau bezeichnet werden soll. Das Erscheinen an sich wenig wichtiger neuer Typen wie die des Globetrotters und des internationalen Kongreßbummlers zeigten schon vor Jahren deutlich den Anfang einer neuen Ära. Ihm folgten die ungeheuren Völkerwanderungen der letzten Jahrzehnte, die an Massenhaftigkeit die sogenannte „Völkerwanderung“ der Schulleitfäden winzig klein erscheinen lassen. Was bedeuten die paar hunderttausend Hunnen und so weiter gegen die Millionenlandungen in einer einzigen Stadt wie New-York, was bedeuten sie gegen die sich jeden Sommer vollziehende Binnenwanderung der Arbeiterschaft in Deutschland zur Erntezeit. Ja selbst was bedeutet sie numerisch und ökonomisch gegen den Strom der allwinterlichen Alpenwanderung der Vergnügungsreisenden nach Italien. Der große bezwingende Unterschied gegen alle früheren Wanderungen aber liegt darin, daß heute die Millionen sich bewogender Massen auf friedlich gebahnten Wegen sich ergießen und nicht Raub und Mord, flammende Städte und verwüstete Felder den Weg bezeichnen, sondern daß ganz im Gegenteil die flutenden Scharen im großen und ganzen nur Segen bringen, arbeiten wollen und Werke schaffen.

Diese Entwicklung, so groß sie auch ist, steht erst in ihren Anfängen, man muß bedenken, eine wie kurze Zeit der Feuerwagen, der „carro di fuoco“ besteht, auf dem in „Giosué Carduccis“ wunderbarer Ode „A Satana“ der Befreier der Geister brausend durch die Länder zieht. Diese Entwicklung ist, man scheut sich fast die ewig wiederholte Weisheit neu zu sagen, aber sie wird doch nicht oft in ihrer tiefen Tragweite ganz erfaßt, eine Folge des Einschwindens des Begriffes der Entfernung. Das so nahe aneinander Heranrücken der Völker, das Peking heute nicht viel weiter von Berlin entfernt liegen läßt als vor sechs Jahrzehnten Paris, hat bewirkt, daß aus einem seltenen, früher sich in Jahren vollziehenden Gedanken- und Realitätsaustausch ein ununterbrochener, jede Minute neue Anregungen und Verbindungen herstellender Strom mächtig flutenden Verkehrs geworden ist.

Der Fortschritt in unserer Zeit ist der größte, den die Geschichte kennt, er ist der rascheste und durchgreifendste in seinen Wirkungen. Unsere Zeit ist schön und gewaltig, und es ist müßig sich die Freude am Tage durch Philosophen verderben zu lassen, die durch das Maschinenwesen eine schädliche Mechanisierung auch der geistigen Kräfte zu befürchten vorgeben. Es ist eine Undankbarkeit dieses Schlechtsprechen von der Maschinenkultur. Eine Maschine arbeiten zu sehen ist für den, der das Gefühl dafür besitzt, das gleiche wie Anschauungsunterricht im Denken nehmen; Maschinen sind weit mehr wie viele mittelmäßige Kunstwerke, Bilder für einen Gedanken, Werke einer tiefen Denkkunst, sie sind millionenfach der in Aktion umgesetzte soziale Gedanke und nicht nur ein müßiges Darüberhinreden das oft das soziale Wirken der „nur Denker“ ersetzen soll.

Die Technik ist in einem nie vorher geahnten Sinne die Vermittlerin nicht nur materieller Werte, sondern vor allem des geistigen geworden. Jede Minute vermittelt von Weltteil zu Weltteil der elektrische Funke Ereignisse, ja selbst Stimmungen und Gefühle einzelner Individuen wie ganzer Nationen und rüttelt unablässig die Geister auf und zwingt sie Stellung zu nehmen zu dem, was die anderen angeht, weil es sie selber auch einmal treffen könnte. Das Tat-tvam-asi der Inder hat ungeahnte Erweiterungen gefunden, überall in allen Verschiedenheiten finden die Völker wie die Individuen sich selber wieder und erkennen aus Egoismus den Altruismus mehr oder weniger instinktiv an. Heute, wo man bereits von Land zu Land zu sprechen vermag, wo man seine Stimme zu verschicken vermag, wohin man will, wo man bald auch wird allgemein fliegen können, ist die Verwirklichung der Utopien von gestern nur eine Frage für morgen. Die Werbekraft einer großen Idee, die früher langsam von Individuum zu Individuum hinüberkriechen mußte, zündet heute nicht mehr, wie das altmodisch gewordene Wortbild „wie ein Lauffeuer“ besagen will, von Dach zu Dach und hält an jedem freien Platze, bis ein günstiger Wind den Zufallsfunken auch da hinüberträgt, nein, sie zischt wie ein Blitz über den ganzen Horizont der Kulturwelt, von jedem gesehen und von Millionen begriffen.

Die Sprachen, die treuesten Bewahrerinnen altererbter Gewohnheiten, haben längst nicht mit dem neu eröffneten, früher kaum geahnten Möglichen Schritt gehalten. Im Grunde sind aber auch im Verhältnis zu dem, was wir erreichen könnten, alle unsere sozialen und politischen Einrichtungen veraltet und überholt. Wir leben nicht, wie wir könnten und müßten. Unsere Riesenstädte, so berauschend interessant sie auch als Dokumente eines Entwicklungsstadiums, als Brennpunkte für das Planen der Zukunft sind, im Grunde sind selbst sie doch nur gedankenlos festgehaltene Reste einer überwundenen Vergangenheit. Unsere Rechtspflege, unsere Schule, unsere gesellschaftlichen Gebräuche, sie alle kämpfen mit dem Abschütteln des Ballasts zweier Jahrtausende, so daß eine rücksichtslose Ausscheidung nur des gänzlich unbrauchbar gewordenen und gedankenlos mitgeschleppten Alten durch ein ja leider nur in Phantasien denkbare Synedrion höchst kultivierter moderner Weiser eine Befreiungstat sein würde, gegen die die französische Revolution wie ein Straßenaufmarsch erscheinen müßte.

Eins der sonderbarsten Überbleibsel der Vergangenheit ist aber, daß man immer noch eine innerhalb gewisser politischer Grenzen lebende Menschenmenge, die oft weder nach Rasse, noch nach Durchschnittscharakter einheitlich wirkt, auf gewisse Einflüsse hin, durch Bekenntnis zu einer eng begrenzten nationalen Weltanschauung reagieren sieht. National und Welt-

anschauung sind Widersprüche in sich, aber sonderbarerweise vertragen sie sich bei fast jedem noch so hochstehendem Individuum ausgezeichnet. Es muß also irgendwo, da das Gefühl instinktiv, also berechtigt ist, wieder etwas wie ein sprachlicher Fehler vorliegen, der durch irgend eine Denkträgheit nicht genügend geklärt worden ist. Es läßt sich vielleicht versuchen, ihn dadurch zu beseitigen, daß man an Stelle von Nationalismus Partikularismus, in dem auf ein großes Volk erweiterten Sinne einsetzt, und dann, wie eingangs erwähnt, von europäischem Nationalismus im Gegensatz zum völkischen Partikularismus spricht.

Der Partikularismus im Deutschen Reich selbst ist ein gutes Beispiel für ein solches „Nationalgefühl“ auf verkleinerter Basis. Aber auch der Lokalpatriotismus des Berliners, oder der des 100-Einwohnerdorfes irgendwo an der Grenze rangiert hierher und selbst der Junker auf seiner Klitsche, der vielleicht durch besonders gepflegte Tradition in erhöhtem Grad, spürt in sich neben seinem Hauptnationalgefühl noch ein halbes Dutzend anderer, kleinerer „Nationalgefühle“, die nur dem veralteten Sprachgebrauch entsprechend verschiedene Namen tragen, die aber alle als Ausdruck für ein räumlich enger oder größer gefaßtes Heimatsgefühl gelten können. Es war daher vielleicht eine ganz gute Idee auf dem Brüsseler Kongreß der Kongresse das Wort vom *Supernationalismus* zu prägen, um dem abgehetzten Begriffe des Internationalismus endlich einmal die so notwendige verbindende Versöhnung mit dem nie stark genug zu respektierenden Gefühl der Volks- und Stammeszugehörigkeit zu geben.

Der Gang der Entwicklung bereitet den Trust der Kulturvölker durch eine immer weitergehende Annäherung und Verständigung auf zahllosen Gebieten vor. Ein Volk, es sei so stark wie es wolle, das bei dieser Weltlage darauf besteht, in einer noch so splendid isolation, sei es auch nur moralischer Art, zu verharren, geht schweren Kämpfen, wenn nicht dem Verfall entgegen. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß ein Volk in Europa in absehbarer Zeit zur Hegemonie gelangt, das ist dem großen Ententepolitiker Eduard VII. mißlungen, dem berühmten Einkreiser Deutschlands, wie es ebenso dem Deutschen Kaiser oder Roosevelt mißlingen würde.

* * *

In Deutschland, dem Lande der kosmopolitischen Bildung, sitzen die schärfsten Gegner des wohlverstandenen Internationalismus. Man befürchtet eine Schwächung des eigenartigen Geistes, der Preußen-Deutschland groß gemacht, man wehrt sich gegen die Anerkennung einer internationalen Solidarität. Man wehrt sich und will gewisse Gedanken äbsperrern und saugt doch trotzdem wie kein anderes Volk kritiklos alles Fremde in sich hinein.

Wenn man bedenkt, daß die feinen Köpfe, die in der preußischen Beamtenschaft all die großartigen sozialen Einrichtungen vorbereitet haben, die unbedingt das bedeutendste sind, was auf Wilhelm des Zweiten Anregung hin entstand, so begreift man nicht, warum diese selbe Beamtenschaft dem großen Kulturwerden in Europa so völlig verständnislos gegenüberstehen muß. Sie steht es im Einzelnen wahrlich nicht, nirgends, in keiner Bürokratie der Welt hat man so viel gelernt und so viel Arbeitswillen. Nirgends weiß man so viel von der Welt da draußen. Aber das praktische Wissen darf man prinzipiell nicht auf gewisse ethische Gebiete übertragen. Man folgt einem Gesetz der Selbstbescheidung, das man im Grunde nur noch erträgt, weil man noch nicht auf den Gedanken kam, daß es Zeit wäre es abzuschütteln.

Dabei wäre doch schließlich die Mitorganisierung der europäischen Welt durch preußische Beamte, eine Aufgabe, die Scharfblick und zähen Fleiß gebrauchen könnte.

Aber man hält eben immer noch supernationales Kulturgefühl mit antinationaler Gesinnung für gleichbedeutend und scheucht auf diese Weise Hunderttausende von „Kulturträgern“, wirklichen Kulturträgern in die Opposition, weil man über sie hinwegregiert wie über eine südamerikanische Indianerhorde.

Dabei ist in Deutschland fast niemand antinational, wie sollte man auch, aber man ist häufig über den engen Begriff, den die sogenannten „nationalen“ Kreise diesem Worte geben, hinausgewachsen. Man ist, wenn man will, sogar alldeutsch, wenn man es bloß sein könnte, man würde gerne „Deutschland, Deutschland über alles“ singen, wenn das nur nicht immer gleichzeitig bedeutete, der Teufel soll die Engländer holen.

Eine Schwächung des Deutschen Reiches ist diese Ausschaltung zahlloser Intellektueller aus dem Aktionskonto des deutschen Regierungsbetriebes. Die Regierung, das heißt diejenigen, die auf Grund generationenalter Gewöhnung, die meisten öffentlichen Ämter innehaben, sollen sie ruhig, soweit sie ihr Handwerk verstehen, und das tun sie meistens, in Händen behalten, aber sie sollen keine chinesischen Mauern um sich bauen, sie sollen, wie es so oft in diesen Wahlrechtsdebatten hieß, die Kulturträger wirklich mitheranziehen und ihnen die Aufgaben zum Wohle aller überweisen, zu denen sie selber nicht befähigt sind. Deutschland wird eine ganz andere Kraft und Geschlossenheit an den Tag legen können, wenn beispielsweise nur die wirklich große Presse hinter der Regierung stünde. Das oft latent bleibende Nationalbewußtsein, ein enthusiastischer Patriotismus würden, an Stelle der „Reichsverdrossenheit“ hervortreten, wenn auch denen, die sich zum Internationalismus, zum Supernationalismus bekennen, die Möglichkeit geboten wird, mit ihrem weiteren Blick und ihrem vertieften Wissen für das eigene Volk zu arbeiten. Man soll doch endlich damit aufhören, den deutschen Menschen einzureden, daß, wenn man sie nicht bei jedem Schritt auf eine behördliche Verbotstafel oder eine mit wenn und aber reichlich verklausulierte Erlaubnis stoßen würde, sie stehenden Fußes verwildern würden. Man kann nicht oft genug wiederholen, daß der Deutsche der loyalste, friedlichste, am leichtesten zu regierende Staatsbürger der Welt ist. Aber gerade diese Eigenschaft bringt es mit sich, daß man alles mögliche Schlechte und Falsche, selbst revolutionäre Gesinnung in ihn hineinregieren kann. Man kann nicht immer die Sporen gebrauchen!

Und man kann auch nicht, wenn die Mehrheit des Volkes sein Dasein im praktischen Leben nach hypermodernen Prinzipien, um existieren zu können, einrichten muß, sich fortdauernd offiziell zu Anschauungen bekennen, bei deren Verwirklichung man im Konkurrenzkampf der Völker glatt vernichtet würde.

Und noch etwas anderes kommt hinzu! Das offizielle Deutsche Reich hat als Staat die Sympathien aller gebildeter Kreise, aller Kulturfaktoren in Europa und Amerika verscherzt, man fürchtet uns nicht mehr so sehr als früher und achtet uns nicht immer. Selbstverständlich läßt man die Einzelpersonlichkeit, den einzelnen Stand das nicht entgelten und lobt auch hin und wieder unsere Tüchtigkeit, wenn man es durchaus nicht vermeiden kann, aber gern gesehen sind wir nirgends und die Schädigung des Gesamt-

ansehens schadet doch auch dem Einzelnen.— Jeder patriotische Deutsche hat im Ausland darunter gelitten, und man liest ja auch überall, wie darüber geklagt wird. Der Grund dafür liegt aber nicht in nationalen Unarten, noch weniger in dem oft zitierten Neid auf unsere Erfolge, denn der Engländer ist auch unartig und hat noch mehr Erfolg, sondern einzig in der Antipathie der intellektuellen Kreise im Auslande, die dort regieren.

Ein Gran mehr internationales Kulturgefühl in unseren regierenden Kreisen, ein taktvoll abgewogener Internationalismus, wären alles, was nötig ist, um nach und nach die nun wirklich nicht mehr aufschiebbaren „moralischen Eroberungen“ zu machen, die zur Behauptung unserer Weltmachtstellung sich auf die Dauer als unbedingt nötige Ergänzung der Kruppschen Kanonen erweisen werden.



PROF. R. HERCOD, LAUSANNE: VOLKSINITIATIVE UND REFERENDUM IN DER SCHWEIZ.



Die Schweiz ist das Land der Volksrechte. Einige ihrer kleineren Kantone, die beiden Unterwalden und Appenzell, sowie Uri, stehen immer noch unter dem Regime der reinen Demokratie. Jedes Jahr nehmen die Bürger jener winzigen Staaten die Souveränität, die sie zeitweise den von ihnen erwählten Behörden übertragen hatten, in ihre eignen Hände zurück. An einem Sonntag im April oder Mai versammeln sich alle waffenfähigen Männer auf einer dem Hauptort nahegelegenen Wiese, am Fuße der noch schneebedeckten Berge; alle sind bewaffnet, wie es eine uralte Sitte verlangt. Mit einer hoheitsvollen, von jedem Fremden bewunderten Disziplin entscheiden sie da in letzter Instanz über die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe und ernennen die mit der vollziehenden Gewalt zu betrauenden Persönlichkeiten sowie die Richter.

Mit der Zunahme der Bevölkerung wird aber die Ausübung der Volkssouveränität unter jener ursprünglichen Form der „Landsgemeinden“ immer schwieriger, und die großen Kantone, die sie übrigens vielleicht nie in Anwendung gebracht, haben darauf verzichtet. Man kann sich ja vorstellen, daß die 70 000 Wähler des Waadtlands oder gar die 120 000 vom Kanton Bern kaum in denselben Ort zusammenzubringen sein werden, um sich über die Staatsgeschäfte zu beraten. Diese Kantone haben die Landsgemeinde durch die moderneren Institutionen des Referendums und des Initiativrechts ersetzt. Jedes von der gesetzgebenden Gewalt, d. h. vom Großrat beschlossene Gesetz kann (und muß in einigen Kantonen) zum Gegenstand einer Volksabstimmung werden, bevor es in Geltung tritt. Dies ist das sogenannte Referendum. Nach dem Initiativrecht darf eine von der Verfassung bestimmte Anzahl von Bürgern verlangen, daß jede in das Gesetz oder in die Verfassung einzuführende Neuerung einer solchen Volksabstimmung unterworfen werde.

Das Referendum ist seit 1874, das konstitutionelle Initiativrecht seit 1891 in die Bundesverfassung eingeschrieben worden. Eine eingehendere Untersuchung, wie beide Rechte in meinem Heimatlande angewandt wurden, dürfte an dieser Stelle von Interesse sein. Denn es vollzieht sich langsam ein Zentralisationsprozeß, infolgedessen der Bundesregierung immer neue Befugnisse erteilt und die Souveränität der Kantone immer mehr einge-

schränkt werden: die Zentralregierung verwaltet bereits das Post- und Telegraphenwesen, die Zollämter und Eisenbahnen; sie hat über das Heer zu verfügen und wird den Schweizern bald ein einheitliches Gesetzbuch geben; nur der öffentliche Unterricht bleibt ihr noch entzogen.

Die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts wird durch die Konstitution von 1874 und das Amendement von 1891 folgenderweise geregelt.

50 000 Aktivbürger haben das Recht, auf dem Weg des Initiativbegehrens zu fordern, daß eine partielle oder gänzliche Revision der Bundesverfassung einer Volksabstimmung unterbreitet werde. Wenn die verlangte Reform in solcher Volksabstimmung von der Mehrheit der Wähler und von der Mehrheit der Kantone (vergessen wir nicht, daß wir in einem förderativen Staate sind) akzeptiert wird, so tritt der von den oben erwähnten 50 000 Bürgern beantragte Verfassungsartikel ohne weiteres in Kraft *).

Das Referendum ist für alle von den Kammern angenommenen Änderungen der Verfassung obligatorisch, mit anderen Worten: jede Revision der Verfassung muß vom Volke betätigt werden. Für die Gesetze aber ist dasselbe bloß fakultativ. Soll ein vom Parlament beschlossenes Gesetz die Volksabstimmung bestehen, so müssen, spätestens 90 Tage nach der Annahme durch die Kammern, 30 000 Aktivbürger dies gefordert haben.

Von 1874 bis heute wurden die schweizerischen Bürger 60mal zu solchen Abstimmungen berufen, und zwar 9mal wegen eines konstitutionellen Initiativbegehrens, 30mal in Fällen von fakultativem Referendum (Gesetze) und 21mal kraft des obligatorischen Referendums (Revision der Verfassung). Von den 9 Initiativbegehren wurden 7 zurückgewiesen und 2 angenommen; von 30 Gesetzen gelangten 11 zur Annahme, während 19 verworfen wurden; in den 21 Abstimmungen über Änderungen der Konstitution, die von den Kammern bereits beschlossen worden waren, trat das Volk in 16 Fällen der Meinung seiner Abgeordneten bei und mißbilligte sie nur in 5 Fällen.

Eine Analyse des von dem Schweizer Volke akzeptierten bzw. verworfenen Bestimmungen gibt uns einigen Aufschluß über seine Psychologie.

Die allzu technischen Fragen, z. B. die Patentschutzfragen, sind ihm ziemlich gleichgültig und in solchen Fällen folgt es willig der Parole der Kammern. Es haßt Luxus und große Gehälter und schneidet unablässig an den Gehaltserhöhungen herum, die für seine Vertreter im Ausland vorgeschlagen werden. Es läßt sich, wenngleich nicht dauernd, für antisemitische Regungen gewinnen und stimmt z. B. für Maßregeln gegen das Schlachten der Tiere nach jüdischer Sitte. Es hat eine sehr lebhaftete Wertschätzung seiner Freiheiten: Ein Gesetz, das unter dem Vorwand, Versuche der Aufwiegung des Militärs zu bestrafen, die Preßfreiheit bedrohte, weist es ab. Den rein fiskalischen Monopolen ist es nicht grün; es will vom Zündhölzchenmonopol nichts wissen, erkennt aber die Zulässigkeit des Alkoholmonopols, das ihm als eine die Sozialhygiene interessierende Maßnahme dargestellt wird, sowie der Eisenbahnverstaatlichung, die den Einfluß des Staates befestigt und eine Herabsetzung der Tarife verspricht. Wenn es über seine individuelle Freiheit auch eifersüchtig wacht, so weiß es doch dem allgemeinen Interesse einen Teil derselben aufzuopfern und stimmt mit starker Mehrheit für das Absinthverbot. Eine Reorganisation des Heeres, die ihm neue, ziemlich schwere Lasten auferlegt, wird von ihm bestätigt, nicht weil es im geringsten

*) Das Initiativbegehren kann auch unformuliert sein. In solchem Falle haben die Kammern den Volkswillen in einen förmlichen Text zu kleiden.

militärisch gesinnt ist, sondern weil es die Überzeugung hegt, die Verteidigung des Landes werde durch das neue Gesetz besser gesichert. Mit den unklaren Fragen schlägt es sich nicht gern herum und verwirft deshalb ein Initiativbegehren über das „Recht auf Arbeit“, eine zwar edelmütige Idee, deren Verwirklichung ihm aber von ganz besonderen Nutzen für die Faulenzer werden zu können scheint.

War dieser von der heutigen Schweiz angestellte, kühne Versuch der Volksregierung ein günstiger? Die Frage darf man, mit einigen kleinen Einschränkungen, bejahen. Das Referendum ist für viele gute Gesetze kein Hindernis gewesen und es hat uns vor einigen zweifellos schlechten Gesetzen bewahrt. Das Initiativbegehren hat unser politisches Leben nicht zerrüttet und ihm haben wir gerade eine für die Volksgesundheit höchst vorteilhafte Maßregel, nämlich das Absinthverbot, zu verdanken.

Gegenwärtig würde niemand in der Schweiz daran denken, die Volksrechte einzuschränken; man will sie vielmehr ergänzen, auch in die Verfassung der Kantone einige dieser Rechte einfügen und im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft das Initiativrecht auf die Gesetzgebung so erweitern, daß 50 000 Bürger von den Kammern ein Gesetz über irgendeine Sache fordern oder sogar einen vollständig ausgearbeiteten Text zum Gegenstand einer Volksabstimmung machen dürften.

Unseres Erachtens bietet das Schweizer System der Volksrechte beträchtliche Vorteile, die wir im folgenden andeuten möchten.

Es trägt zuerst zur politischen Erziehung der Abgeordneten bei.

In einem Lande, wo das Referendum nicht existiert, ist der Volksvertreter bis zu den nächsten Wahlen eine allmächtige, unverantwortliche Persönlichkeit. Zur Rechenschaft ist er nicht dem Lande selbst verpflichtet, sondern nur seinen Wählern, denen er um jeden Preis gefallen will, deren Stimmen er durch Vorschläge oder Zustimmungen, die Niederträchtigkeiten nicht selten gleichkommen, zu gewinnen sucht; er ist der Diener eines Wahlbezirks, und indem er dessen egoistische Interessen wahrt, vernachlässigt er oft das allgemeine Beste.

Die Schweizer Abgeordneten hingegen, die gewiß auch nicht ohne menschliche Schwächen sind, bleiben in viel engerer Berührung mit der Gesamtheit der Nation. Wenn das Parlament ein Gesetz berät, fühlt es immer die Drohung des Referendums wie das Schwert des Damokles über seinem Haupte hängen. Es weiß, daß das Volk das mühsam aufgebaute Werk mit einem Stoß niederwerfen kann: so wurde im Jahre 1900 ein Gesetz über das Versicherungswesen vom Bundesrat mit allen gegen eine Stimme angenommen und dann vom Volke mit großer Mehrheit verworfen. Der Abgeordnete versteht also besser seine Verantwortlichkeit. Wenn das Referendum über ein Gesetz verlangt wird, für das er gestimmt hat, so wird von ihm erwartet, daß er in einer politischen Versammlung seinen Standpunkt klarlege. Er kann nicht, wie es in anderen Ländern häufig geschieht, seine Wähler verachten, auf die Gefahr hin, einige Wochen vor den allgemeinen Wahlen in Gegenwart dieser Verschmähten zu zittern.

Es ist interessant, in den Diskussionen der eidgenössischen Kammern die segensreiche Wirkung jener Furcht vor dem Referendum zu beobachten. So sind wir in diesem Augenblick sicher, daß sie ein von der Regierung vorgeschlagenes Gesetz über den Antimilitarismus, das zwar gutgemeint sein mag, aber durch die Unbestimmtheit seiner Definitionen gefährlich ist, nicht akzeptieren werden: das Volk hat bereits ein solches „Maulkorbgesetz“ ab-

gewiesen und würde es unbedenklich wieder tun. Das wissen die Abgeordneten recht wohl.

Man wende uns nicht ein, das Referendum töte in den Abgeordneten jedes selbständige Handeln und verdamme sie zu einer unbedeutsamen Rolle. Nein, es verhindert nur, daß sie die öffentliche Meinung verkennen, die in einer Demokratie einzig und allein herrschen soll. Andererseits besitzt das Referendum ein Korrektiv in dem Initiativbegehren, das die Parlamentsmitglieder zu größerer Tatkraft anspornt. Das Parlament weiß ja, daß die Nation, wenn ihre Wünsche nicht befriedigt sind, durch das Initiativbegehren selbst handeln kann, und, um nicht am Schlepptau nachgezogen zu werden, übernimmt es die führende Stellung.

Das Referendum trägt auch unendlich dazu bei, die Teilnahme des Volkes für die Staatsgeschäfte zu erregen und hält die Wähler beständig in Atem. In den Ländern, wo das Parlament allmächtig ist, übt das Volk seine Souveränität alle fünf oder sechs Jahre aus, und nach einer regen Wahlbewegung schläft es wieder ein. Warum sollte es sich auch für die ihm von seinen Abgeordneten gegebenen Gesetze ereifern, da es sich diesen Gesetzen notwendig unterwerfen muß, sie mögen schlecht oder gut sein? Die besonders in welschen Ländern beklagte Teilnahmslosigkeit der Massen in politischen Sachen hat großenteils ihre Quelle darin, daß das Volk sich seinem Parlament gegenüber ohnmächtig fühlt. In den angelsächsischen Staaten ist das Übel nicht so groß, denn der Wähler bleibt hier, dank dem entschlossenen Charakter der Rasse, in steter Fühlung mit den Kammern; er bestürmt seinen Abgeordneten mit Briefen und Depeschen und zwar nicht, um eine Tabaktrafik oder eine Anstellung beim Postamt zu erbetteln, sondern um ihm die Annahme oder die Ablehnung eines Gesetzentwurfs ans Herz zu legen.

In den Ländern, wo diese Volksrechte nicht vorhanden sind, nimmt auch die Presse an den großen beim Parlament in Diskussion stehenden Fragen viel geringern Anteil und gerät leichter in Versuchung, dieselben in drei Zeilen zu erledigen, um ihre Leser mit gepfefferten Berichten über die neuesten Skandalaffären zu ergötzen.

In den Staaten aber, wo das Volk solche Rechte genießt, müssen die Zeitungen wohl oder übel die Vorgänge im Parlament aufmerksam verfolgen. Wir wollen die schweizerischen Wähler nicht überschätzen: gewiß hatten nur wenige von denen, die das Gesetz von 1900 über das Versicherungswesen verwarfen, die 400 Artikel desselben gelesen und geprüft; die meisten hatten wohl ihre Meinung nur aus Flugblättern und Zeitungsaufsätzen geschöpft. Darin liegt jedoch der Anfang jenes für eine Demokratie unentbehrlichen Bemühens, den Staatsgeschäften zu folgen, und das verdanken wir dem Referendum.

Es wird uns oft folgendes eingewendet: „Wenn ihr das Volk so häufig zu den Wahlurnen beruft, werdet ihr in ihm Satttheit und Überdruß erzeugen; ihr selber stumpft das Werkzeug ab, das ihr euch gegeben habt. Schon haben einige von euren Kantonen die Volksabstimmung obligatorisch gemacht. Schließlich werdet ihr den Bürger ganz ermüden.“

Freilich genießen einige sehr demokratisch gesinnten Kantone der deutschen Schweiz nicht nur das fakultative Referendum für die eidgenössischen Gesetze, sondern auch das obligatorische Referendum für alle die Gemeinde und den Kanton betreffenden Fragen, und da die Wahlgelegenheiten in diesen Kantonen überaus zahlreich sind, hat man Wähler ihre Rechte verschmähen und von den Urnen fernbleiben gesehen. Deshalb

ziehe ich dem obligatorischen das fakultative Referendum vor. Es gibt Gesetze, über die alle Leute einig sind, und es ist ganz unnötig, sie von dem Volke betätigen zu lassen. Wenn das Referendum aber von 30 000 Bürgern verlangt wird, so ist dies ein Beweis, daß das von den Kammern angenommene Gesetz zu vielen Einwänden Anlaß gibt: dann ist eine Volksabstimmung von Nutzen. Es ist übrigens nie, sogar in den Kantonen, wo solche Abstimmungen sehr häufig vorkommen, beobachtet worden, daß die Wähler auf die Ausübung ihres Rechts verzichteten, wenn es sich um bedeutende Fragen wie die Eisenbahnverstaatlichung, die Zolltarife, die Reorganisation des Heeres, usw. handelte. Das Referendum mag obligatorisch sein oder nicht, in solchen Fällen ist sich der Bürger immer bewußt, daß er die Pflicht hat, seine Stimme abzugeben.

So paradox es klingen mag, gelangt auch in diesen Volksabstimmungen die Elite der Nation wieder zu ihrem berechtigten Einfluß.

Das schweizerische Parlament hat wohl, wie alle Parlamente der Welt, unter seinen Mitgliedern hervorragende Persönlichkeiten aufzuweisen, deren Rechtschaffenheit und Scharfsinn unserer Demokratie zur Ehre gereichen. Wie viele unbedeutende Männer aber sitzen nicht neben ihnen: streberhafte Advokaten und reiche, dank dem Einfluß ihrer Familien gewählte Vatersöhnchen! Wie viele ausgezeichnete Männer bleiben außerhalb des Parlaments, wo sie doch vortreffliche Abgeordnete geben würden: berühmte Ärzte, die ihre Patienten nicht im Stich lassen können, Gelehrte, die sich von ihrem Laboratorium oder von ihrer Bibliothek nicht losreißen wollen, Professoren, die das Interesse ihrer Studenten an ihren Lehrstuhl fesselt!

In einem rein parlamentarischen Staate ist der erzieherische Einfluß jener Elite zwar sehr groß, ihre direkte politische Wirksamkeit aber ziemlich unbedeutend. Sie können höchstens einen Zeitungsartikel oder eine Broschüre schreiben, wenn sie eine ihnen am Herzen liegende Reform der Gesetzgebung verteidigen wollen.

Nun stellen das Referendum und das Initiativbegehren diese Männer wieder an ihren richtigen Platz, denn aller Augen richten sich auf sie, so oft die dem Volke vorgelegte Frage in ihr Fach einschlägt. Dann treten sie einen Augenblick aus ihrer stillen Abgeschlossenheit hervor und werden zu Führern. So wurde die Bewegung gegen das bureaukratische Gesetz über das Versicherungswesen von einem Journalisten geleitet, der sich in diesen Sachen spezialisiert hatte und der vor dem Volke gegen das ganze Parlament Recht behielt. Das Initiativbegehren gegen den Absinth wurde außerhalb aller politischen Ausschüsse eingeleitet. Im Ausschuß des Antiabsinthvereins befand sich nur ein Abgeordneter, und es war fast komisch zu hören, wie unsere Parlamentsmitglieder, verwundert über die kraftvolle, von einer Handvoll Unbekannter gegen alle Alkoholinteressenten und sogar gegen die Bundesregierung erfolgreich geführte Agitation, mit Besorgnis fragten: „Woher kommen denn diese Leute?“

Es wird gegenwärtig viel über die parlamentarische Vertretung der Fachkreise gestritten. Dafür besitzen wir eben in dem Referendum und dem Initiativbegehren einen beinahe gleichwertigen Ersatz.

Die Ausübung weitgehender Volksrechte erfordert natürlich von den Wählern eine starke politische Reife. Zu oft haben sich noch die Schweizer Bürger durch Sophismen täuschen oder durch egoistische Erwägungen verführen lassen. Dennoch ist im ganzen, wie wir es gesehen haben, die Erfahrung eine günstige gewesen; auch sind unsere häufigen Abstimmungen für den einzelnen Bürger eine vortreffliche Schule. Manzini's Wort: „Die Er-

ziehung eines Volkes geschieht durch die T a t“, bleibt ja immer wahr. Und die Erzieher, d. h. jene Elite, von der wir oben sprachen, widmen sich ihrer Aufgabe mit um so größerer Begeisterung, als sie deren hohe Bedeutung einsehen. Denn die Zukunft des Landes steht ja in unmittelbarstem Zusammenhang mit der politischen Erziehung des Volkes.



ABBÉ PAUL NAUDET (PARIS): DIE TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT IN FRANKREICH.*)

DAS französische Konkordat, das im Jahre 1801 von Papst Pius VII. und vom damaligen ersten Konsul Napoleon unterzeichnet worden war, hatte bis zu einem gewissen Punkte die alte Organisation der Kirche Frankreichs wieder hergestellt. Die Neuerungen bestanden darin, daß die Ausübung des Kultes von einer besonderen Polizeiordnung beaufsichtigt und die Geistlichkeit aus dem Staatsbudget besoldet wurde, nicht mehr, wie früher, vom Vermögen der Kirche lebte. Die Kirchengüter waren meist dem Staate anheimgefallen. Derselbe beteiligte sich auch bei der Ernennung der Bischöfe, Generalvikare und Dekane, kurz des ganzen höheren Kirchenpersonals, das er überdies in die Klasse der Staatsbeamten einreichte. Trotz dieser starken Betonung der staatlichen Interessen und gewisser weitgehender Vorrechte, die die französische Regierung in Verklausulierung des Konkordates für sich in Anspruch nahm, war der Zusammenhang beider Mächte ein Jahrhundert lang aufrecht geblieben und es schien, als sollte er von noch größerer Dauer sein.

An Vorboten des Sturmes hat es dabei nicht gemangelt. Die französische Regierung arbeitete ihre antiklerikale Stellung immer mehr heraus und schmeichelte damit dem nationalen Charakter, der ja gerade nicht „römisch“ zu nennen ist . . . Dann, und dies war nicht das am wenigsten beunruhigende Symptom, hatte der Wind, der seit einigen Jahren durch die politische Welt wehte, auch in manchen anderen Ländern die alte charakteristische Form der Beziehungen zwischen Kirche und Staat erschüttert. Augenscheinlich gab es unter den Nationen, die zu ihren Angehörigen Katholiken zählen, nur wenige, in denen ein Konkordat noch existierte. Und doch schadet dieses Fehlen dem religiösen Leben in keiner Weise, der Katholizismus befand sich bei diesen Völkern keineswegs im Verfall und die Erfahrungen des neuen Regimes waren für Kirche und Staat gleich günstige. Zu bemerken ist freilich, daß die Trennung in jenen Ländern sich ganz anders vollzog als in Frankreich; jedenfalls aber war das Beispiel Brasiliens, wo die katholische Kirche seit der Aufhebung des Konkordats in neuer Blüte begriffen ist, ermunternd. Auch in Mexiko war der Katholizismus, nachdem er eine Zeit lang heftige Kämpfe hatte durchmachen müssen, kräftiger geworden denn je; alle

*) Abbé Naudet hat das Thema in mehreren Vorträgen in den Sektionen unseres Institutes in Düsseldorf (18. IV.), Graz (25. IV.), Wien (26. IV.), Salzburg (29. IV.), München (2. V.), Heidelberg (8. V.) und Karlsruhe (10. V.) behandelt und hatte die Freundlichkeit, die Grundgedanken seines Vortrags nachstehend für die Leser der „Dokumente des Fortschritts“ zusammenzuziehen. (Anmerkung der Redaktion).

Beteiligten sind dort mit den Resultaten der Trennung von Kirche und Staat zufrieden. Solche Erfahrungen waren nun ebenso viele Gutachten für den Wunsch derjenigen, die die Aufhebung des Konkordats verlangten.

* * *

Wurde diese Veränderung vom gesamten französischen Volke gefordert? War in Frankreich eine breite, tiefe Strömung vorhanden, die mit unwiderstehlicher Gewalt zur Trennung drängte?

Eine solche unwiderstehliche Strömung bestand keineswegs; gewiß war die Frage schon mehrmals aufgeworfen worden; aber bei den vorletzten Wahlen (1902) hatten kaum hundert Kandidaten dieselbe auf ihr Programm gesetzt, und überdies wurden sie nicht alle gewählt; die andern, über vierhundert an der Zahl, hatten die Frage mit Stillschweigen übergangen. Durch gewisse Vorfälle aber, auf die zurückzukommen zu weitläufig wäre, so durch den Besuch des Präsidenten der Republik beim König von Italien, durch die erzwungene Abdankung der Bischöfe von Dijon und Laval u. a. m., schlug die öffentliche Meinung plötzlich um; die damalige Regierung, entschieden antikatholisch ihrer politischen Richtung nach, benutzte die Gelegenheit, um dem Nuncius seinen Reisepaß einzuhändigen, ihren Botschafter beim Vatikan abzuberufen und somit die Aufkündigung des Konkordats, wenn noch nicht dem Rechte, so doch der Tatsache nach zu vollziehen. Welches nun die wirklichen oder vermeintlichen Beschwerden des Ministeriums über das Betragen der römischen Kurie auch gewesen seien, es bleibt unbestreitbar, daß durch solches Verfahren die französische Regierung sich über alle diplomatischen Gebräuche hinwegsetzte. Gewiß kann man sich weigern, die Konkordate als eigentliche Verträge anzusehen; es ist aber unzweifelhaft, daß die dem Oberhaupt der katholischen Kirche faktisch anerkannte fürstliche Würde, sowie der synallagmatische Charakter der mit ihm geschlossenen Abmachungen eine regelrechte Aufkündigung erfordert hatte und daß die französische Regierung, indem sie anders handelte, nicht dem strengen Wortlaut des Völkerrechts gemäß verfuhr *).

Alle diejenigen, die solchen Einwendungen Gehör verschaffen wollten, erhoben vergeblich ihre Stimme, und als Folge jener ersten Schritte wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, der nach langen Debatten und mit beträchtlichen Veränderungen den 9. Dezember 1905 schließlich angenommen wurde.

II.

Die Trennung von Kirche und Staat rollte vor dem Gesetzgeber eine Reihe von Problemen auf; drei von diesen Problemen, nämlich das Problem der Geistlichkeit, das Problem der dem Kultus dienenden Gebäude und das Problem der Kirchengüter, haben für die Anordnung des Gesetzes wesentlichste Bedeutung gewonnen.

1. Unter dem Regime des Konkordats bekamen bekanntlich die Priester der einzelnen vom Staate anerkannten Konfessionen ein Gehalt aus dem allgemeinen Staatsbudget. Dieses Gehalt war bescheiden und wäre unzureichend gewesen, wenn Nebeneinnahmen es nicht ergänzt hätten, die größtenteils, wenigstens für den katholischen Klerus, aus den Sporteln und den verschiedenen Opfergaben herrührten. Durch das neue Gesetz ward das Kultusbudget

*) Vgl. Despagne, *Droit international public*, 3. Auflage 1905, S. 173. — Rede von Ribot in der Deputiertenkammer, 3. April 1905.

abgeschafft. Nun behaupteten aber die Katholiken, daß dieses Budget, als der gerechte und anerkannte Ersatz der im Jahre 1789 konfiszierten Kirchengüter, eine heilige Schuld der Nation bildete und daß seine Abschaffung nichts anderes wäre, als eine tatsächliche Spolierung von seiten des Staates. Gegen eine solche Ansicht wurde natürlich im andern Lager protestiert und dem Kultusbudget jener Schuldcharakter abgesprochen. Auf beiden Seiten gab man für und wider mehr oder weniger schlagende Gründe. Was Schreiber dieses betrifft, so will er sich mit dem Bemerkten begnügen, daß in der Lage der französischen Geistlichkeit ein wirkliches, erworbenes Recht bestand, ein Recht, das der Gesetzgeber unter allen Umständen hätte achten sollen. Denn die Diener der Religion hatten ja ihr Leben orientiert unter der Bürgschaft eines feierlichen Vertrags, eines unleugbaren Quasikontrakts — und wenn nicht der Vertrag, so existierte wenigstens der Quasikontrakt für die nicht-katholische Geistlichkeit; gesetzt also, daß die französische Regierung das Recht hatte, mit Rom zu brechen, so wurde dadurch das Recht der Priester der verschiedenen Religionen auf ihren Lebensunterhalt keineswegs aufgehoben. Diese Wahrheit war übrigens so handgreiflich, daß das Gesetz nicht ganz darüber hinweggehen konnte und um die Frage zu lösen, bestimmte es, daß während vier Jahren eine jährlich abnehmende Entschädigung allen denjenigen ausbezahlt werden sollte, die vom Kultusbudget ein Gehalt bezogen hatten; für diejenigen, die eine gewisse Anzahl Dienstjahre zählten, wurde diese Entschädigung zu einer geringen Leibrente. Die Gerechtigkeit hätte zwar mehr verlangt, doch mußte damit vorlieb genommen werden.

2. Wem sollten die französischen Kirchen gehören? Das Gesetz entschied dahin, daß Eigentümer aller dem Kultus gewidmeten Bauwerke je nach den Umständen entweder der Staat oder die Gemeinden sein, daß aber der Staat und die Gemeinden deren Nutzung gewissen im Gesetz vorgesehenen Kultusgemeinden bewilligen sollten. Solche Kultusgemeinden haben sich nicht gebildet, und obgleich diese Bestimmung des Gesetzes nicht beobachtet wurde, so behielten doch die Katholiken ihre Kirchen. Die Priester wurden deren „Besitzer ohne Rechtsgrund“, aber das Fehlen eines Rechtsgrundes vermochte ihre Anspruchsgründe als Vertreter der religiösen Gemeinde nicht zu zerstören, was von den Gerichtshöfen anerkannt wurde.

Das dritte Problem, das Problem der Kirchengüter, wurde durch die Konfiskation gelöst.

Nach dem Gesetz sollten diese Güter den Kultusgemeinden übergeben werden, oder, wo solche nicht vorhanden waren, den Armenpflegeämtern oder sonstigen gemeinnützigen Institutionen anheimfallen. Da die Ereignisse eine Wahl zwischen diesen zweierlei Verfahren ausgeschaltet hatten, so wurde die katholische Kirche ihres ganzen Vermögens beraubt.

Seit einem Jahrhundert besaß die gesetzmäßig konstituierte Kirche Frankreichs jene Güter, und ihre Besitztitel waren vom Gesetz, von den Gerichten, von den Regierungen anerkannt worden. Durfte nun das Parlament durch einen Federzug, durch eine Abstimmung diese alten Rechte vernichten? Durfte es bestimmen, daß diese Besitztitel verfallen wären und daß die Güter an Vereinigungen übergeben werden sollten, die nicht einmal existierten und deren Bestehen von der Kirche als unvereinbar mit den wesentlichsten Grundsätzen ihrer eigenen Organisation angesehen werden? Ja, das Parlament durfte es, wenn man annimmt, daß ein Parlament alles darf. Wenn die Gerechtigkeit aber und die Achtung vor den erworbenen Rechten keine leeren Redensarten sind, so scheint es wohl schwierig, hier den

Verteidiger zu spielen. Daher waren viele Leute der Meinung — und Ribot selbst, der vielbewunderte Führer der Opposition und keineswegs Glaubensgenosse des Verfassers, gab dieser Überzeugung beredten Ausdruck —, daß das neue Gesetz, das sich doch als ein Gesetz der Freiheit ausgab, hier zu einer Unterdrückungsmaßregel herabsänke und die Kirche Frankreichs vor keine andere Wahl stellte, als die zwischen ihrem Gewissen einerseits, das ihr verbot, wie hier sogleich erklärt werden soll, sich zu der Gründung der Kultusgemeinden zu verstehen, und andererseits dem Mammon.

Immerhin war nicht alles in der neuen Lage zu bedauern und das Gesetz hatte auch seine bedeutungsvollen, guten Seiten. An Stelle früherer Abhängigkeit traten gewisse, nicht zu unterschätzende Freiheiten, zum Beispiel die unbedingte Freiheit bei der Ernennung der Bischöfe und Pfarrer, sowie die Befugnis zur beliebigen Umgestaltung der Sprengel und Kirchspiele. Freiheit periodischer Versammlungen für die Bischöfe war endlich gewonnen, ebenso die Anerkennung wichtiger anderer Rechte, die für das Leben und die Entwicklung der Kirche von unmittelbarem Interesse sind. Und wir müssen bekennen, daß diese Vorteile den Katholiken erhalten blieben, obgleich letztere das Gesetz bekämpften. Ihr Widerstand hielt sich übrigens in den richtigen Schranken, und mit Ausnahme einzelner, nicht sehr zahlreicher Punkte des Landes, wo die durch das Gesetz vorgeschriebene Inventarisierung der Kirchengüter zu einigen (bald gedämpften) Unruhen Anlaß gab, fand keine Unordnung statt, die Katholiken lehnten sich nicht gegen das Gesetz auf, selbst als sie sich weigerten, die Kultusgemeinden zu gründen. Sie wählten ganz einfach zwischen den zwei Wegen, die der Gesetzgeber ihnen öffnete, und es war ihr volles Recht. Sie mußten entweder jene Vereinigungen bilden oder sich berauben lassen: indem sie letzteres vorzogen, täuschten sie die Erwartung derjenigen, die die Trennung angestiftet hatten, aber sie blieben in den Grenzen des Gesetzes.

III.

Die römische Kurie hat sich immer der Trennung widersetzt. Ohne Rücksichtnahme auf die Tatsachen und sich nur auf die Grundsätze berufend, die der menschlichen Gesellschaft nicht erlauben, „so zu handeln, als ob Gott nicht da wäre, und aus dem tätigen Leben der Nation die Kirche auszuschließen“*), hat sie immer die Theorie von der „freien Kirche im freien Staate“ bekämpft, die ehemals von Montalembert formuliert wurde und deren Verwirklichung der liberalen katholischen Schule nicht unmöglich erschien. Darum erklärte der päpstliche Stuhl durch mehrere authentische Akten, als deren hauptsächliche die Enzyklika *Vehementer* (11. Februar 1906) und die Enzyklika *Gravissimo* (10. August 1906) zu nennen sind, daß das Gesetz der Organisation der Kirche zuwider sei, und wenn er den Katholiken auch nicht verbot, sich vor demselben zu beugen, — denn alle Weigerungen von seiten der Katholiken hätten an der Gültigkeit des Gesetzes nichts geändert —, so verbot er ihnen, jene sogenannten Kultusgemeinden zu gründen, die eine der Hauptstützen des neuen Systems sein sollten.

Die Gründe, aus denen diese Richtungslinie vorgeschrieben wurde, sind leicht zu bestimmen. Der Vatikan befürchtete nämlich, die Kultusgemeinden, die der Sache nach die einzigen Besitzer der Kirchengüter gewesen wären, möchten zur Herrschaft in der Kirche gelangen und der Hierarchie ihren

*) Leo XIII., Enzkl. *Immortale Dei* (1. Nov. 1885). Vergl. auch Pius IX. in seiner Ansprache *Acerbissimum* (27. Sept. 1852), Syllabus, prop. 55 u. s. w.

Willen aufzwingen. Daß der Schatten der Weltlichkeit sich immer mehr über die Altäre ausbreiten könnte, dies wurde als eine ewig drohende Gefahr empfunden und die Frage drängte sich auf, ob die Organisation der Kirche Frankreichs fähig war, eine solche Umgestaltung zu ertragen, die leicht zu einer völligen Umwälzung hätte werden können.

Bekanntlich spielen in der katholischen Kirche die Hierarchie und das Autoritätsprinzip eine entscheidende Rolle. Nun stand aber in dem Gesetze nicht einmal der Name der Bischöfe verzeichnet; es schien, als ob die legitimen Rechte des Episkopats gänzlich außer acht gelassen worden wären, und dem Staatsrat einzig und allein stand es zu, im Falle von Rechtsstreitigkeiten zwischen verschiedenen Kulturgemeinden zu bestimmen, welche von denselben echt katholisch seien und die betreffenden Güter in Besitz erhalten sollen. Dadurch machte das Gesetz die weltliche Obrigkeit zum Richter in Religionssachen, da sie doch über die katholische Lehre und Orthodoxie in letzter Instanz zu entscheiden hatte. Es lag darin, wenigstens dem Anschein nach, etwas zu Regelwidriges, und Rom erklärte den Gläubigen, daß sie diese vom Gesetz eingeführte Neuerung unmöglich annehmen durften.

In Wahrheit hatten die französischen Bischöfe in dem neuen Werk des Gesetzgebers eine so drohende Gefahr nicht erblickt. Die vorhergesehenen Schwierigkeiten waren ihnen zwar sehr groß, aber nicht unüberwindlich erschienen, und mit dem Vorbehalt, daß gewisse kanonische Bestimmungen in die innere Ordnung der Kultusgemeinden einzuführen wären, hatten sie die Möglichkeit ins Auge gefaßt, mit dem Gesetze auszukommen, umsomehr, als dasselbe sich solchen Vorsichtsmaßregeln nicht widersetzt, sondern ausdrücklich sagt, daß im Streitfall das Urteil den allgemeinen Organisationsgrundsätzen des Kultus entsprechen müsse und daß der Staatsrat, wenn er über die Eigenschaft der verschiedenen Kultusgemeinden zu entscheiden hätte, „alle Tatumstände berücksichtigen solle“, was augenscheinlich sowohl die Orthodoxie, wie die Rechte des Episkopats mit einbegriff. Solches war nun auch die Meinung der Bischöfe gewesen, und sie hatten in ihrer Versammlung vom 31. März 1906 einen Statutenentwurf angenommen, der den Kultusgemeinden, oder, wie sie jetzt genannt wurden, „kirchenkollegialischen“ Vereinigungen eine zugleich kanonische und gesetzmäßige Form zu geben ermöglichte.

Rom wollte davon nichts hören.

Möglich ist es, daß die französische Regierung eine Zeitlang den Gedanken hegte, die Katholiken würden darüber hinweggehen und auf das Verbot des Vatikans keine Rücksicht nehmen; wenn sie solches gemeint hatte, mußte sie bald anderer Ansicht werden, da die Katholiken sich sofort und unbedenklich in unbedingtem Gehorsam vor dem Befehl des Papstes verneigten. Es konnte übrigens nicht anders sein. Denn es gibt einerseits sogar für die Katholiken, die das Verhalten des päpstlichen Stuhls innerlich nicht billigten, etwas, das alle anderen Erwägungen übertrifft, nämlich die Notwendigkeit, den Zusammenhang mit dem Mittelpunkt der religiösen Einheit aufrecht zu erhalten, und jene Katholiken erachteten es nicht übermäßig teuer, ihr treues Festhalten an einem solchen Prinzip mit 500 Millionen zu bezahlen. Andererseits muß ein jeder, der den heutigen Zustand des Katholizismus ergründet, zu der Erkenntnis gelangen, daß letzterer nur eine wirklich lebende Kraft enthält, nämlich die — Hierarchie, und daß alles Übrige etwas Staubartiges ist, das man vom sozialen Standpunkt als nicht vorhanden bezeichnen kann. Es ist oft die Frage aufgeworfen worden, ob ein solcher Zustand nicht

zu bedauern sei, aber dies ist eine müßige Frage, die wir übrigens jetzt nicht zu behandeln haben. Begnügen wir uns mit der Konstatierung, daß es unmöglich wäre, eine Kultusgemeinde ohne den Klerus zu gründen; nun herrscht aber in der Organisation des Klerus selbst eine solche Hierarchie, daß auch er vom sozialen Standpunkt aus nur existiert als kraft des ihn an seine Bischöfe und an den Papst knüpfenden Bandes. War ein Priester geneigt, eine Kultusgemeinde zu gründen oder einer solchen seine Dienste zu widmen, so mußte er vorher austreten; nach diesem Austritt aber war er wie ein verschlagenes Schiff. Darum mußten die wenigen Versuche, die in dieser Richtung gemacht wurden, fehlgehen, und in der Tat hatten sie alle ein klägliches Ende.

Es war leicht vorherzusehen, daß die Oppositionsparteien d. i. die Monarchisten diese Gelegenheit, die Geister aufzuwiegeln, mit Freuden ergreifen würden. Allerdings befanden sich diese Parteien im Recht, und es wäre ihnen kein Vorwurf zu machen gewesen, wenn sie nicht durch eine geschickte Wendung die politische und religiöse Bewegung miteinander identifiziert hätten, wenn sie die katholische Masse, die ihnen mit der vollkommensten Redlichkeit folgte, nicht mitgerissen hätten, um unter dem Vorwand religiöser Verteidigung vor allem ihren politischen Ideen und undurchführbaren Hoffnungen zum Sieg zu verhelfen. Das den Katholiken einzig angemessene Betragen im Kampf gegen ein Gesetz, das in einigen Punkten ihrem Gewissen unannehmbar dünkte, wäre wohl nichts anderes gewesen, als eine kräftige Betonung der rein religiösen Gründe, von denen sie geleitet wurden und eine umso größere Beflissenheit, in den andern Punkten und namentlich in allem, was die Konstitution und die Regierung des Landes betraf, ihren vollen, unbedingten Loyalismus zu bejahen. So hatten unter andern mindestens ebenso schwierigen Verhältnissen die belgischen, schweizerischen, englischen und preußischen Katholiken gehandelt. Und man darf sogar behaupten, daß sie es in Frankreich leichter gehabt hätten, denn es gehört weniger Selbstüberwindung dazu, den republikanischen und demokratischen Staatseinrichtungen die gebührende Ehrerbietung zu zollen, als sich, wie es in andern Ländern geschah, immer noch als treue Untertanen von Monarchen zu benehmen, in deren Namen die katholischen Stiftungen zerstört und die Bischöfe ins Gefängnis geworfen wurden. Solches mit dem einfachsten gesunden Verstand übereinstimmende Betragen schien in Frankreich aber durch die politische Leidenschaft ausgeschlossen, und man schmeichelte sich mit der eitlen Hoffnung, daß aus der Durchführung des Gesetzes tiefgehende Unruhen entstehen würden und daß die Regierung, zur Kapitulation gezwungen, den Weg nach Kanossa würde einschlagen müssen.

Diese Hoffnungen sind durch die Ereignisse nicht erfüllt worden. Die Massen haben sich von jeder Bewegung fern gehalten, und mit Ausnahme einer Handvoll Unversöhnlicher, die, mit royalistischen Parteigängern vermischt oder identifiziert, zur Zeit der Inventarisierung der Kirchengüter einen aussichtslosen und nur scheinbaren Widerstand versuchten, schien die Menge sich weder für, noch gegen das Gesetz zu ereifern. Die Gesamtheit der Katholiken selbst hat jene dauernden und fruchtbaren Wallungen nicht empfunden, die ehemals Deutschland und die Schweiz durchbehten; sie haben nicht an einem Aufgebot teilgenommen, in dem jeder seinen Mann stellt, sie sind in keinen „Kulturkampf“ eingetreten; sie haben den verschiedenen Versuchen, sie zu einer großen Einheit zu versammeln, fremd gegenüber gestanden.

Und diese Wendung der Ereignisse erklärt sich nicht etwa aus einer angeblichen Feindschaft des französischen Volks gegen die Kirche. Nein,

das französische Volk ist zwar antiklerikal, es haßt, was man, übrigens ganz unrichtig, die Pfaffenpartei nennt; antireligiös aber ist es nicht, die Masse wendet sich vielmehr gerne, wenigstens in gewissen Fällen an die Religion und ihre Diener. Es scheint hier, daß das Volk die ganze Bedeutung der Sache einfach nicht verstanden hat. Die Katholiken haben getan, als handle es sich um einen Nachbar, um einen unglücklichen Nachbar, dem man natürlich beistehen sollte, der aber weiters keinen Anspruch erhebe; und nachdem sie den aus der neuen Lage entstandenen Bedürfnissen reichlich abgeholfen hatten, glaubten sie, es dabei bewenden lassen zu können.

V.

Und was sollen wir nun von dieser sozialen Erfahrung halten? Welche Lehre vermag der Sozialpolitiker daraus zu ziehen?

Es ist unbestreitbar, daß die Trennung von Kirche und Staat zum Gegenstand eines loyalen Versuchs hätte werden können. Dazu aber hätte sie unter anderen Verhältnissen und auf dem Friedensfuß vollzogen werden sollen. Leider standen nun sowohl diejenigen, die sie in Frankreich entwarfen und zur Durchführung brachten, als die meisten derjenigen, die sie bekämpften, immer auf dem Kriegsfuß; und es ist sonnenklar, daß niemand in den zwei Lagern versucht hat, eine Verständigung herbeizuführen; um aus der gegebenen Lage den möglich größten Vorteil zu ziehen. Während Friede, Ruhe, Gelassenheit durchaus notwendig waren, hat man den Konflikt bis zum akuten Streit getrieben. Es gab einen heftigen, härten Kampf, Sieger und Besiegte. Die Sieger mißbrauchten ihren Sieg, die Besiegten begingen alle nur möglichen Ungeschicklichkeiten, durch die ihre Niederlage stets schlimmer werden mußte.

Die Katholiken waren die Besiegten. Umsonst behaupten ihre überlauten Wortführer, die Regierung wäre vor dem *Non possumus* des heiligen Stuhls zurückgewichen: In Wahrheit ist die Trennung in voller Kraft, die Regierung hat auf der ganzen Schlachtlinie gesiegt, die Kirche Frankreichs muß ohne Rechtsgrundlage leben und darf dem Rechte nach nichts mehr besitzen.

Das Gesetz konnte, wie wir es schon erwähnt haben, auf zweierlei Weise in Geltung treten und schien den Katholiken zu sagen: entweder werden Sie Kultusgemeinden bilden, oder Sie werden Ihre Güter verlieren und jeder Rechtsgrundlage entbehren; ich lasse Ihnen die Wahl. Da die Katholiken auf Roms Befehl den letzteren Weg wählten, wirkte nun das Gesetz in dieser Richtung: Seine Wirkung war eine ganz normale, und wir Katholiken stehen da ohne Vermögen, ohne Rechtsgrundlage.

Vom materiellen Standpunkte hat die Kirche einen unermeßlichen Verlust zu verzeichnen. Alle ihre Güter sind konfisziert: keine Seminarien, keine bischöflichen Paläste, keine Pfarrhäuser, kein Budget, keine Renten mehr. Die finanzielle Organisation ist unsicher und außergesetzlich. Die Priester spielen in ihren Kirchen die Rolle „einfacher Besitzer ohne Rechtsgrund“, und der Rekrutierung der Geistlichkeit drohen schwere Gefahren.

Für den Staat hingegen bedeutet die Trennung: die Abschaffung des Kultusbudgets, die Zurücknahme aller der Kirche zur Verfügung gestellten Gebäude, und die Beschlagnahme eines Mobiliar-Immobilienvermögens von über einer halben Milliarde, welches nach Abzug der Passiva sowie gewisser Wiedererstattungen mehr als 350 Millionen geben wird.

Es muß übrigens anerkannt werden, daß inmitten ihres Unglücks die Katholiken einen bewunderungswürdigen Beweis ihrer Freigebigkeit lieferten, indem sie für die materiellen Bedürfnisse ihres Kultus, ihrer Geistlichen und ihrer Werke sofort und reichlich gesorgt haben. Darum wird man mir wohl gestatten, mit bewegtem Herzen jene alte Kirche Frankreichs zu begrüßen, die, als sie zum zweiten Male in einem Jahrhundert den Sturm über sich hereinbrechen sah, sich nicht bedacht hat, alles aufzuopfern, um ihre Ehre und ihren Glauben zu retten. Glücklicher diesmal als ehemals, ist sie aufrecht geblieben; ja sie machte der Gefahr so energisch Front und zeigte sich den Ereignissen so gewachsen, daß man beim ersten flüchtigen Blick glauben könnte, es wäre viel Lärm um Nichts gemacht worden und es bliebe im Grunde alles beim Alten.

Und doch ist die Lage höchst bedenklich; da keine gesetzmäßigen Vereinigungen gebildet werden dürfen, ist die Kirche Frankreichs verurteilt, das Leben der ersten Christen zu führen, ein Leben ohne Güter, ohne Eigentum, ohne Rechtsgrundlage, mit der einzigen und stets unsicheren Hilfsquelle der jährlichen Privatkollekten. Dies kann eine Zeitlang dauern, wird aber vielleicht nicht immer halten, und einstweilen weiß man keinen Rat, denn weder auf Roms Seite noch von seiten des Staates erscheint die Möglichkeit einer Verständigung über einen *Modus vivendi*, der erlauben würde, Stiftungen zu gründen und die Zukunft zu sichern.

VI.

Dem Verfasser sei hier eine kleine Bemerkung gestattet. Das Gesetz vom 9. Dezember 1905 hat nämlich tatsächlich nichts getrennt und der Name, unter dem es bezeichnet wird, ist nicht der richtige. Dieses Gesetz ist im Grund nichts gewesen, als ein Rechnungsabschluß; es hat das alte Band zwischen Kirche und Staat wohl entzweigeschnitten, aber auch durch ein neues ersetzt, indem es die Kirche in einer relativen Abhängigkeit vom Staate verbleiben läßt, so daß man nicht ohne einen Anschein von Wahrheit hat sagen können: nur das Kultusbudget sei verschwunden — und faktisch existiere die Trennung nicht. Das Gesetz stellt die Kultusgemeinden außerhalb des gemeinen Rechts, erlegt ihnen bestimmte Verbindlichkeiten auf und läßt dem Einschreiten der Verwaltungsbeamten einen so weiten Spielraum, daß der Willkür alle Tore offen bleiben. Ja, um diese Lage der Dinge zu befestigen, scheut man sich vor dem unlogischsten der Widersprüche nicht, denn nachdem deutlich ausgesprochen wurde, die Kultusgemeinden seien private Einrichtungen, unterwirft man sie einer administrativen und finanziellen Kontrolle, als ob sie öffentliche Anstalten wären.

So haben wir anstatt einer wirklichen, historischen, aus den Verhältnissen entstandenen und in der Anstrengung gewachsenen, eine bloß juristische, von Polizeigesetzen geordnete und im Namen einer abstrakten Theorie den Tatsachen aufgezwungene Trennung. Die „Freie Kirche im neutralen Staate“, das war der Traum; die beraubte und als verdächtig behandelte Kirche im argwöhnischen und beraubenden Staate, das ist die Wirklichkeit. Die Kirche ist keine anerkannte Gesellschaft mehr, sondern eine unter Aufsicht stehende. Die Geistlichen sind keine besoldeten Beamten mehr, aber sie stehen nun unter einer noch strengeren Aufsicht. Hat man keine Verpflichtungen mehr, so behält man Rechte gegen sie, und wenn auch erklärt wird, daß sie als Priester nicht mehr existieren und nur noch einfache Bürger sind, werden

sie doch der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit entzogen und in gewissen Fällen außerordentlichen Gerichtshöfen überliefert.

VII.

Soll mit alledem gesagt werden, daß es unumgänglich notwendig ist, zum früheren Regime des Konkordats zurückzukehren und daß man dahin zurückkehren werde? Nein, und ich für meinen Teil bin der Meinung, daß diejenigen, die eine solche Wendung für möglich halten, mit einer leeren Hoffnung spielen. Was gewonnen ist, bleibt gewonnen, die Flüsse ziehen nicht nach ihrer Quelle zurück, die „Trennung“ ist vollzogen und wird fortbestehen. Etwas aber wird nicht fortbestehen, ich bin davon überzeugt und dieses Etwas ist die aktuelle Lage. Ob sie auf diplomatischem Wege durch eine Verständigung mit dem heiligen Stuhle, oder nur in der Praxis durch die Macht der Verhältnisse verändert werden wird, das weiß jetzt niemand, aber eine Veränderung wird ganz gewiß eintreten.

Im jetzigen Augenblicke scheint mir die praktische und vielleicht einzige Schlußfolgerung, die man aus der von Frankreich erlebten Krise ziehen darf, die folgende zu sein: nämlich, daß die Leidenschaft eine schlimme Ratgeberin ist, und daß die Voreingenommenheit und der Sektarismus, welche Farbe er auch trägt, rot oder schwarz, die edelmütigsten Forderungen zum Scheitern bringen können.

Frankreichs Beispiel wird Nachahmer finden, die Idee der Trennung wird bald um sich greifen.

Die Trennung von Staat und Kirche gibt beiden die Freiheit, gereicht beiden zum Vorteil, aber sie muß in Friede und Toleranz vollzogen werden. Sie kann und muß stattfinden, ohne eines Menschen Gewissen zu verletzen, dessen mögen alle künftigen Gesetzgeber eingedenk sein.



PROF. LUDWIG GURLITT-STEGLITZ: KATHOLIZISMUS GEGEN FREIDENKERTUM.



In der Neisser Zeitung vom 3. April 1910 las ich einen Aufsatz gegen das Freidenkertum als Kulturmacht, der, wenn mich der Schein nicht trügt, aus der Feder des bekannten Katholiken Carl Jentsch stammt, den ich vor allem aus seinen in der „Zukunft“ erschienenen Aufsätzen als einen kenntnisreichen, selbständig denkenden und liebenswürdigen Schriftsteller habe schätzen lernen. Mit ihm sich zu unterhalten, „ist ehrenvoll und bringt Gewinn“, selbst wenn es im Geiste der Abwehr geschehen muß.

Er schreibt:

„Bekanntlich hat jüngst das Münchener Freidenkertum in dem großen Saale des Kindkellers eine „Kulturversammlung“ arrangiert und gleich fünf Redner hintereinander aufmarschieren lassen. Tagesblätter der verschiedensten politischen Richtungen, auch sozialdemokratische, haben den Münchener Herren Freidenkern bezeugt, daß sie auf die dort zutage getretene „Kultur“, die in wüsten Radau- und Prügelszenen ihre Triumphe feierte, sich nicht allzuviel einbilden dürfen. Auf diese Dinge brauchen wir hier nicht mehr zurückzukommen.“

Eine andere Frage ist, ob sich das Freidenkertum überhaupt als kulturfördernd aufspielen darf. In München hat ein Franzose große Töne von der neuen religionslosen Kultur in Frankreich geredet, und in deutschen Zeitschriften finden sich hin

und wieder sehnstüchtige Rufe nach französischer Kulturherrlichkeit. So schrieb jüngst der Charlottenburger (soll heißen Steglitzer) Professor Gurlitt:

„Wir bewundern das demokratische Frankreich wegen seines Kampfes gegen die verdummende Macht des römischen Klerus und hoffen, daß sich Deutschland zu gleicher Befreiungsarbeit aufraffen möge.“ (Dokumente des Fortschritts 1910, 3, 155.)

Denken wir uns, ein Franzose wollte sich an Deutschland rächen, ein raffinierter, durchtriebener, skrupelloser Franzose; ein rechter „Freidenker“; wird er dann à la Nationalisten im französischen Volke die Revanchegelüste anschüren? Wird er zum Kriege gegen Deutschland hetzen? Dann müßte er schon ein blinder Tollpatsch sein; denn es kann gar keine Frage sein, daß ein Volk, das bloß 36 Millionen Menschen zählt, keinen Krieg gegen ein 67 Millionen starkes Volk führen kann; ein Volk zudem, das die Reihen seines Heeres durch Aushebung und Eingliederung minderwertiger Menschen ergänzen muß; ein Volk, an dessen Wehrkraft der Antimilitarismus zehrt; ein Volk, das keine höheren Ideale mehr kennt als die behagliche Ruhe und den Genuß in jeder, auch der allerniedrigsten Form; ein Volk, das heute das Experiment wagt, Senegalneger in großer Anzahl an die Küste des Mittelmeeres zu verpflanzen und mit der modernen Kriegsführung bekannt zu machen. Ein solches Volk hat zum Kriegführen keine Kraft mehr; es in den Krieg zu hetzen, wäre Torheit, Blindheit.

Aber wie, wenn es gelänge, dem Nachbarvolke den Lebensnerv zu unterbinden? Wenn es gelänge, demselben auch das Freidenkertum und die „moderne Moral“ zu bescheren? Ein solches Unterfangen wäre nicht das erste dieser Art in der Weltgeschichte. Die Heilige Schrift erzählt uns, daß Balaam dem König der Moabiter den Rat gegeben habe, schlechte Weiber in das Lager der Israeliten zu schicken und sie dann, wenn sie durch geschlechtliche Ausschweifung ihre Kraft aufgerieben hätten, zu überfallen und zu vernichten. Wir sagen nicht, daß der Herr Caspers in München ein solch boshafter versteckter Chauvinist sei; aber es gibt Franzosen, welche sich über den Sittenverfall in Deutschland hämisch die Hände reiben und hoffen, daß im Laufe der Zeit unser Vaterland infolge sittlicher Verseuchung unfähig sein werde, einen Krieg gegen Frankreich zu wagen. Wahrscheinlich hat Herr Caspers bloß aus nationaler Eitelkeit, die ja dem Franzosen so gut zu Gesichte steht, die Kultur seines Vaterlandes ins Licht zu setzen sich bemüht; aber man kann sich denken, mit welcher Befriedigung er hinterher an die guten Münchener Freidenkerspießer zurückgedacht hat, die er mit seiner Pauke von französischer Kultur so nett eingeseift und für die grande nation begeistert hatte. Wer den Terrorismus der französischen Regierung, die infame Gesinnungsschnüffelei, die Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung von Polizei wegen, das Apachentum, d. h. das öffentliche Verbrechen in Paris, die horrende Unsittlichkeit, die Blasiertheit der französischen Jugend kennt, der möchte sich doch höflichst sowohl für die Demokratie als auch für die Kultur des modernen Frankreichs bedanken. Und nun kommt hinzu der Millionenschwindel eines Duez, der uns in einen wahren Abgrund von Korruption hat blicken lassen! Und während in Frankreich führende Geister darauf sinnen, wie dem politischen und kulturellen Elend ein Ende zu machen sei, fühlt man in Deutschland sich als Schleppenträger „Mariannens“ beglückt und sucht das deutsche Volk für französische „Kultur“ zu begeistern. Damit, daß dieses Freidenkertum die Grundlage aller Kultur, das Christentum, im Volke zerstört und hinterher etwas mit der pantheistisch-buddhistischen Laterna magica herumfackelt, erweist es sich als Kulturfeind ersten Ranges und ruft alle Freunde wahrer Kultur zur Abwehr auf. Allerdings fördert das Freidenkertum auch die Kultur in jener Art, wie es der Herr im Faust von Mephisto sagt:

Des Menschen Tätigkeit kann allzuleicht erschaffen,
Er liebt sich bald die unbedingte Ruh;
Dum geb ich gern ihm den Gesellen zu,
Der reizt und wirkt, und muß als Teufel schaffen.

Das Freidenkertum ruft die Vertreter des Christentums auf die Schanzen zur Wahrung, tiefen Begründung, Fortentwicklung der christlichen Kulturgüter, zwingt zur schärferen Ausgestaltung der christlichen Ideale im Leben und ist dadurch indirekt kulturfördernd, indem es die Kultur bedroht.“

Also kulturfördernd sind wir doch! Nach dieser Meinung ein Teil von jener Macht, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Daß aber die katholische Kirche kulturfördernd wirke, werden wir Gegner ihr so leicht nicht

zugestehen. Der Schluß, das „politische und kulturelle Elend“ des heutigen Frankreichs auf die Kirchenfeindschaft zurückzuführen, ist unhaltbar. Man möchte sonst annehmen, daß Politik und Kultur in Blüte ständen, wo die Kurie Vollmacht hat. Dem widerspricht die Geschichte der christlichen Kirche mit tausend Zungen. Man nehme die „Lebenserinnerungen“ von Joh. Friedr. Ritter v. Schulte (Gießen 1908, E. Rothe), zur Hand, worin dieser Kirchenrechtslehrer und Parlamentarier Erinnerungen aus dem päpstlichen Rom vorträgt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ (61. Jahrg. Nr. 301; Dienstag, 30. Juni 1900) brachten daraus schon die wichtigsten Notizen. Da sieht man, wie Rom seine Kulturmission betrieb, solange es ganz freie Hand hatte:

„Die Finanzverhältnisse waren entsetzlich. Man sah nur Kupfergeld. Es hieß allgemein, der Bruder des Kardinalstaatssekretärs trage die Hauptschuld an den schlechten Finanzzuständen. Durch Vermittlung dieses Kardinalstaatssekretärs sei auch eine riesige Defraudation unterdrückt; Antonelli war allgemein verhaßt und ließ sich fast nie öffentlich sehen. Ich habe laut über diese Dinge schimpfen hören, wobei es aber oft hieß: der Papst sei ein vortrefflicher Herr, der von allen diesen Dingen nichts wisse, alle Schuld trügen die Minister. Nur einen, den verstorbenen Handelsminister Jacobini, lobte man allgemein. Von verschiedenen Seiten wurde erzählt, daß mehrere Minister, namentlich der Finanzen, sich auf Kosten des Staats bereichert hätten. Mehr als einmal hörte ich von Laien, die Geistlichen hätten noch besser verwaltet. Die einzige Sicherheit hatten die Anlagen in Häusern geliefert. Grundbesitz auf dem Lande zu erwerben, war fast unmöglich, weil die Güter sich in den Händen verhältnismäßig weniger Adeligen und der Kirche befanden, die nicht verkauften. Von einem vernünftigen Steuersystem war keine Rede. Die Haupteinnahme bildete das Tabaksmonopol, durch dessen Pachtung die *Torlonia* es zum Principe und kolossalen Reichtum, der Staat freilich auch zu einer festen und sicheren Einnahme gebracht hatten. Dazu kamen die Zolleinnahmen und Steuern, für die kirchliche Seite die verschiedenen Abgaben: Taxen, Palliengelder, Dispensgelder. Peterspfennige gab man damals noch nicht. Die Ausgaben des geistlichen Staates waren riesig und in gar keinem Verhältnisse zur Größe des Staats und zur Bevölkerung. Hatte auch die Kirche einen riesigen Besitz an Häusern, Äckern usw., so trug er nach allem, was man hörte, bei der Unmöglichkeit, hohe Pachtgelder zu erzielen, nicht genug ein, weshalb stete Anleihen nötig wurden, die freilich — gerade wie in Österreich und dem Königreich beider Sizilien — bis 1848 als ausgezeichnete Kapitalsanlage galten. Aber die Unmasse der zu besoldenden Personen ließ es zu keiner ordentlichen Wirtschaft kommen.

Der Papst als unumschränkter Herr konnte ausgeben, so viel er wollte. Jeder suchte durch irgendein Bauwerk seinen Nachruhm zu begründen, so Pius IX. durch den 1853 vollendeten Viadukt zwischen Ariccia und dem gegenüber liegenden Berge, der sechshundredreißig Bogen und in der größten Tiefe drei übereinander hat, jede Bogenreihe mit durchgehenden Gängen. Ein Bedürfnis war nicht da, der Nutzen gering. Die Zahl der Beamten war eine übergroße; sie ist aus dem *Diario pontificio* (jetzt „*Gerarchia*“) zu ersehen: Kardinäle als Vorstände oder Inhaber geistlicher Stellen, zahllose Prälaten, eine Legion von Unterbeamten. Wenn man sah, was und wie gearbeitet wurde, so konnte man nicht im Zweifel darüber sein, daß ein Drittel bequem die Arbeit hätte tun können. In Rom begegnete man in jeder Tagesstunde mindestens alle zehn Schritte einem Priester und einem Mönche, die meisten traf man auf dem Corso spazierend an. Selten habe ich gesehen, daß ein Geistlicher begrüßt wurde, auch nicht auf dem Lande; auch die Kardinäle, die man in ihren großen Karossen mit dem auffälligen Aufputz der Pferde und den aufstehenden Bedienten täglich fahren sah, wurden fast nie, selbst nicht von den entgegenkommenden Geistlichen begrüßt. Einer großen Menge sah man es an, daß sie nicht aus Beruf, sondern der Pfründe oder Stellung wegen den Stand gewählt hatten; es waren meist nichtssagende, gutmütige Gesichter. Wo ich mit solchen in Trattorien gesprochen, habe ich durchweg eine unsägliche geringe Bildung angetroffen. Zahllose Geistliche, Prälaten und niedere Beamten sind nicht Priester, haben auch nicht einmal die Subdiakonatsweihe, sondern nur die niederen oder gar nur die Tonsur, sie sind nur unverheiratet. In hoher Achtung steht diese Gesellschaft nicht, man konnte oft von den Liebesaffären derselben erzählen hören, wobei Antonelli, der auch nur Subdiakon war und einer der

ersten Hofbeamten, die Hauptrolle spielten. Nicht minder wurde von verschiedenen hohen Geistlichen gar vieles bezüglich ihrer Liebe erzählt, auch Äußerungen des Papstes kolportiert, welche verrieten, daß ihm nicht unbekannt war, was einzelne trieben. Von den geistlichen Hausfreunden hörte man auch nichts Erbauliches. Die Erzähler waren durchweg Priester. Von den Mönchen fielen einzelne durch Eleganz auf, andre durch Schmutz. Was ich von Geistlichen über das Klosterleben erfuhr, war im allgemeinen nicht sehr erbauend; auf dem Lande habe ich mich über die joviale Art amüsiert, wie die Patres an Sonntagen mit den Frauen und Mädchen lachten und schäkerten. — Der Witz der Römer und die wenig tiefe Verehrung vor den Päpsten zeigte sich nach dem Tode Gregors XVI. Man erzählte: Er kommt vor die Himmelstür, steckt seine Schlüssel ein, sie passen nicht. Nach langem Probieren erscheint Petrus, dem er sagt: „Du hast mir doch die Schlüssel des Himmels hinterlassen, und ich kann nicht öffnen.“ Petrus besieht die Schlüssel und sagt lächelnd: „Du hast ja da die Kellerschlüssel.“ Übrigens soll die hierin liegende Bosheit, als habe Gregor den Wein sehr geliebt, jedes Grundes entbehren.“

Übereinstimmend mit dieser Darstellung erzählte mir mein Vater, daß es im päpstlichen Rom keine einzige Volksschule gab und daß junge Damen der guten Gesellschaft heimlich — l e s e n lernten. Der Geistliche durfte es nicht erfahren; denn es war verboten. Man nehme dazu die Bettelei, die nie ärger geblüht hat, als unter den Augen des päpstlichen Machthabers.

„Das erste, was sich beim Betreten des Landes darböt — so steht's wieder in Ritter v o n S c h u l t e s Tagebuch — war eine Schar herumlungerner Bettler und Straßenbengel, die sich zum Führen anboten, Vetturini usw. So war's in allen Orten, am stärksten in R o m. Ein interessanter Bettler, A n t o n i o, ohne Füße, unter deren Stümpfen Bretter, hatte die große Treppe von der Piazza di Spagna auf dem Monte Pincio förmlich in Pacht, er schlängelte sich auf den Händen, die auf Bretter sich stützten, rasch herauf und herunter den Fremden begleitend, bis er etwas bekam; eine besondere Sorgfalt widmete er den Engländern. Ich wohnte auf der Piazza di Spagna und unterhielt mich oft mit ihm. Ich hatte ihn einmal zwei Tage nicht gesehen. Als ich ihn wegen des Grundes fragte, erzählte er: „Ich habe einem reichen Engländer vorgeschwindelt, daß das Haus, in dem ich wohne, abgebrannt sei und ich alle meine Habe verloren habe, erhielt von ihm eine reiche Gabe, aber ein Polizeimann hatte es gehört, ich bin für diese Lüge vierundzwanzig Stunden eingesperrt worden.“ Nach der Höhe des Trinkgeldes betitelte er den Geber mit Signore, Monsignore, Eccellenza, Eminenza. Er verheiratete eine Tochter während meines Aufenthaltes mit 12 000 Scudi Mitgift, wie ich von meinem Hauswirte, einem Beamten, hörte. Der Römer gab dem Bettler nichts, fertigte ihn mit den Worten, „C'è niente“ ab; sobald er den Römer erkannte, ging der Bettler ab.“

Wenn die katholische Kirche solche Ausgrabungen nicht liebt, so spreche sie nicht so laut von ihrer kulturfördernden Arbeit und gegen den Geist des Freidenkertums.



CHARLOTTE ULLMANN-BERLIN: KULTUR UND NATIONALBEWUSSTSEIN IM ELSASS.



ENN es wahr ist, daß die Persönlichkeit des individuellen Menschen aus der Überwindung von Gegensätzen heranreift, wenn es richtig ist, was die Naturforschung lehrt, daß jeder Schritt nach vorwärts nur durch Bedürfnisse, materielle Not oder geistige Sehnsucht bedingt wird, so mag dies auch für die Bevölkerung des Elsaß zutreffen, wo jahrhundertelange Kämpfe und Auseinandersetzungen mit äußeren Gegensätzen und Widerwärtigkeiten im elsässischen Charakter eine starke Synthese schaffen mußten.

Die elsässische Bildung ist eine Kreuzung deutscher und französischer Einflüsse. Schon im Mittelalter trug sie den Charakter einer Mischkultur.

Die Kulturreibungen der letzten Jahrzehnte — unter dem Drucke der staatlichen Wiedervereinigung mit Deutschland — sind auf das geringe Verständnis zurückzuführen, das der aristokratisch und monarchisch gesinnte Deutsche dem elsässischen Wesen entgegenbringt, da es ihm schwer fällt, eine Annäherung an den durch und durch demokratisch gebildeten Elsässer zu finden.

Der Erste unter den Altdeutschen, welcher der eigenartigen Mischung deutscher und französischer Züge im Elsaß ein offenes Verständnis entgegenbrachte, war Professor Wittich *). Von ihm erschien kürzlich ein auf Grund langjähriger und eingehender Studien über Sitten und Gebräuche, Sprache und Geschichte des Elsasses geschriebenes Werk, worin er in unparteiischer Weise den verschiedenartigen Einfluß beider Kulturen auf das Elsaß bespricht.

In wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung erkennt er den dominierenden Einfluß Frankreichs an, dagegen sei in der religiösen, geistigen und moralischen Entwicklung der deutsche Einfluß der überwiegende. Kraft des jahrhundertlangen Einwirkens beider Kulturen und seines ihm angeborenen Verständnisses für beide, vermag der Elsässer in beiden das Wesentliche zu erfassen und aus den getrennten Elementen beider etwas Neues, Eigenes und Höheres zu schaffen.

In der eigenartigen Mischung germanischer und gallischer Wesenseigenschaften beruht der dem Elsässer eigentümliche Charakter und seine Stärke. Die Lebendigkeit und kunstvolle Klarheit französischer Lebensauffassung verband sich im Elsässer mit der Tiefe seines deutschen Gemütes. Durch seinen persönlichen Mut, seine Treue und Charakterfestigkeit erwarb sich der Elsässer in den Annalen des französischen Heeres Ruhm und Erfolg. Unter Frankreich hat das Elsaß hauptsächlich bedeutende Männer in der Naturwissenschaft und Technik hervorgebracht. Der gewerbliche Fortschritt, die soziale Gleichheit, die bürgerliche Freiheit, welche die Elsässer zur Zeit der Revolution und durch Napoleon aus den Händen Frankreichs empfangen, hat sie Frankreich und französischer Kultur verpflichtet. Napoleon insbesondere waltete über dem Lande meisterlich, sich über den Parteien haltend. Dadurch, daß Frankreich dem Elsaß freie Entfaltung seiner Eigenart ließ und den elsässischen Tugenden ihren Platz im gemeinsamen Kulturleben — ohne nationale Bedenken — einräumte, fesselte es das Land an sich, das ihm sein Wohlwollen mit seltener Anhänglichkeit und Treue lohnte.

Wohl wird die Generation jener Elsässer, die ihr Leben für das französische Vaterland einsetzte, bald ausgestorben sein. Neue Generationen werden kommen, in denen die französische Gloire keine persönlichen Erinnerungen mehr wecken und die französische Trikolore keine Begeisterung mehr zu entfachen vermag. Was sich aber auch auf die kommenden Geschlechter im Elsaß übertragen und dauernd in ihnen die Erinnerung und die Liebe zu Frankreich erhalten wird, das ist der Geist der Freiheit, der Ritterlichkeit und Humanität.

Der alte, durch die Revolution neubelebte Freiheitssinn, dem das Elsaß auch in der Folgezeit unter Frankreich in seinen demokratischen Anschauungen und republikanischen Überzeugungen treu geblieben war, ward durch die An-

*) Dr. Werner Wittich, Kultur und Nationalbewußtsein im Elsaß. Straßburg. Illustr. Els. Rundschau, 1909.

gliederung an Deutschland jäh gebrochen. Es fand sich plötzlich in ein nüchternes feudales Milieu hinein versetzt, dem es längst entwachsen war, und für das es kein Verständnis mehr finden konnte.

Militarismus und Funktionarismus, Offiziere und Beamte, denen Deutschland in erster Linie seine Mission im Elsaß nach 1870 anvertraute, wirkten gleich ungünstig auf die Angliederung an Deutschland. Geistiges Kulturleben, bei seiner ungeheuren Reizbarkeit in einer Übergangszeit, doppelt sacht und verständig zu behandeln, hätte die reichsländische Regierung von niemand besser in ihrem Lande lernen können, als von ihrer französischen Vorgängerin.

Was hat die reichsländische Regierung getan, um Elsaß mit Deutschland zu verknüpfen? Schmerzhafte Reibungen erzeugte der Prozeß, leidenschaftliche Abwehr führten zu einer Krise. „Ein unterworfenen Volk wird durch die Angriffe auf seine Kultur in seinem Widerstand nur gestärkt. Es wird sie mit einer doppelten Anhänglichkeit an das vermeintliche Vaterland der eigenen Kultur erwidern. Die Entfremdung zwischen ihm und dem herrschenden Staat wird wachsen, statt sich zu vermindern,“ sagt Professor Wittich wörtlich.

Der Deutsche hat sich bisher der elsässischen Kultur gegenüber durchaus ablehnend verhalten, den Elsässer vielmehr als kulturell rückständig und ungebildet betrachtet. Ihm ist auch nicht ein Augenblick der Gedanke gekommen, daß es die eigene Unzulänglichkeit sein könnte, die ihm bisher am Verständnis für elsässisches Wesen hinderte. Und doch kann hier eine Verständigung nur durch Anpassung an die elsässische Auffassung erzielt werden.

Zu Militär und Behörde gesellt sich die Schule als Hauptträgerin deutscher Art im Elsaß. Aber auch sie vermochte bis heute eine Annäherung zwischen den zwei Bevölkerungsschichten nicht herbeizuführen. Dem elsässischen Geist frommt die pedantisch strenge Geisteszucht, der trockene Ernst und die einseitige Gelehrsamkeit der deutschen Schulen nicht. Ihm bleiben die auf persönliche Freiheit gerichteten Triebe die Hauptsache, zumal in den Literatur treibenden Kreisen und in den freien Berufen.

Dem ruhigen, geübten Blick des Elsässers kann es nicht entgehen, wieviel Äußerliches, Gewolltes und Gezwungenes dem Deutschen anhaftet. Das Wichtige wird vermengt mit dem Unwichtigen, das wirklich Große mit dem Kleinlichsten, das Menschen schaffen können. Es fehlt jene Sicherheit und Stärke, die nicht scheint und sich nicht erlernen läßt, weil sie das natürliche Produkt eines einheitlichen, gereiften Geistes ist, der in das Leben eines Volkes Maß und Ordnung hineinträgt, es läutert und veredelt, d. h. Kultur verleiht.

Und hierin fühlt sich der Elsässer dem eingewanderten Deutschen überlegen, sowohl an ästhetischer, sozialer, politischer und allgemein menschlicher Bildung — und würde jede Anpassung als einen Rückschritt empfinden.

Der deutsche Kultureinfluß wird nicht eher im Elsaß wieder die Oberhand gewinnen, bis die reichsländische Regierung begriffen haben wird, daß solche Prozesse sich nicht mit den Waffen des kalten Verstandes herbeiführen lassen und auch nicht mit dem geschichtlichen Hinweis, daß der Elsässer deutschen Stammes, das Land deutschen Namens ist, es mithin Pflicht eines jeden Elsässers ist, sich als deutscher Bruder zu fühlen und zu bekennen.

Der unbedingte Anschluß an die nationale Kultur Deutschlands zu einer Zeit, da das Elsaß unter dem Drucke der äußeren Umstände Mühe hat,

sich selbst wieder zu finden, müßte in ihm eine Verflachung des Lebens zur Folge haben. Dagegen wehrt sich der alemannische Grundcharakter der Bevölkerung. Dazu zeitigen der Mangel an freiheitlichem Geiste und freiheitlichen Institutionen im neuen Reiche immer wieder schmerzliche Reibungen. Die geistige Grundlage des elsässischen Volkes ist eben deutsch geblieben, und der Elsässer wird eine tiefgehende Wesensverwandtschaft mit den süddeutschen Volksstämmen nie verleugnen können. Aus dieser Erkenntnis heraus erwachte wieder der Drang zum angestammten Dialekt, der Trieb, Eigenes zu schaffen. Wohl entbehren die neu-elsässischen Dialektdichtungen, die zumeist für einen raschen Bühnenerfolg berechnet sind, noch der inneren Reife. Die Charaktere sind wohl äußerlich treffend skizziert, aber nicht von innen heraus geschaffen. Sie sind eben dadurch charakteristisch für Land und Leute in der gegenwärtigen Übergangszeit, und sie haben das Verdienst, ein elsässisches Theater ins Leben gerufen, das Elsaß aus dumpfem Schlaf zu neuem literarischen und künstlerischen Leben geweckt zu haben.

Uns erscheint es als ein günstiges Zeichen für den Charakter eines Volkes, wenn es sich heute im Wechsel der äußeren Ereignisse auf sich selbst besinnt und, an seiner alten Tradition anknüpfend, sich aus eignen Kräften wieder emporheben will. Verkümmert wäre es, wenn es sich vor 1870 ganz dem französischen Geiste verschrieben hätte, und das Gleiche könnte ihm widerfahren, wollte es heute unter Aufgabe seines partikulären Charakters vorbehaltlos in die deutsche Nation aufgehen.

Doch das Land der großen Künstler, Dichter und Denker ist ja die wahre geistige Heimat des Elsässers. Ihr ist es in seiner Sprache und in seinen Liedern, in der Tiefe seines Gemütes, im sittlichen Ernst seiner Lebensauffassung im Laufe der Jahrhunderte treu geblieben. Da, wo es auf Geschmack und Bildung ankommt, kehrt der Elsässer mit Vorliebe seine französische Wesensseite hervor, aber da, wo es sich um das Innerlichste und Tiefste in einem Menschen handelt, da bricht doch sein deutsches Wesen durch.

Es ist nicht Zufall, wenn heute das Elsaß gerade auf geistigem Gebiet den verlorenen Anschluß an Deutschland wieder sucht. Professor Wittich vergleicht am Schlusse seiner Ausführungen die Vereinigung des Elsasses mit Deutschland einer vorläufig ohne Liebe geschlossenen Ehe zwischen zwei reiferen Menschen, deren jeder seine eigenen Erfahrungen, Überlieferungen und Lebensgewohnheiten hat. Soll dieser Ehe ein Sinn und eine bleibende Bedeutung verliehen werden, so darf man ihr Ziel nicht in der Unterdrückung des einen durch den anderen Teil suchen; das hieße sie ewig unfruchtbar machen.

Durch unvoreingenommene Annäherung und gegenseitige Achtung muß vielmehr beiden Individualitäten die Möglichkeit gegeben werden, ihre Anschauungen auszutauschen; die beiderseitigen Erfahrungswelten müssen sich durchdringen und ergänzen, damit zwischen ihnen eine neue Gemeinschaft entstehe, in der sich beide Teile in Liebe begegnen, und die sie ihren gemeinschaftlichen Nachkommen zu weiterem Ausbau übermachen können.

Dazu bedarf es freilich gereifter, vollwertiger und weitherziger Charaktere auf beiden Seiten.

CHRONIK

VERBREITUNG des Esperanto. Die internationale Hilfsprache „Esperanto“, eine Schöpfung des russischen Augenarztes Dr. Zamenhof aus Warschau, gehört seit dem Jahre 1887 der Öffentlichkeit an. Nicht mit Unrecht hat man die gegenwärtige Zeit „schnellebig“ genannt. Es kann demnach nicht wundernehmen, daß Esperanto bereits heute eine Verbreitung besitzt, wie sie die ersten Anhänger wohl gewünscht, aber kaum für möglich gehalten haben. Zunächst fand in Rußland, dann in Frankreich Esperanto Aufnahme, in Deutschland aber, das von Volapük beherrscht wurde, nur vereinzelt. Noch hatte ja Volapük nicht versagt, und als das Fiasko eintrat, wurde man in deutschen Landen neuen Verständigungsmitteln gegenüber skeptisch. Inzwischen hielt Esperanto seinen Siegeszug um die Welt. Im Jahre 1905 glaubte man, es mit einem internationalen Kongreß wagen zu können. In Boulogne-sur-mer bestand Esperanto die Feuerprobe. Dem ersten Kongreß folgten weitere in Genf (1906), Cambridge (1907), Dresden (1908), Barcelona (1909). Auf allen Kongressen unterhielt sich ein Publikum aus aller Welt in dieser Sprache, die so vollständig alles auszudrücken vermag wie irgendeine Nationalsprache. In Dresden waren auf dem Kongreß 42 verschiedene Nationen vertreten. Aber diese Veranstaltungen sind eigentlich als „Weltfeste“ anzusprechen; Arbeit wird mehr in der dazwischen liegenden Zeit geleistet. Und nicht nur Arbeit zur weiteren Verbreitung des Esperanto, sondern Arbeit, bei der Espe-

ranto das willkommene Mittel zum Zweck ist. Die Praxis ist es ja letzten Endes, die über jede Errungenschaft menschlichen Geistes das Urteil spricht. Und wozu wird Esperanto gebraucht? Zunächst, um den Verkehr zwischen Berufsgenossen verschiedener Nationen zu erleichtern: Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Wissenschaftler aller Art, Kaufleute usw. bedienen sich des Esperanto. Immer mehr internationale Vereinigungen bilden sich auf der Grundlage des Esperanto. Das rege Leben, das unter den Esperantisten aller Länder herrscht, findet einen beredten Ausdruck in der Zahl und der Art der Esperanto-Zeitungen. Gegenwärtig erscheinen fast 100 solcher Zeitungen, teils nur in Esperanto-, teils in dieser und einer nationalen Sprache. In der „Internationalen wissenschaftlichen Revue“ (der Titel lautet: „Internacia sciencia revuo“) werden von hervorragenden Mitarbeitern Artikel über Anthropologie, Botanik, Mathematik, Heilkunde, Zoologie, Soziologie usw. veröffentlicht. Andere Zeitschriften dienen der Literatur und Kunst. Auch zwei Witzblätter existieren bereits. Die Esperanto-Literatur weist Werke philosophischen und belletristischen Inhalts auf; die Herausgabe einer vollständigen Bibel-Übersetzung ist in Vorbereitung. Einige Zahlen mögen über den gegenwärtigen Stand der Bewegung Auskunft geben. Ich beschränke mich dabei nicht auf Deutschland allein und bringe durch Angabe von Zahlen aus der Vergangenheit gleichzeitig das Wachstum der Bewegung zum Ausdruck.

Es waren vorhanden:

a) Esperanto-Gesellschaften in	am 5. Juli 1908	am 5. Mai 1909	Mitte Nov. 1909
Amerika.....	158	276	280
Asien	23	30	31
Europa.....	817	1 155	1 203
zusammen	995	1 461	1 514

Afrika, Australien	31	37	39
insgesamt	1 029	1 498	1 553
b) Berufs- und Fach-Gesellschaften:			
Moral, Politik, Religion	26	34	Nicht mit ausreichender Sicherheit zu ermitteln.
Kunst, Wissenschaft	16	20	
Industrie, Handel, Gewerbe	24	27	
Verwaltung	5	5	
Sport, Verschiedenes	28	46	
zusammen	99	132	
c) Zeitschriften:			
Fachblätter	12	17	18
allgemeine und belletristische	9	9	15
nationale Propagandablätter	40	63	65
zusammen	61	89	96

Recht interessant sind folgende Zahlen. Es bestanden in Deutschland: In den Jahren (Ende) 1903 1, 1904 8, 1905 19, 1906 24, 1907 41, 1908 83, 1909 222 Esperantovereine.

Für Nichtesperantisten besonders bemerkenswert ist die „Universala Esperanta Asocio“. Gegen einen mäßigen Jahresbeitrag übernimmt diese Gesellschaft, die an allen größeren Plätzen der Welt Delegierte besitzt, die verschiedenartigsten Dienstleistungen, u. a. Auskunfterteilung über Reiseangelegenheiten, Übersetzung von Katalogen ins Esperanto und Versendung der Kataloge ins Ausland, Übersetzung von Esperantotexten aller Art in Nationalsprachen zwecks Reklame in Nationalzeitungen usw. Die tägliche Praxis beweist, daß Esperanto nicht nur ein, sondern das Mittel ist, um die tausendfachen Hindernisse zu beseitigen, die, infolge der Sprachenbuntheit auf unsrer Erde, sich den einzelnen Nationen entgegenstellen, wenn es gilt, mit andren Nationen sich zu verständigen — auf welchem Gebiete es auch immer sei! Indem jeder seine eigene Muttersprache behält, wird Esperanto die zweite Sprache für alle — zum Wohle eines jeden und aller. *)

Arnold Behrendt.



Esperanto und Luftschiffahrt. Das große Flugfeld von Châlons, auf dem

*) Zuerst erschienen in „Das Wissen“ Verlag Hermann Hillger, Berlin.

die französischen Aviatiker ihre Kunst üben und ihre Schüler unterrichten, ist durch die jüngsten Äußerungen französischer Spionenfurcht zum Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit geworden. Hinter der kleinen Bahnstation Mourmelon-le-Petit dehnt sich der weite grüne Exerzierplatz; seine Grenzen verlieren sich fern im Horizont. Seit einem Jahre ist hier eine neue Stadt entstanden, und wo sonst friedliche Stille herrschte, knattern heute Automobile, sausen die Motore. Vor zwei Jahren baute Henry Farman an dieser Stelle seinen ersten kleinen Schuppen, in dem er mit seinem Mechaniker in der Stille arbeitete, um sein Flugmaschinensystem zu vervollkommen. Heute besitzt er eine große Fabrik, am Rande des Feldes dehnen sich mächtige Schuppen; andere Aeroplanbauer sind seinem Beispiel gefolgt, so daß die westliche Grenze des großen Übungsplatzes eine ganze Schuppen- und Fabrikstadt geworden ist. Die Antoinette-Eindeckergesellschaft hat ein imposantes Bauwerk aufgeführt, in dem 20 Maschinen untergebracht sind, die Brüder Voisin besitzen mehrere große Schuppen, und jetzt hat auch die Blériot-Schule sich hier niedergelassen. Aber der große Mann von Mourmelon ist doch Henry Farman; seine Schule ist am besuchtesten und die Zahl seiner Schüler die größte. Wer bei Farman fliegen will, hat verhältnismäßig wenig Formalitäten zu erfüllen. Er geht in Paris zu Dick

Farman, dem Bruder des Aviatikers, und meldet sich an. Die Lehrzeit schließt ab, sobald der Schüler 10 km allein fliegen kann. Das Honorar beträgt 2000 Mark, zugleich muß der Schüler einen Farmanschen Zweidecker kaufen, der 22 400 Mark kostet. Alle Schüler und auch die Damen — denn auch die Schülerinnen der Fliegerkunst fehlen nicht — tragen eine Art einfacher Khakiuniform. Farman hat die Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung damit überwunden, daß er Esperanto gelernt hat; mit Hilfe des Esperanto lehrte er auch Effimoff, dem jungen russischen Aviatiker, die Kunst des Fliegens.



Ein Weltkongreß der Internationalen Gesellschaften wurde von 9. bis 11. Mai in Brüssel abgehalten. 131 Internationale Verbände, den verschiedenartigsten Zweigen des Kultur- und Wirtschaftslebens angehörend, waren durch Delegierte vertreten, und dieser Reichtum des Internationalen Lebens, die Vielseitigkeit der Bestrebungen, welche alle Landesgrenzen überschreiten, um auf kosmopolitische Vereinheitlichung hinauszulaufen, war das für den Kongreß Charakteristische. In seiner Delegiertenliste spiegelte sich ein Jahrhundert stetigen Fortschreitens der internationalen Ideen, noch mehr aber der internationalen Notwendigkeit wieder, welche sich mit eherner Gewalt überall durchsetzt.

Ein Blick auf die einzelnen auf dem Kongreß vertretenen Vereine wird dies zeigen. Wir finden da zunächst die interparlamentarische Union und die anderen Friedensvereine, welche den bewußten Internationalismus einer Minderheit verkörpern; daneben das Internationale Bureau für einheitliches Maß und Gewicht, den Weltpostver-

ein u. dgl. m., welche den anerkannten Notwendigkeiten des Weltverkehrs entsprechen; dann wieder die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die durch Vereinheitlichung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Ausschaltung jener Hemmnisse, welche aus der Konkurrenz minder vorgeschrittener Länder, den sozial hochentwickelten gegenüber erwachsen, so segenvoll gewirkt hat. Wir finden das Institut für Völkerrecht, das so viele neue Möglichkeiten geklärt, das Institut für Internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen, das in der kurzen Zeit seines Bestehens so viele Reformgedanken von einem Lande zum andern getragen, durch seine Verbindung des Vortragswesens und der schriftlichen Darlegung so viele Mittel der Aktion geschaffen hat, das Internationale Bibliographische Institut in Brüssel, die Institute für Sozial- und Techno-Bibliographie in Berlin, welche der Konzentration der technischen und sozialen Wissenschaften dienen usw.

Der Kongreß war ernster, sachlicher Arbeit gewidmet; sein Schwerpunkt lag infolgedessen in den einzelnen Sektionen. Insbesondere erwarb sich die juristische Sektion große Verdienste durch Aufklärung der Notwendigkeit, für jene Gesellschaften, welche im Sinne ihres rein internationalen Charakters sich auf Grund der Gesetzgebung keines Einzelstaates konstituieren können, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen ein eigenes Statut für hypernationale Vereine zu schaffen. Eine zweite Sektion war bestrebt, das Problem der Internationalen Vermittlungssprache zu klären; eine dritte erstrebt eine organische Verbindung zwischen wesenverwandten Verbänden, wie eine

solche insbesondere für die internationalen Vereinigungen für soziale Reform auf dem Kongresse selbst zustande kam.

So eröffneten sich vor den Augen der Kongreßteilnehmer neue Möglichkeiten steter organischer Weiterentwicklung des internationalen Lebens, die dann nach eigenen Bedürfnissen sich Organe der Gesetzgebung, Verwaltung und Exekutive schaffen werden. Ein neues starkes Bollwerk für die Festigung des Weltfriedens erschien damit im Bereich des bald und praktisch Erreichbaren entstanden zu sein.



Die griechische Krise. Die griechische Krise wurde im allgemeinen ihren Ursachen, wie ihren wahrscheinlichen Wirkungen nach, ziemlich schlecht verstanden. Einige sahen darin einfach eine militärische Kundgebung, andere haben sie als eine gegen die Dynastie gerichtete revolutionäre Bewegung aufgefaßt; noch andere hielten sie für einen Ausbruch der Unzufriedenheit des hellenischen Volkes infolge der Wendung, welche, entgegen den Hoffnungen und Erwartungen der griechischen Nation, die Kretafrage in diesen letzten Zeiten genommen hat.

Obgleich die Ereignisse auf Kreta und die von Griechenland erlittene Demütigung (Griechenland war gezwungen, angesichts der drohenden Haltung der jungen Türkei nachzugeben) eine Rolle bei den letzten athenischen Aufständen gespielt hatte, ist die Krise komplizierter, als man es von vornherein annehmen konnte. Weit entfernt, ihren Ursprung einzig aus den äußeren Ereignissen abzuleiten, hat sie tiefe Gründe, welche man in der Organisation des Staates selbst suchen muß.

Bekanntlich ist Griechenland seit 1863 mit einer Verfassung beschenkt,

welche man unstreitig als eine der freiheitlichsten von Europa betrachten kann: Allgemeines geheimes Wahlrecht ohne jegliche Einschränkung; eine einzige Kammer, die in ihrer Gesamtheit die höchste Gewalt vermittelt verantwortlicher Minister ausübt. Man hätte glauben können, daß die so reichlich zubemessene Freiheit die besten Resultate ergeben und der hellenischen Nation den Platz sichern würde, zu dem ihre Expansionskraft, ihre geographische Lage und ihre Traditionen sie berechtigten. Aber die Freiheiten, die man wahllos einem Volke gewährte, das noch kaum zum politischen Leben erwacht war, hatten nur zur Folge, daß dieses Volk unter die schlimmste der Tyranneien, die der politischen Aufwiegler, geriet. Diese waren nämlich die einzigen, die sich die Rechte, die der Nation gewährt wurden, zunutze machten. Die Armee, die Finanzen, den Klerus, alles ergriffen die Politiker, die nur zur Befriedigung ihres eigenen Ehrgeizes arbeiteten. Wenn zufällig einzelne durchdrangen, die ein hohes Ideal und gute Absichten hatten, so wurden sie durch die allgemeine politische Verderbnis schnell gelähmt; sie sahen sich gezwungen, entweder ihre Grundsätze zu verleugnen, oder ihre Stelle denen abzutreten, die es verstanden, den heftigen Leidenschaften des Volkes zu schmeicheln. Die Folgen dieser Desorganisation zeigten sich alsbald:

Stillstand der materiellen Entwicklung, Bankrott des Staates, eine schmachvolle Kriegsniederlage, Zusammenbruch der nationalen Ideale; dies war im großen und ganzen das Ergebnis der parlamentarischen Willkürherrschaft. Die Anhäufung so vielen moralischen und materiellen Mißgeschickes weckte bei den Besten der Nation den Wunsch einer Abhilfe der Zustände, die die unmittelbare oder entferntere Ursache alles Un-

heils bildeten. — Die Rechtsgelehrten sahen das Übel besonders in dem Gegensatz, der zwischen den äußerst liberalen Bestimmungen der Verfassung und einer Verwaltungs- und Justizorganisation klappte, die noch aus der Zeit der unbeschränkten Gewalt datiert; die Industriellen, die Kaufleute wollten die Säuberung der Verwaltung, eine bessere Steuerverteilung, das Aufhören der Verschleuderung des Staatsvermögens; das Militär endlich verlangte eine bessere Organisation der militärischen Streitkräfte des Landes, die ihm eine erfolgreiche Verteidigung gegen den mächtigen Nachbarn gestatten sollte.

Und eine Gesellschaft von Patrioten bildete sich, die ihre Mitglieder aus allen Kreisen rekrutierte, um die zur Abstellung der Mißbräuche, die die politischen Verhältnisse verseuchten, nötigen Mittel zu beschaffen. Das vorgesteckte Ziel war klar genug, um alle Stimmen für sich zu gewinnen. Aber sobald man zur praktischen Anwendung kommen sollte, merkte man, daß alle zur Verwirklichung notwendigen Fähigkeiten mangelten. Das Parlament hatte alle Machtbefugnisse in der Hand; seine Mitglieder waren nur zu sehr an der Beibehaltung des status quo und seiner Mißstände interessiert, die ihnen so viele Vorteile sicherten. So war es eine beinahe naive Zumutung, sie zur freiwilligen Annahme der Mittel bewegen zu wollen, die einer zwar nach den Buchstaben des Gesetzes erworbenen, nicht aber in dessen Geiste und im Interesse des Landes ausgeübten Macht ein Ende machen sollten. Die Bemühungen der Patrioten, bei den Kammerwahlen Personen durchzubringen, die die Reformideen vertraten, scheiterten kläglich am Widerstand der vereinigten Parteien und es schien kein Ausweg aus dem Korruptionssystem herauszuführen, an dem das Land verblutete.

Der unvermeidliche Mißerfolg der gesetzlichen Mittel bewog die Mitglieder der patriotischen Vereinigung zum Entschluß eventuellen ungesetzlichen Vorgehens, wie es die Not gebieten würde. Die Offiziere wurden gewählt, um als Werkzeuge der geplanten Reformaktion zu dienen. Übrigens hatten die Reformideen in der Armee ein umso günstigeres Ausdehnungsgebiet gefunden, als zunächst und vor allem die Soldaten moralisch und materiell unter der Gleichgiltigkeit litten, die die Regierenden, unbekümmert um die elementarsten Bedürfnisse der Armee, an den Tag legten. Der Hoffnung auf den Sieg der Gesetzesvorschläge der Patrioten verdankt die Militärische Liga ihren Ursprung. Die letzten Ereignisse in der Türkei, die Wendung der europäischen Politik der Pforte gegenüber, die Preisgabe Kretas durch die Schutzmächte, die noch einige Monate vorher fast offen die kretischen Annexionspläne ermutigten; all diese Umstände, sowie die Drohungen der Türkei, beschleunigten die Entwicklung der Bewegung. Man weiß, daß die Offiziere der Garnison Athens an den Toren der Stadt im letzten August sich versammelten und von der Regierung die Annahme eines Reformprogramms forderten; dieses Programm mußte die Abgeordnetenkammer, die nur mehr eine bloße Registriermaschine war, wenn nicht mit gutem Willen, so doch ohne ernstesten Widerstand, annehmen. Man weiß auch, daß die beiden Kabinette, die an ihren Verbindlichkeiten der militärischen Liga gegenüber vorbeikommen wollten, sofort abdanken mußten und, daß die jetzige Regierung, die sich abseits jeder parlamentarischen Partei gebildet hat, sich zur vollständigen Durchführung des Reformprogramms bereit erklärt hat.

Zu bemerken ist, daß dieses Programm — und das beweist, daß die

Bewegung nicht in der Armee ihren Ursprung hat — durchaus nicht ausschließlich militärische Forderungen enthält, sondern sich auf alle Gebiete der Verwaltung, der Justiz und der Finanzen erstreckt. So sieht es die Schöpfung eines Staatsrates vor, bringt neue Gesetzesvorschläge betreffs der Befugnisse der öffentlichen Beamten (Beschränkung ihrer Zahl, Aufhören der Ein- und Absetzung nach der Willkür der regierenden Parteien); es umfaßt außerdem die Abschaffung unnützer Gerichtsbarkeiten, Vereinfachung des Verfahrens, Verbesserung des Steuersystems (dieses besteht augenblicklich in indirekten Steuern, die besonders auf den unbemittelten Klassen lasten); Abschaffung einer Reihe unnötiger öffentlicher Ausgaben; Schöpfung bestimmter neuer Erwerbsquellen, unter anderem einer progressiven Einkommensteuer und einer Alkoholsteuer. Die auf 10 Millionen geschätzten Ersparnisse und die auf 15 Millionen Ertrag geschätzten Steuern werden die zur Verteidigung des Landes erforderlichen Ausgaben decken, um die bis heute sich die griechische Regierung nicht genügend gekümmert zu haben scheint. Bei der drohenden Stellung der jungen nationalistischen Türkei ist aber eine genügende Landesverteidigung für Griechenland eine Existenzfrage.

Dies sind in großen Zügen Ursprung und Zweck der Bewegung, die zwar von der militärischen Liga geleitet, aber im ganzen vom gesunden Teil der Nation unterstützt wurde, wie auch die durch die verschiedenen Handwerkerschaften in Athen und anderen Städten Griechenlands zugunsten der sofortigen Ausführung des Reformprogramms organisierten Kundgebungen bewiesen haben.

Obschon nun die militärische Bewegung zum Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt organisiert ist und obschon sie die besten Wirkungen auf die

Entwicklung der Nation haben wird, so ist sie doch wegen ihres ungesetzlichen Charakters ein Übel, und nur dann als notwendiges Übel entschuldbar, wenn sie sofort nach Erreichung ihrer Ziele sich glatt und, ohne Komplikationen zu verursachen, auflöst und sich von allen Einmischungen in die Regierung fernhält.

Die Durchführung des Programms der Liga wird bald Tatsache geworden sein; und eine Versammlung zur Revision einiger Bestimmungen der Verfassung wird berufen werden. Von diesem Augenblicke an wird die Liga aufhören zu bestehen, so wie ihre Mitglieder feierlich versprochen hatten. Die Ära des Aufruhrs wird beendet sein und ihr wird eine der fruchtbringenden Arbeit förderliche Friedenszeit folgen.

S. Skiadaressi.



Die israelitischen Kolonien in Nordamerika. Ein gewaltiger Auswandererstrom flutete um die Mitte des 19. Jahrhunderts von allen Ländern Europas hinüber in das immer noch „neue Land“. Es waren hauptsächlich Juden. Diese Bewegung ward zu einer wahren Überschwemmung des andern Erdteils, sodaß der Gouverneur von New York sich genötigt sah, strenge Maßregeln zu ergreifen, um der Einwanderung halt zu gebieten. Allen Juden des alten Kontinentes wurde das Betreten des amerikanischen Bodens im Staate New York untersagt. Die meisten anderen Staatsregierungen der amerikanischen Union folgten dem Beispiele New Yorks. Derart wurde ein Stillstand in der Auswandererbewegung der europäischen Israeliten nach dem Lande ihrer Sehnsucht und Träume herbeigeführt. Aber Einigkeit macht stark! Das Solidaritäts-

gefühl, das alle Glieder der großen jüdischen Familie fest und innig umschlingt, siegte über die Hindernisse, die ihr in den Weg gestellt wurden. Die jüdische Auswandererbewegung setzte trotz aller Erlasse und Verbote der Regierungen wieder ein und zwar stärker als vorher.

Heute bilden die Juden einen der am meisten respektierten, ja wir können sagen, einen der nützlichsten Bestandteile der nordamerikanischen Macht. Es hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, daß selbst die Unglücklichsten unter ihnen sehr bald auf dem freien Boden Amerikas zu ebenso tätigen wie nützlichen Gliedern der Gesellschaft werden. Warum hatten die Staatengouverneure so strenge Verordnungen gegen die israelitische Einwanderung erlassen? Die Antwort lautet: Aus Furcht, die Einwanderer, meist mittellos und ungebildet, würden schließlich der Gemeinde zur Last fallen und ernstlich auf das Unterstützungsbudget drücken.

Diese Befürchtungen waren unbegründet und sie schwanden angesichts des bewunderungswürdigen Werkes das von einer Schar denkender Männer ins Leben gerufen wurde. Ohne eine Mühe oder auch pekuniäre Leistungen zu scheuen, widmeten sich diese Edelmütigen der Organisation eines Unterstützungs- und Erziehungswerkes für die eingewanderten Juden, deren Netz sich über alle Staaten der Union erstreckt, vollkommen autonom und losgelöst von den offiziellen Fürsorgewerken. Zu keiner Zeit, bei keinem andern Volke der Welt hat man jemals einen solchen Plan sozialer Solidarität sich verwirklichen sehen, niemals eine solch systematische Durchführung des Ideals erblickt. Die Resultate der israelitischen Gemeinden haben sich vor allem im Staate New York zäh behauptet. Gegenwärtig braucht sich dieser Staat nicht im allergeringsten um die Be-

dürfnisse der sehr zahlreichen jüdischen Kolonie zu kümmern, die eine der lebendigen Kräfte der Nation bildet, denn sie übt in gewissem Sinne Selbstverwaltung, was soziale Unterstützung und Erziehung anbelangt. Es ist nicht unsere Aufgabe, an dieser Stelle die Männer persönlich zu nennen und zu verherrlichen, die an der Spitze dieses sozialen Meisterwerkes stehen, das allen in die Vereinigten Staaten eingewanderten Juden die nötige moralische und materielle Stütze bietet. Sie sind zahlreich und schließen in sich die Elite der Intelligenz, der Industrie und des Handels. Ein bewunderungswürdiger Opfergeist beherrscht ihre Tätigkeit. Wenn es andererseits Finanz- und Industriemagnaten gibt, die beträchtliche Summen für wissenschaftliche Zwecke und Institute stiften, die allen Amerikanern ohne Unterschied des Standes und der Religion zugute kommen sollen, so lassen sich diese gar leicht zählen. Unzählig aber sind jene edlen Israeliten, die stillschweigend und ferne von aller persönlichen Voreingenommenheit wirkliche und verdienstvolle Opfer bringen, um die Lebensbahn ihrer Rassenbrüder aufwärts zu führen, sie zu brauchbaren und nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen und dies, ohne irgend eine Einmischung in die öffentlichen Gewalten, ohne die geringste offizielle Subvention anzustreben und zu genießen — und doch von faktischen, dauernden Erfolgen gekrönt. Es gibt keine größere Stadt der Union, wo die Juden nicht in bedeutender Anzahl ihre Waisenhäuser, ihre Bibliotheken, ihre Hospitäler, ihre Armenapotheken, ihre Erziehungsheime, ihre Volkshochschulen, ja, sogar ihre Theater besitzen. Dieses soziale Werk der Juden unterscheidet sich von anderen ähnlichen Werken allgemeiner Natur dadurch, daß kein Parteistandpunkt darin zum Ausdruck kommt, nicht der leiseste

Wunsch nach Proselytentum es diktiert, sondern völlige, reine Menschenliebe. Dank ihrer vielseitigen Bildung, die die jüdische Bevölkerung auf ihren Erwachsenenschulen, Abend- und Fachschulen empfängt, die in unvergleichlich zeitgemäßer Weise geleitet werden, nehmen die Israeliten in der amerikanischen Gesellschaft einen beachtenswerten Rang ein. Rüdige Schafe, Deklassierte, gibt es überall. Es gibt deren auch unter den Juden in den Vereinigten Staaten. Aber sie sind in sehr schwacher Minderheit und das läßt sich leicht begreifen. Denn bei all den sozialen und philanthropischen Werken, die ihnen zu Gebote stehen, um sie auf den Weg des Fortschritts zu leiten, bei der Fülle von Hilfsquellen, über die sie verfügen, müssen die nach den Vereinigten Staaten eingewanderten Juden gedeihen, sich in jeder kulturellen und sozialen Hinsicht entwickeln. Man hat kürzlich die Hilfsmittel, worüber die sozialen und philanthropischen Unterstützungswerke der Juden in der Union gebieten, abgeschätzt und man ist einschließlich der Immobilien und Mobilien zu der Summe von drei Milliarden 368 Millionen gekommen, eine Zahl, die für sich selbst spricht. Es ist dies sicherlich eine interessante Feststellung, die ein einzigartiges Beispiel sozialer Solidarität offenbart.

A. Mahlinger.



Die deutsche Dämmerung. Der Herausgeber des Türmer Jeannot Emil Frhrr. v. Grotthuss hat im Verlag von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart ein Buch unter dem Titel „Aus deutscher Dämmerung“, „Schattenbilder einer Übergangskultur“, bereits vor längerer Zeit erscheinen lassen. Das Buch ist als Zeitdokument deshalb bemerkenswert, weil es die Klagen sammelt,

die jeder, der Deutschland liebte und nicht in sozialdemokratischer Art Opposition machen wollte, damals, vor den reinigenden Novembertagen 1908, auf dem Herzen hatte. Grotthuss klagt als Patriot, als einer, der sein Volk über alles liebt und felsenfest an seine künftige Größe glaubt. Er schilt aus Liebe. Er klagt nicht blind irgend welche bestimmt umrissenen Kreise an, er zeichnet wirklich dunkle Bilder gegen einen trüben Himmel. Es war damals, als das Buch geschrieben oder konzipiert wurde, vor zwei, drei oder mehr Jahren auch den Besten im Lande noch gar nicht klar, ob die Dämmerung, die über Deutschlands Kulturgefühl sich gelagert hatte, eine Abenddämmerung oder eine trübe Morgenstimmung war. Ob sie Untergang und drohenden Verfall oder Übergang zu Besserem, Höherem bedeutete. Heute ist, wie auch Grotthuss in seinem Schlußwort sagt, die Zukunft gesichert. Es geht wieder vorwärts mit Deutschland, langsam, aber es geht, und Grotthuss und viele andere Kritiker mit ihm haben das Verdienst, durch ihren unerschrockenen Tadel zur rechten Zeit die Deutschen aus eitlen Selbstbespiegelungen herausgerissen und vor die nackte Wahrhaftigkeit gestellt zu haben. Die Novemberstürme von 1908 waren ein Wendepunkt, seitdem haben auch die Intellektuellen im Lande allen Grund, ihre Stellung zur Dynastie zu ändern. Man hat die Pflicht, gerade wenn man Wilhelm II. früher bekämpfen mußte, ihm heute für seine menschlich nicht hoch genug zu achtende Entsagung dankbar zu sein.

Erich Lilienthal.



Die Pariser diplomatischen Archive des französischen Ministeriums des Auswärtigen am Qai d'Orsay werden auf Grund einer Verfügung des Mi-

nisters des Äußeren, Herrn Pichon, in bedeutend erweitertem Maßstabe als bisher den Forschern unter den gebräuchlichen Vorbehalten zugänglich gemacht. Von den Vorgängern Herrn Pichons, den Herren de Freycinet und Ribot, waren schon Zugeständnisse in dieser Hinsicht gemacht worden, indessen wurde nie über 1830 hinaus irgendein Schriftstück aus diesen diplomatischen Archiven verabfolgt. Von nun ab sollen aber alle Schriftstücke bis 1848 den berufenen Nachsuchen-

den zur Verfügung gestellt werden, was wohl eine Hochflut von Veröffentlichungen über die diplomatischen Verhandlungen unter Ludwig Philipp hervorrufen dürfte. Außer Talleyrand gehören der Herzog v. Broglie, ferner Thiers und Guizot zu dieser Diplomaten-Epoche, in der die Beziehungen des Papsttums zu Österreich, die deutschen und spanischen Angelegenheiten, besonders aber die orientalische und die ägyptische Frage eine hervorragende Rolle spielten.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

.....

DAS PROBLEM DES INTERNATIONALISMUS.

DER große Strom unserer Zeit, der stets neue Gemeinsamkeiten zwischen den Völkern, stets neue Notwendigkeiten eines Einvernehmens zwischen einstmals isoliert gewesenen Menschengruppen schafft, hat uns der Wahrheiten viele entdeckt, aber auch viel Halbwahrheiten entkeimen lassen; diesen überlegene Kritik entgegenzusetzen, war naturgemäß leicht. Doch beschränkte sich der Skeptizismus nicht auf sie. Er trat vielmehr auch den großen evidenten Tatsachenreihen des Internationalismus gegenüber in Erscheinung.

Im folgenden sei daher versucht, das Problem durch strenge Scheidung der Realitäten und der Utopien zu klären und seien zunächst die Irrtümer und Halbwahrheiten umgrenzt und dargelegt.

Wesentlicher Ausgangspunkt internationaler Gesinnung in den Massen des Proletariats ist: die Meinung, daß Nation und Staat, die Solidarität zwischen allen Volksgenossen in gemeinsamer Verteidigung der nationalen Güter, für den Proletarier, „der nichts zu verlieren habe, als seine Ketten“, der von all den Nationalreichtümern, die nur der Kapitalistenklasse zugute kommen, keinerlei Vorteil ziehen könne, inhaltslos geworden seien.

Der Internationalismus tritt so zunächst als Nationslosigkeit, ja, in Auflehnung gegen die nationale Idee, von der man Einschläferung des Klassengegensatzes und des Klassenbewußtseins fürchtet, als Antipatriotismus in Erscheinung (Herveistische Bewegung in Frankreich).

In Wahrheit muß der Aufstieg des Proletariats zu ökonomischer Kraft, geistiger Reife und Teilnahme an der politischen Macht sein Interesse am Gedeihen der Volksgesamtheit von Jahr zu Jahr steigern; die Erfolge der proletarischen Bewegung müssen also aus sich selbst heraus den Antipatriotismus töten.

Und das ist gut so, auch vom Standpunkt des wahren Internationalismus, der in der Verbrüderung und soldiarischen Entwicklung der Völker all ihre ökonomischen und geistigen Interessen zu fördern, vor kriegesischen Störungen zu sichern bestimmt ist; keineswegs sie aus Trotz zu schädigen veranlaßt sein kann. Der Internationalismus will ja im Menschheitsgedanken den nationalen Gedanken weiten, die große Entwicklungslinie der Solidaritätsempfindungen, die vom Egoismus zur Familienliebe, zur Stammessolidarität, zur nationalen Einheit geschritten ist, historisch weiterführen, die Idee menschheitlicher Solidarität an ihren logischen Endpunkt bringen, keineswegs das von der Weltgeschichte bereits Geschaffene wieder vernichten, die Klammer nationalen Gemeinsamkeitsgefühls zerbrechen, die solidarische Einheit des Volkstums wieder in seine Bestandteile auflösen.

Wie durchaus zukunftslos übrigens die Ableitung gerade antinationaler Empfindungsreihen vom Interessenstandpunkt der Arbeiterschaft, vom Sozialismus aus, erscheinen muß, zeigt Australiens Beispiel.

Australien ist bekanntlich das einzige Staatswesen der Erde, in dem sozialistische Gedanken in weitgehendem Maße verwirklicht sind, in dem alle die großen Industrien, die zur Vollendung des kapitalistischen Konzentrationsprozesses herangereift, zu faktischen Monopolen geworden sind, in Staatsbesitz und Staatsbetrieb übergehen, in dem der planvolle Wille der Gesamtheit die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch der noch in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter regelt.

Seit die Wahlen zum Bundesparlament am 13. April d. J. der sozialistischen Arbeiterpartei eine große Mehrheit über die Koalition aller bürgerlichen Parteien gegeben haben, darf die baldige, völlige Verwirklichung des sozialistischen Programms als gewiß vorausgesetzt werden: Und doch steht Australien, steht die sozialistische Arbeiterpartei Australiens ganz und gar auf dem Boden nationaler Gesinnung; eben weil glühende Liebe zum sozialistischen Staat, den sie zu schaffen im Begriffe ist, sie erfüllt, weil sie in ihm das Unterpfand einer bessern Zukunft der Menschheit gegen jeden Angriff zu verteidigen gewillt ist, analog wie die Kämpfer der französischen Revolution ihr Werk gegen das rückständige Europa verteidigten. Die Lage der australischen Arbeiterschaft ist übrigens schon heute dank der sozialen Schutzgesetze eine so gute, daß das australische Proletariat in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sein eigenes Wohlergehen behütet: Vor allem in Abwehr der drohenden Gefahr einer Überschwemmung Australiens durch lohndrückende ostasiatische Kulis; einer Aufsaugung der jungen, an Menschenzahl armen, an Zukunftsmöglichkeiten und für die Menschheit wertvollen sozialen Erfahrungen so reichen australischen Demokratie durch die an Volkszahl hundertmal überlegenen ostasiatischen Staaten. — Einer der wesentlichsten Programmpunkte der neuen sozialistischen Regierung ist denn auch nicht etwa die Abschaffung des Heeresdienstes, sondern im Gegenteil: die Gründung einer auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden Miliz (nach Schweizer Muster) und der Bau einer Flotte; alldies, obgleich die australische Arbeiterpartei die Endgedanken internationaler Solidarität durchaus zu den ihren gemacht hat (Schaffung internationaler Schiedsgerichte und Institutionen zur Vermeidung kriegigerischer Konflikte).

Gewiß, die Probleme Europas sind andere.

Australiens Beispiel ist hingegen ein Beleg dafür, daß Sozialismus und nationale Gesinnung, ja sogar Armeefreundlichkeit (wie übrigens auch Eintreten für ein Schutzzollsystem) durchaus vereinbar sind; daß dem sozialistischen Gedanken die Anerkennung der Staatsindividualität, die durch die Übernahme der Güterproduktion unvergleichlich geschlossener, als solche schärfer betont erscheint — als dort wo der Staat sich auf bloße Polizeifunktionen gegenüber einer in Privathänden befindlichen Gütererzeugung beschränkt — unentbehrlich ist.

Die Tatsache, daß Europas Völker, und insbesondere auch die Arbeiterschaft aller europäischen Militärstaaten, unter dem stets wachsenden Aufwand für (sich gegenseitig aufhebende) militärische Rüstungsbestrebungen schwer leidet, daß unendlich viele Notwendigkeiten kultureller und sozialer Reform hinter den unproduktiven Rüstbedürfnissen zurückstehen müssen, daß der Massenmord des Krieges dem sich verfeinernden Kulturempfinden der Zeit stets schärfer widerspricht, bleibt natürlich unleugbar. Die obigen Darle-

gungen hatten nur den Zweck zu zeigen, daß eine spezifische Beziehung antimilitaristischer Gesinnung gerade auf den sozialistischen Gedanken unlogisch ist, ebenso unlogisch und auf die Dauer unhaltbar übrigens, wie die Herveistische Basierung des Antimilitarismus auf den Umstand, daß die Armee in Streikfällen im kleinen, im Kampf gegen die soziale Revolution im großen als Stütze der herrschenden Gesellschaftsordnung gebraucht werden kann.

Denn ob man nun ein Anhänger der heutigen Ordnung der Dinge ist, oder aber eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen will: die Existenz eines Machtfaktors, der den in der Regierung eines demokratischen Staates sich manifestierenden Willen der Volksgesamtheit zur Durchführung bringt, muß gegenüber den zersetzenden, antisozialen Kräften des Volkskörpers als wertvoll bezeichnet werden, sei er nun auf Bestand, sei er auf Fortbildung des Bestehenden gerichtet.

Anders wäre es nur in solchen Fällen, wo die Armee sich zu Pronunziamentos gegen den Willen der aus dem Parlament hervorgegangenen Regierung mißbrauchen ließe (Spanien, boulangistische Bewegung), oder überall dort, wo die Regierung eben nicht den Volkswillen verkörpert, wo künstliche Wahlrechte (Preußen) oder absolutistische Widerstände Staat und Volk einander gegen überstellen, wo die Disziplin, die dem „Volk in Waffen“ gebietet, zum Knebel des Volkes und seiner unabhängigen Willensrichtung herabgewürdigt wird. — — — Da handelt es sich aber nicht um das allgemeine Problem der Armee, sondern um Episoden eines speziellen politischen Kampfes.

Schwerer zu widerlegen, lockender als die geschilderten Gedankengänge, ist die Basierung antimilitaristischer Gesinnung auf den instinktiven Abscheu, den alle edleren Naturen und vor allem die im Zeitalter sich ausbreitenden Frauenstimmrechts stets maßgebenderen Frauen vor dem Blutvergießen empfinden, vor der zwecklosen Zufügung persönlichen Leides, vor dem gewaltamen Tode.

Der Krieg richtet sich scheinbar durch seine Widernatürlichkeit Man vergißt, daß der Kampf ums Dasein Z e n t r a l g e s e t z der Natur, Hebel alles Weltfortschritts ist, daß der Krieg sich als Spezialfall dieses Daseinskampfes, der ja auch in der organischen Schöpfung überwiegend Tötung des Gegners zum Inhalt hat, durchaus in die Gesetzmäßigkeit der Natur einfügt, daß er durchaus „natürlich“ ist.

„Zugegeben“, erwidert man von pazifistischer Seite, „aber der Daseinskampf selbst ist eben auch dem Entwicklungsgesetz unterworfen; er muß stets neue höhere Formen annehmen. Die Völker mögen um ökonomische Vorherrschaft, geistige Überlegenheit ringen, die politischen Kämpfe zwischen den Staaten lassen sich durch S c h i e d s g e r i c h t e schlichten.“

Diese letzte, so überwiegend für wahr gehaltene These scheint mir eine typische H a l b w a h r h e i t zu sein.

V i e l e Konflikte liegen allerdings im Bereich der Schiedsgerichtsbarkeit: Meinungsverschiedenheiten in Auslegung von Verträgen, oder aber unklare völkerrechtliche Probleme. Die Schiedsgerichte als G e r i c h t e können R e c h t s f r a g e n entscheiden, können urteilen, wie die vertragsmäßigen oder gewohnheitsrechtlichen Sätze des Völkerrechts auf den einen oder andern Einzelfall des Völkerlebens anzuwenden seien.

Außerhalb dieser ihrer logischen Sphäre mögen sie auch in E h r e n - h ä n d e l n gute Dienste tun. Wenngleich alle die Schiedsgerichtsverträge gerade Ehrenfragen von schiedsgerichtlichem Verfahren ausschließen wollen.

Den Ehrenhändeln zwischen den Völkern — wie den Menschen — liegen nämlich in der Regel gar keine wesentlichen Gegensätze zugrunde; sie sind ihrem Ursprung nach bedeutungslos; gefahrdrohend nur ob der augenblicklichen Aufwallung der Leigenschaft. . . Gelingt es, ihre Austragung für ein halbes Jahr zu vertagen, so ebbt der Impuls zurück (die Huller Affäre zwischen England und Rußland, die Casablanca-Affäre zwischen Deutschland und Frankreich), die Zeit selbst beseitigt den Gegensatz . . und darauf, ob das Schiedsgericht nun diesem oder jenem Teile eine Geldentschädigung zuspricht, kommt es wirklich nicht mehr an; mag die Entscheidung eine noch so willkürliche sein; das Ziel ist erreicht, die Friedenswahrung.

Anders ist es mit den großen Interessenkonflikten der Völker, den Machtkonflikten der Rassen.

Ob Rußland oder Japan die Küsten Asiens beherrschen, die deutsche oder französische Rasse das Elsaß besitzen, ob Creta griechisch oder türkisch sein, ob die politische Herrschaft auf den Meeren mit ihrer Bedeutung für Handel und Volksreichtum Deutschland oder England gehören soll — kein Rechtsgrundsatz läßt sich auf diese Streitfragen anwenden, kein Schiedsgericht kann hier den einen oder den andern Teil befriedigen.

Müssen wir darum an der Möglichkeit, die Kriege zu beseitigen, verzweifeln?

Nein! weil die geschichtliche Entwicklung selbst, die den Krieg zwischen den Stämmen und Feudalherren des gleichen Volkes durch das Werden einer einheitlichen Staatsgewalt beendet, die die deutschen, französischen, italienischen Einheitsstaaten geschaffen hat und so die durch tausend ökonomische und geistige Fäden verknüpften Landesteile auch politisch zusammenschweißte, eben im Begriffe ist, der werdenden ökonomischen und geistigen Einheit der Menschheit ihre politische Form zu geben.

Ungezählte Probleme werden von Jahr zu Jahr allen Völkern gemeinsam, lassen sich nur durch internationale Vereinbarung in einer den Interessen aller beteiligten Staaten dienlichen Weise lösen.

Die Posttarife und der Arbeiterschutz, das Wechselrecht und das Urheberrecht, die Frage der Exportprämien für die Zuckerindustrie und das Verbot giftigen Phosphors, stets neue Fragen auf den einander entlegensten Punkten des Kultur- und Wirtschaftslebens wollen einheitlich geregelt sein, erzwingen das Zusammentreten internationaler Kongresse.

Mehr und mehr werden diese zu ordentlichen Instanzen internationaler Gesetzgebung werden, genau so wie der Haager Schiedsgerichtshof die internationale Gerichtsbarkeit begründet hat und das „europäische Konzert“ in türkischen, chinesischen u. a. Fragen den Embryo einer internationalen Exekutivgewalt darstellt.

Alle drei Funktionen staatlicher Existenz sind den werdenden „Vereinigten Staaten der Erde“ schon heute eigen und vielleicht, ehe ein Jahrhundert verfließt, werden sie ebenso unbedingt da sein wie heute die Vereinigten Staaten von Amerika oder wie das Deutsche Reich.

Sowie aber diese höhere Einheit der einzelnen Staatsgebilde geschaffen ist, haben wir für die Dauer des Friedens nicht mehr zu fürchten.

Während die Rechtskonflikte den internationalen Gerichten vorbehalten bleiben, werden die Interessen- und Machtkonflikte (sofern sie für Gliedstaaten des gleichen Bundes überhaupt noch Realität haben) von Parlament und Exekutive des Staatenbundes nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit

keit, der Billigkeit, des Allgemeininteresses der Menschheit, oder endlich je nach dem Machtverhältnis der politischen Parteien im Weltparlament entschieden werden; wie ja auch heute der deutsche Bundesrat und Reichstag fast mühelos die Möglichkeit von Konflikten zwischen Württemberg und Baden bannen, ja, fast als Absurdität erscheinen lassen.

Ob in diesen Entscheidungen immer ein höheres Recht zur Geltung komme, oder doch die stärkere Macht: das tritt an Wichtigkeit zurück hinter der großen Tatsache, daß es eben nicht mehr Waffengewalt, sondern ökonomisch-politisches Übergewicht sein wird, das den Ausschlag gibt; daß der Krieg mit seinen Tränen und seiner Wertezerstörung überflüssig wird.

Der Kampf ums Dasein geht weiter, aber in neuen, höheren Formen.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ADOLF DAMASCHKE, VORSITZENDER DES BUNDES DEUTSCHER BODENREFORMER (BERLIN): ZUM KAMPF UM DIE REICHSZUWACHSSTEUER.



M 29. April d. J. ist die englische Reichs-Zuwachssteuer Gesetz geworden. An einem Tage erledigte das englische Oberhaus die drei Lesungen, die zur Annahme des Budgets nötig waren. Aber diesem Tage waren lange und schwere Kämpfe vorangegangen, Kämpfe von denen man sagt, daß sie ihres gleichen kaum einmal in hundert Jahren englischen Parteikampfes finden. Die liberale Partei hatte den Gedanken der Bodenreform, der Grundrenten- und der Zuwachssteuer, unter Campbell-Bannermann angenommen; Asquith, Lloyd George, Winston Churchill und ihre Freunde hatten ihn mutig durchgehalten. Lieber ließen sie den Nachfolger Gladstones in der Regierung, Lord Roseberry, und andere „Landlords“ gehen, als daß sie in ihrer Bodenreformpolitik nachgaben. Der Erfolg war trotz aller Anstrengungen der mächtigsten Gegner für sie. In Zukunft wird von jedem „unverdienten Wertzuwachs“ am englischen Grund und Boden 20 Prozent in die Kasse der Allgemeinheit fließen, und zwar wird die Hälfte davon dem Staat, die Hälfte den Gemeinden zugute kommen.

In Deutschland war der erste, der die Forderung einer modernen Zuwachssteuer aufstellte, Friedrich List, der Schöpfer des „Nationalen Systems der politischen Ökonomie.“ List setzte dem englischen „Tauschwertsystem“ seine Forderungen auf Entfaltung der deutschen „Produktivkräfte“ entgegen. Als Vorbedingung dazu sah er in erster Reihe die Entwicklung der Verkehrswege an, den Bau von Eisenbahnen und Kanälen. Dem Bedenken gegenüber, die deutschen Staaten seien zu arm zu einer Verkehrspolitik in seinem Sinne, hat er schon 1833 in seinem „Sächsischen Eisenbahnsystem“ auf den Zusammenhang zwischen Verkehrsverbesserungen und Bodenwertsteigerungen hingewiesen.

Am schärfsten formuliert hat er die nationalwirtschaftliche Forderung aus dieser Erscheinung in seinem Gutachten über die „Wirtschaftliche Reform des Königreichs Ungarn“:

„Erhöht der Staat durch Wasser- und Verkehrsanlagen vielfach die Bodenwerte aufs zwanzigfache, so soll — natürlich bei Gelegenheit künftiger Verkäufe — der Staat mindestens die Hälfte der Wertsteigerung an Steuervorwegnehmen.“

Das schrieb Friedrich List 1845. Ein Jahr später schon brach er im Kampfe gegen die gegnerischen Interessen und die Gleichgiltigkeit zusammen. An einem trüben Novembertage 1846 machte er bei Kufstein seinem Leben ein Ende „mit der Pistole, die“, wie der Amerikaner Carey bitter sagte, „ihm sein dankbares Vaterland in die Hand gedrückt hatte“. —

Etwa 30 Jahre später sprach der Altmeister der deutschen Nationalökonomie, Adolph Wagner, ähnliche Gedanken aus. Aber auch hier zeigte es sich, daß volkswirtschaftliche Wahrheiten sich nur dann umsetzen in lebendiges Leben, wenn sich Menschen finden, die für sie kämpfen und dafür sorgen, daß sie eine Macht im öffentlichen Leben ihres Volkes werden.

Die erste deutsche Organisation, die die Zuwachssteuer ausdrücklich in ihrem Programm forderte, war der „Deutsche Bund für Bodenbesitzreform“, der am 16. September 1888 gegründet wurde. In seinen Satzungen hieß es:

„Einen ersten sofort zu verwirklichenden Schritt sieht der Verein in der Wegsteuerung des Zuwachses der städtischen Grundrenteneinkommen.“

Aus dieser Organisation hat sich der Bund Deutscher Bodenreformer entwickelt, der am 2. April 1898 sein Programm so formulierte:

„Der Bund Deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne Zutun des Einzelnen erhält, dem Volksganzen nutzbar macht.“

Zehn Jahre lang haben die Bodenreformer in unzähligen Versammlungen den Gedanken der Zuwachssteuer vertreten — und immer wieder mußten sie sich sagen lassen, daß der Gedanke in der Theorie zwar sehr schön, aber in der Praxis undurchführbar wäre!

Da war es die deutsche Marineverwaltung, die den ersten entscheidenden Schritt tat. Am Großen Ozean, in der Bucht von Kiautschou, wurde die Reichsflagge gehißt. Die verantwortlichen Beamten, zu denen in erster Reihe die Bodenreformer Admiral von Diederichs und der Chinesenkommissar Dr. Schrameier gehörten, erhielten den Auftrag, aus dem neuen Hafengebiet die Bodenspekulation möglichst auszuschalten, deren verderbliche Folgen man in andern Hafenstädten Ostasiens genugsam beobachtet hatte. Es war namentlich Dr. Schrameier, der als einen Weg zu diesem Ziele den Gedanken der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses erkannte und trotz des Abratens seines damaligen Chefs, des Generalkonsuls Stübel, des späteren Kolonialdirektors, energisch durchführte. Die „Landordnung von Kiautschou“, die am 2. September 1898 verkündigt wurde, ist das erste Gesetz der Welt, das den Gedanken der Zuwachssteuer verwirklicht:

„Die Käufer verpflichten sich, bei einer Wiederveräußerung der von ihnen erstandenen Grundstücke 33 $\frac{1}{3}$ v. H. des dabei erzielten Reingewinns dem Gouvernement auszukehren. Diese Verpflichtung wird als dauernde Beschränkung des Eigentums in Abt. II des Grundbuchs eingetragen.“

Es ist das bleibende Verdienst des Marineamts, seines volkswirtschaftlichen Sachverständigen Prof. Köbner und seines verantwortlichen Leiters, des Admirals von Tirpitz, daß es die Bedeutung dieser bodenreformrischen Steuer erkannte. In der amtlichen Denkschrift über die Landordnung begründete die Regierung ihr Vorgehen wie folgt:

„Durch die hier getroffene Maßregel behält sich das Gouvernement einen Anteil an der späteren Wertsteigerung vor, ohne die Privattätigkeit lahm zu legen. Steigt der Wert des Grund und Bodens im Laufe der Jahre nicht, so partizipiert das Gouvernement auch nicht. Steigt der Wert des Grund und Bodens jedoch und zwar durch Verhältnisse, die der Besitzer nicht herbeigeführt

hat, die vielmehr allein dem durch die Tätigkeit des Gouvernements oder der Gesamtheit der Gemeinde veranlaßten Emporblühen des Platzes zuzuschreiben sind, so muß das Gouvernement oder die Gesamtheit — beider finanzielle Interessen sind identisch — seinen Anteil an der Wertsteigerung sich wahren. Es erscheint als sehr mäßig, daß das Gouvernement sich mit einem Drittel begnügt und zwei Drittel den Privaten überläßt.

Als Grundsatz wird festgehalten, daß es im Interesse und der Absicht der Regierung liegt, keine ungesunde Landspekulation, deren schlimme Folgen für die Bevölkerung in andern ostasiatischen Plätzen auf das empfindlichste zutage getreten sind, in Pachtgebiete aufkommen zu lassen.“

Am 31. Januar 1899 wurde im Deutschen Reichstag zum erstenmal bei der Beratung des Etats von Kiautschou über das Prinzip der Zuwachsteuer verhandelt. Es ist sehr lehrreich und gerade heute nicht ohne großes Interesse, an jenen Tag zu erinnern. Die Wortführer des Zentrums, Dr. Lieber, und der nationalliberale Graf Oriola, stimmten dem Vorgehen der Regierung freudig zu. Die Konservativen ließen durch Dr. Oertel folgende Erklärung abgeben:

„Ich billige vollkommen den Grundsatz bei den Landverkäufen, der hier meines Wissens zum ersten Male in Deutschland durchgeführt ist. Ich möchte nur zur Erwägung anheimgeben, ob die Bestimmungen von einem Drittel genügen; ich bin der Anschauung, daß man hierin weiter gehen könnte, besonders deshalb, weil alle eignen Aufwendungen, die der betreffende Eigentümer nachweisen kann, schon abgezogen werden von dem Mehrwert. Ich glaube, man könnte gut und gern bis zur Hälfte aufwärts gehen.“

Besonders gespannt mußte man auf die Stellungnahme Eugen Richters sein, des freisinnigen Führers, der als Etats-Kenner und Kritiker besonders gefürchtet war. Er erklärte:

„Was die Besteuerung in Kiautschou betrifft, so muß ich sagen: Ich finde die Art sehr sachgemäß, wie die Verwaltung zu verhindern sucht, daß dasjenige, was das Reich dort an Anlagen schafft, nun einzelnen Privatpersonen lediglich gereicht zur Werterhöhung ihres Grundbesitzes, daß sie also eine sinnreiche Vorbereitung getroffen hat, um im Wege der Besteuerung sich an dieser Werterhöhung zu beteiligen.“

Die Sozialdemokraten waren die einzigen, die gegen die Vorlage stimmten. Als ich sie in unserem Bodenreformorgan deshalb angriff, erklärte das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, aber ausdrücklich:

„Die für Landverkäufe dort aufgestellten Grundsätze sind ganz vernünftig.“

Natürlich benutzten die deutschen Bodenreformer das mutige und erfolgreiche Vorgehen der Marineverwaltung, um auch in deutschen Gemeinden für die Zuwachsteuer Stimmung zu machen. Aber in hunderten von Versammlungen der nächsten Jahre habe ich dann stets das gleiche Schauspiel erlebt: In der freien Aussprache meldete sich ein Herr, der für Grundstücksgeschäfte besonderes Interesse hatte und erklärte feierlich, daß er mit warmen Herzen für die Zuwachsteuer sei — in Kiautschou, am großen Ozean, daß er sie aber für völlig ungerecht und praktisch für ganz undurchführbar halte in Deutschland selbst und namentlich in der Gemeinde, in der er selbst Gelände besäße.

Unter dem Druck steigender Finanznot hat dann am 1. April 1904 Frankfurt a. M. unter Adickes eine milde Zuwachsteuer eingeführt;

am 1. April 1905 folgte K ö l n , und nun ging es vorwärts. Bis zum 1. April 1909 hatten insgesamt 259 Gemeinden und Gemeindeverbände die Zuwachssteuer eingeführt, davon in Preußen allein 56 Städte, 75 Landgemeinden und 7 Landkreise. Im letzten Jahre, d. h. bis zum 1. April 1910, sind dann — allerdings unter dem Druck der drohenden Reichsbesteuerung — noch 211 Gemeinden und Verbände, darunter in Preußen 103 Städte, 54 Dörfer und 6 Landkreise, zur Annahme der Zuwachssteuer gelangt. Überall zeigte ja auch die Praxis, daß die von interessierter Seite an die Wand gemalten verderblichen Wirkungen nicht eingetreten waren, und daß hier eine oft überraschend reiche Quelle für die Gemeinschaftsbedürfnisse erschlossen war.

In der konsequenten Durchführung des Prinzips und in der praktischen Ausgestaltung aber mußten sich bald Bedenken dagegen erheben, die Zuwachssteuer in die Willkür der einzelnen Gemeindeverwaltungen zu stellen. Ein Vorstandsmitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer, Dr. J ä g e r , hat am 27. Mai 1902 in der Kammer der bayerischen Abgeordneten zuerst einen Antrag eingebracht, der eine Beteiligung von S t a a t und Gemeinde an der Wertsteigerung des Bodens herbeiführen sollte. 1904 hat die bayerische Kammer der Abgeordneten sich dann auch für eine staatliche Zuwachssteuer erklärt. Die erste Kammer aber hat diesen Antrag abgelehnt.

Zum erstenmal ist eine staatliche Zuwachssteuer am 5. Januar 1910 von dem Fürstentum L i p p e angenommen worden.

* * *

Im R e i c h s t a g wurde der Gedanke einer Reichszuwachssteuer am 7. Dezember 1905 in einem Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung aufgeworfen, ohne daß diesem Antrag Folge gegeben wurde. Am 25. Februar 1907 hat auf Betreiben von Dr. J ä g e r das Zentrum einen Antrag eingebracht, der eine Verständigung zwischen den Einzelstaaten über „Erschwerung der Grundstücksspekulation durch Einführung der Besteuerung nach dem gemeinen Werte, der Z u w a c h s s t e u e r usw.“ in die Wege geleitet wissen wollte.

Der Antrag wurde am 1. Mai 1907 im Reichstag angenommen; aber es wurde ihm keine Folge gegeben.

Die Forderung, daß das Reich direkt eine Zuwachssteuer erhebe, hat zuerst der bekannte Bodenreformer Dr. W i l m s , Oberbürgermeister von Posen, am 28. März 1908 im preußischen Herrenhause vertreten. Einige Wochen darauf, am 21. April 1908, trat auch der große Bahnbrecher bodenreformerischer Gedanken, Prof. Adolph W a g n e r , dafür ein. Er sollte auf dem Bodenreformtage in Stuttgart einen Vortrag über s t a a t l i c h e Zuwachssteuer halten. Es darf heute ausgesprochen werden, daß selbst die führenden Bodenreformer zunächst überrascht waren, als Adolph Wagner mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit für eine Reichszuwachssteuer eintrat:

„Erst das große Ganze, dem wir allein unsere Sicherheit, auch unsere Ehre in der Welt verdanken! Auch unsere ganze wirtschaftliche neuere Entwicklung — sie beruht wesentlich auf der Einheit des Reiches. Die Berliner haben seit einem Menschenalter an ihrem Boden kolossale Summen verdient; das ist nicht das Produkt der Berliner allein, nicht der Brandenburger und nicht der Preußen allein, es ist das Produkt der ganzen deutschen Entwicklung.“

Der Vorschlag rief zunächst manchen Widerspruch hervor, der sich auch auf dem Nürnberger Bodenreformtag 1909 zeigte, wo Prof. S t i e r -

So m l o die „Haupteinwände gegen die Zuwachssteuer“ widerlegte. Namentlich Herr Ministerialrat von H e n l e und die Bürgermeister G l ä s s i n g von Darmstadt, von L e i s t n e r von Straubing, und der Stadtsyndikus L a n d m a n n von Mannheim wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die eine reichsgesetzliche Regelung der Frage hervorrufen müsse. Aber der Gedanke ging seinen Weg. Und der Kampf um die deutsche R e i c h s f i n a n z r e f o r m brachte ihn schnell in den Vordergrund des öffentlichen Interesses.

Ein Vorstandsmitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer, der Reichstagsabgeordnete R a a b, stellte am 1. Mai 1909 den Antrag, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, „o h n e V e r z u g eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses am Boden vorsieht“. Da sah der deutsche Reichstag das seltene Schauspiel, daß die Führer aller Parteien e i n s t i m m i g diesen Antrag annahmen.

Doch der damalige Reichsschatzsekretär erkannte nicht die Bedeutung der Stunde. Er erklärte, er müsse erst „Erhebungen veranstalten“ — und die Sache wurde vertagt, — bis zum 1. April 1911 sollte ein Reichs-Zuwachssteuergesetz vorgelegt werden. Das war ein unglückseliger Beschluß. Bis zum 1. April 1911 konnte keine Gemeinde ihre Finanzen ordnen, da sie ja nicht wußte, wie das Gesetz aussehen würde. Solide Grundstücksverkäufer konnten nicht mit bestimmten Größen rechnen. Dazu kam noch eins: Durch die Zollgesetzgebung war bestimmt worden, daß vom 1. April 1910 alle Gemeinden aufhören mußten, Einnahmen von Oktroi auf Lebensmittel zu erheben. In Elsaß-Lothringen, Bayern, Hessen und Baden gibt es Tausende von Gemeinden, die hieraus namhafte Einnahmen hatten. Nun wußten die Gemeinden nicht, wie sie den Ausfall decken sollten. Als die Elsaß-Lothringischen Gemeinden baten, ihnen die Zuwachssteuer zu gestatten, wurde das unter Hinweis auf die kommende Reichszuwachssteuer abgelehnt.

Es war deshalb eine Tat, daß der jetzige Reichsschatzsekretär W e r m u t h sich entschloß, die Frage am 11. April 1910 dem Reichstag zur Entscheidung vorzulegen. Mit guten Gründen wies er den Reichstag am 15. April auf die Bedeutung des Augenblicks gerade für diese Frage hin: „Energisches und schnelles Handeln ist nötig. Der Augenblick entscheidet hier über das Schicksal der ganzen Frage!“

Der Reichstag beschloß, das Gesetz einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Allgemein war man der Ansicht, daß die Beratung schnell zu einer Verständigung führen und die Reichszuwachssteuer noch vor den Pfingstferien Gesetzeskraft erlangen würde. Aber man hatte die Macht des organisierten Großkapitals unterschätzt. Das „Berliner Tageblatt“ konstatierte, daß allein an der Berliner Börse T e r r a i n a k t i e n i m N o m i n a l w e r t e v o n e t w a 250 Millionen Mark zugelassen seien, und daß ein weiterer erheblicher Teil von Terraininteressen in G. m. b. Hs. niedergelegt sei, und wies drohend auf „d i e W u c h t e i n e s s o l c h e n K a p i t a l s“ hin.

Die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ schrieb von einer „geistigen Epidemie“ der „Zuwachsfanatiker“.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ erklärte: „Die Gemeinde, die dem Banner D a m a s c h k e s folgt, ist in den letzten zwanzig Jahren erheblich gewachsen. Sie hat Geist von ihrem Geist in den Kreis der städtischen und staatlichen Gesetzgebung fließen lassen, und in lieblicher Paarung mit der hier vorhandenen sozialistischen Grundstim -

mung hat jener Geist den Wechselbalg erzeugt, der auf den Namen Reichszuwachssteuer getauft ist.“

Hier zeigt sich die Gegnerschaft unverhüllt: „Geistig krank“, „sozialistischer Umsturz“. Aber mit solchen Argumentationen sind im öffentlichen Leben denn doch nicht mehr viel Geschäfte zu machen, zumal, wenn es sich um eine Regierungsvorlage handelt. Man mußte andere Wege suchen. Der nächste dazu war, daß man „die Wucht des Kapitals“ bewußt gegen die Tageszeitungen einsetzte. Mir sind Fälle bekannt, in denen Grundstücksmakler direkt mit dem Entzug von Inseraten gedroht haben, wenn die betreffende Zeitung noch einmal wagen würde, für die Reichszuwachssteuer einzutreten. Es kam dabei sogar vor, daß der Wortführer der Terrainspekulanten die Richtigkeit der entwickelten Argumente für die Zuwachssteuer offen zugab, gleichzeitig aber erklärte, daß es sich hier einfach um eine Machtfrage handle.

Andere Grundstücksmakler griffen zu anderen Mitteln. Sie sehen es gern, wenn in den Zeitungen die Verkäufe mitgeteilt werden, die durch ihre Vermittlung zustande kommen, weil sie sich so den Interessentenkreisen natürlich am besten empfehlen. Jetzt zogen sie ihre Mitteilungen zurück unter der ausdrücklichen Begründung, sie hielten es nicht für opportun, nach der Einbringung dieses Gesetzentwurfs von verkauften Grundstücken etwas zu melden. In der Öffentlichkeit aber wurde dann darauf hingewiesen, wie sehr bereits die Ankündigung dieses Gesetzentwurfs den Grundstücksverkehr gelähmt habe!

Wer da weiß, welche Bedeutung der Anzeigenteil für die Tagespresse hat, dem ist es erklärlich, daß Blätter, die in der Theorie für die Reichszuwachssteuer eingetreten sind, ihre Stellung bald mit so viel „Wenn und Aber“ umgaben, daß sie dem Gedanken mehr schaden als nützen.

Die Einwände, soweit sie sachlich überhaupt ernsthaft zu nehmen waren, gingen nach drei Richtungen: einmal, eine Reichs-Zuwachssteuer schädige die Gemeinden, denen diese Steuer allein gehöre, zweitens, die Steuer sei in ihren Wirkungen „agrarisches“, und drittens, sie verteuere den Boden, d. h. die Mieten und damit die Lebenshaltung des Volkes.

Alle drei Einwände erweisen sich bei näherer Prüfung als nicht stichhaltig.

Von den 56 000 deutschen Gemeinden haben jetzt, nachdem sie seit 15 Jahren die Möglichkeit zur Einführung dieser Steuer besitzen, ganze 470 sie eingeführt. Der Gesetzentwurf sieht eine Verteilung des Ertrages zwischen Reich (50 %), Staat (10 %), und Gemeinde (40 %) vor. Mit einem Schlage hätten also über 55 500 Gemeinden eine neue reiche Einnahmequelle, und auch die 470 Gemeinden, die diese Steuer bereits haben, könnten in dem 40 prozentigen Anteil einer guten Reichs-Zuwachssteuer noch mehr Ertrag gewinnen als in dem 100 prozentigen einer schlechten kommunalen Zuwachssteuer. Und daß die kommunalen Zuwachsteuern in der Regel schlecht sind, ist einfach in den Machtverhältnissen auf unseren Rathäusern begründet. Man denke nur an das Dreiklassenwahlrecht in den alten preußischen Provinzen. Nach ihm muß in den Städten mindestens die Hälfte, in den Landgemeinden mindestens zwei Drittel aller Gemeindevertreter aus Grundeigentümern bestehen.

Ich entsinne mich eines intelligenten Bürgermeisters einer kleinen brandenburgischen Stadt, in deren Umgebung große Bodenwertsteigerungen an der Tagesordnung sind. Er erklärte mir, daß er ein eifriger Freund der Boden-

reformsteuern sei. Als ich ihn fragte, warum er dann nicht die Zuwachssteuer eingeführt habe, antwortete er: Meine Stadtverordneten sind fast durchweg Grundeigentümer. Als ich die Zuwachssteuer empfahl, sagte man mir vertraulich: Ihnen gefällt es wohl in unserer Stadt nicht mehr; Sie wollen wohl nicht wieder gewählt werden, daß Sie mit derartigen Plänen kommen!

Eine Reichszuwachssteuer würde von der Mehrzahl der tüchtigen Bürgermeister und Gemeindevertreter mit Freude begrüßt werden; denn sie würde ihnen den Kampf gegen die mächtigen städtischen Grundbesitzerkreise in den Rathäusern abnehmen.

Auch der Hinweis auf die Verschiedenheit der einzelnen Gemeinden will dem Prinzip gegenüber wenig bedeuten. Namentlich der freisinnige Oberbürgermeister von Hagen Cuno, wird nicht müde, auf die Verschiedenheiten zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden hinzuweisen. Es ist nur gut, daß die englischen Liberalen ihre Reichs-Zuwachssteuer bereits gesichert haben, sonst hätten wahrhaftig die englischen Tories kein besseres Agitationsmittel, als ein paar dieser deutschen liberalen Bedenklichkeitsartikel. Gewiß gibt es Schwierigkeiten; aber sie sind nicht unüberwindbar. Es handelt sich namentlich darum, ob man mit dem längeren Besitz eine Milderung der Steuersätze eintreten läßt, eine Forderung, die in der Regel als gerechtfertigt erscheint, während sie in manchen aufblühenden Städten den „Millionenbauern“ gegenüber sozial schädlich wirken kann. Dem gegenüber ist doch aber zu sagen, daß die Reichs-Zuwachssteuer den Gemeinden ausdrücklich (§ 49) abgestufte Zuschläge zu den Sätzen der Reichssteuer erlaubt, daß also dadurch dieser Mangel gehoben werden kann. Nach gleicher Seite hin können verständige Gemeinden die Bettermentsteuer (§ 9 des preußischen Kommunalabgabengesetzes) anwenden, und vor allem auch die differenzierte „Steuer nach dem gemeinen Wert“. — Wo ein Wille, da ist auch ein Weg.

Dem Vorwurf gegenüber, daß die Zuwachssteuer „agrarisches“ sei, weil die industriellen Brennpunkte mehr Erträge geben würden als die rein agrarischen, ist folgendes zu erwidern: Die Bodenwerte in den Kulturzentren eines Volkes werden nicht nur durch Gemeindeaufwendungen, sondern durch die Menschen- und Steuerkraft des ganzen Volkes hervorgerufen (Reichs- und Staatsbehörden, Universitäten, Garnisonen, Eisenbahnen, Kanäle usw.). An der Grundrente von Berlin, Hamburg, Rheinland-Westfalen usw. hat der letzte Bauer an der russischen oder holländischen Grenze seinen Anteil und zwar durch die direkten und indirekten Steuern, die er trägt, durch seine Söhne, die beim Militär dienen, oder als Industriearbeiter, nachdem sie auf dem Dorfe groß gezogen sind, in die Städte wandern. Es ist deshalb weder „agrarisches“, noch städtefeindlich, sondern einfach gerecht, daß alle Deutschen an den unverdienten Wertsteigerungen des Bodens gerade auch in den Brennpunkten des deutschen Lebens ihren Anteil haben. Dann ist doch aber auch darauf hinzuweisen, daß der ländliche Großgrundbesitz heute vielfach eine Ware geworden ist. Nur ein paar Beispiele. Im Jahre 1905 wechselten Güter über 100 ha Größe ihre Eigentümer.

In den Regierungsbezirken	durch Erbgang	durch Verkauf
Königsberg	28	112
Allenstein	9	85
Marienwerder	35	161
Bromberg	21	131
Liegnitz	17	76.

Welche Gewinne dabei gemacht sind, das erfährt man meist nicht. Ich lese z. B. in der „Zeitung für Hinterpommern“ (Nr. 93) eine beiläufige Notiz, daß ein Graf von Zitzewitz am 24. März die Herrschaft Schlackow, die fünf Rittergüter umfaßt, für 3 500 000 Mark gekauft, am 19. April aber bereits an einen Herrn von Puttkamer verkauft habe und zwar für 3 900 000 Mark. Gewinn in kaum vier Wochen: 400 000 Mark. Einen solchen unverdienten Wertzuwachs zu erfassen, ist doch nicht „agrarisches“, das ist einfach gerecht.

Der Haupteinwand gegen die Zuwachssteuer, mit dem man die große Masse des Volkes in Verwirrung zu bringen sucht, ist der Hinweis, eine Zuwachssteuer verteuere den Boden. Nun ist es geradezu ein Widerspruch in sich, die Terraingesellschaften und die Grundstücksmakler als Vorkämpfer einer Verbilligung des Bodens darzustellen!

Die nationalökonomische Theorie ist sich ja auch vollkommen einig, daß die Steuern auf die Grundrente niemals den Boden teurer machen. Von Adam Smith, David Ricardo, Stuart Mill bis auf Adolph Wagner gibt es keinen namhaften Nationalökonom, der diese Wahrheit nicht anerkennt. Aber mehr als theoretische Überlegung entscheidet hier ein Blick auf die Praxis. Die Zuwachssteuer ist eine veredelte Form der Grundstücks u m s a t z s t e u e r, die ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust vom Gesamtwert des Grundstücks bei Besitzwechsel erhoben wird. Wer behauptet, daß die Zuwachssteuer den Boden verteuere, der müßte folgerichtig behaupten, daß die Umsatzsteuer das in noch viel höherem Maße täte. Nun ist bekanntlich die Umsatzsteuer in F r a n k r e i c h und B e l g i e n viel höher als in Deutschland. Sie beträgt dort 7—10 Prozent. Sind nun in diesen uns kulturell gleichgestellten Ländern die Grundstückspreise höher als bei uns? In der teuersten Gegend von Paris, in der Avenue de l'opera hat eine amtliche Erhebung als Preis einer Quadratrute (= 14 Quadratmeter) etwa 19 000 Mark ergeben. In den besten Geschäftsgegenden Berlins sind Preise von 40 000 Mark und darüber nichts seltenes. B e l g i e n ist das am dichtesten bevölkerte Land Europas. Trotz oder vielmehr wegen der hohen Grundstücksumsatzsteuer ist sein Boden noch so billig, daß hier selbst in den Industriezentren das Einfamilienhaus vorherrscht. Die Behausungsziffer ist in B r ü s s e l: 9, in A n t w e r p e n 7, in G e n t 5. Dagegen in B r e s l a u 56, C h a r l o t t e n b u r g 64, B e r l i n 77.

Solchen Erfahrungen in der Praxis gegenüber sollte doch wenigstens von ehrlicher Seite das Schreckgespenst einer Vertauierung des Bodens durch die Zuwachssteuer restlos verschwinden.

Aber hier ist eben die allgemeine Unkenntnis auf nationalökonomischem Gebiet der beste Bundesgenosse aller Versuche zu einer Verdunkelung und Verwirrung der öffentlichen Meinung.

Gewiß, auch eine Reichszuwachssteuer wird nicht sogleich vollkommen sein; auch hier wird man die Ergebnisse der Praxis abwarten müssen. Aber welchen Schritt vorwärts kann man denn überhaupt tun, wenn man diese Bedenken nicht überwinden wollte?

Die Steuer, die in Theorie und Praxis vielfach als die vollkommenste gilt, ist die preußische Einkommensteuer. Bekanntlich beruht sie auf der Selbsteinschätzung derer, die über 3000 Mark Jahreseinkommen haben. Vor wenigen Monaten mußte nun der preußische Finanzminister die lehrreiche Erklärung abgeben, daß von 772 000 Steuererklärungen nicht weniger als 262 000 beanstandet werden mußten, und daß durch diese Beanstandungen nicht weniger als 347 Millionen Mark Jahreseinkommen mehr

ermittelt wurde. Besser als lange Auseinandersetzungen zeigt dieses Beispiel, daß gerade auf dem Gebiet des Steuerwesens immer mit großen Schwierigkeiten gerechnet werden muß, und daß man niemals vorwärts kommen könnte, wenn man sich nicht von dem „Wenn und Aber“ befreit. —

Der deutsche Reichstag hat das nicht getan. Sein Seniorenkonvent hat am 7. Mai beschlossen, die Entscheidung über die Reichszuwachssteuer nicht mehr vor den Sommerferien zu treffen, sondern bis zum Herbst zu vertagen. Ein Beschluß, der schwere Bedenken hervorrufen muß, auf der anderen Seite aber auch Gelegenheit gibt zu einer energischen Aufklärungsarbeit. Der Gedanke der Reichszuwachssteuer ist ausgesprochen: wie er in England die Landlords besiegte, so wird er auch in Deutschland den Einfluß der Terraingesellschaften und des hinter ihnen stehenden Großkapitals besiegen!

Die Bodenreformer wenigstens erhoffen es. Der Vorstand ihres Bundes hat am 23. Mai beschlossen, eine Masseneingabe für die Reichszuwachssteuer zu versuchen. Masseneingaben gegen Steuern sind nichts Seltenes. Das Volk aber aufzurufen, für die Einführung einer neuen Steuer sein Wort zu erheben, bleibt immer ein Wagnis. Die Gegner rüsten zum äußersten Widerstand. Schon sind Verhandlungen im Gange, die Terraingesellschaften, Hypothekenbanken, Grundbesitzervereine und Grundstücksmakler zu einem Anti-Bodenreform-Bund zusammenzuschließen. Auf den Ausgang des Kampfes darf man gespannt sein. Er wird eines kulturhistorischen Interesses nicht entbehren, wird er doch erkennen lassen, wie weit heut die Macht des organisierten Großkapitals im Deutschen Reiche die Gesetzgebung zu beeinflussen vermag!



DR. ALFRED MAYER, PRAG: EIN WOHNUNGSFÜRSORGEFONDS IN ÖSTERREICH.

DIE Wohnungsfürsorge gehörte in Österreich seit jeher zu den am meisten vernachlässigten Gebieten öffentlicher und privater Sozialpolitik. Die Aktiengesellschaften zum Baue von Arbeiterhäusern in Prag und Reichenberg, einige wenige von einzelnen Eisenbahnverwaltungen und sonstigen Privatunternehmern errichtete Arbeiterkolonien, die noch dazu keineswegs auf der Höhe der Zeit standen, weiter die von einigen größeren Sparkassen und Unfallversicherungsanstalten oder mit deren finanzieller Unterstützung erbauten Mietshäuser für Arbeiter und kleine Angestellte, die allerdings mustergültige Wiener Kaiser Franz Josef-Stiftung für Volkswohnungen, die Befreiung der Mieten bis zu einem bestimmten Betrage von den kommunalen sog. Zinsgroschen, endlich das vollkommen unzulängliche und unpraktische Gesetz über die Steuerbefreiung von Arbeiterhäusern aus den Jahren 1892 und 1902: das wäre ungefähr alles, was sich bis in die jüngste Zeit aus der positiven Wohnungsfürsorge in Österreich hätte anführen lassen. Demgegenüber unterdrückte die in ganz Europa einzig dastehende hohe Hauszinssteuer, welche bis heute noch auf dem Kriegssteuerfuße der unglücklichen fünfziger und sechziger Jahre geblieben ist, jedwede Möglichkeit einer gesünderen Entwicklung der Wohnungsverhältnisse, so daß schon die erste bei Gelegenheit der Volkszählung im Jahre 1869 in einigen größeren Städten

vorgenommene sog. erweiterte Wohnungsaufnahme recht bedenkliche Erscheinungen zutage förderte. (Dr. Mildschuh berechnet in seiner jüngst erschienenen, sehr lesenswerten Schrift: Mietzinse und Bodenwerte in Prag, daß z. B. Prag um ganze 14½ Mill. Kronen an Zinssteuer samt Zuschlägen mehr entrichtet als das an Bevölkerungszahl und Wohlhabenheit ihm ungefähr gleichkommende Breslau!) Diese ungünstigen Wohnverhältnisse erfuhren bei dem raschen Anwachsen der größeren Städte Österreichs sowie der gleichzeitigen allmählichen Industrialisierung der fortgeschritteneren Teile des Reiches in den nachfolgenden Jahren eine weitere Verschlimmerung, so daß die Volkszählung von 1900 in Wien bereits mehr als ein Drittel Wohnungen vorfindet, die nur einen einzigen Raum aufweisen, dabei aber von 43% der damaligen Wiener Bevölkerung bewohnt sind. Von diesen Wohnungen sind überdies 17% überbevölkert, d. h. von mehr als 5 Personen besetzt, so daß in diesem Jahre in Wien ungefähr 200 000—250 000 Personen in überfüllten Wohnungen leben, d. i. ein Fünftel bis ein Sechstel der Gesamtbevölkerung. In Prag wurden in demselben Jahre unter 76 984 Wohnungen 17 290 mit nur einem einzigen Raum gezählt, d. h. nahezu ein Viertel; in diesen kleinsten Wohnungen lebte ein Fünftel der Bevölkerung. Ähnliche Verhältnisse wiesen auch die übrigen österreichischen Großstädte Brünn, Triest usw. sowie die meisten Mittelstädte auf, ja die Arbeiterpresse berichtet zeitweilig sogar aus den Landstädten über derartig krasse Fälle von Wohnungsnot, daß Arbeiter und auch den wohlhabenderen Ständen angehörige Familien dort überhaupt keine Wohnung finden können.

Letzteres war aber auch das einzige, was die breitere österreichische Öffentlichkeit bis vor kurzem über die Wohnungsnot im eigenen Lande erfuhr. Die gräßliche Sprache der Zahlen der Wohnungsaufnahmen drang kaum zu den Ohren der berufenen Kreise: der Abgeordneten, der Regierung, der Kommunen, geschweige denn also, daß sich weitere Bevölkerungskreise oder auch nur die Tagespresse darum interessiert hätten. Allgemein war man der Ansicht — sofern man überhaupt darüber nachdachte — daß die Wohnungsverhältnisse in Österreich günstiger seien als in den übrigen industriereicheren Ländern Westeuropas, und so ließ man die Sache wie sovieler andere auf sich beruhen. Lokale Faktoren versuchten zwar in einzelnen Fällen die Begründung von Baugenossenschaften; aber bei dem gänzlichen Mangel der notwendigen rechtlichen und finanziellen Grundlagen derselben sowie jedweder Erfahrung in derartigen Dingen schlugen diese Versuche fast ausnahmslos fehl. Die Regierung aber, welche die weitgreifende Förderung der gemeinnützigen Baubewegung namentlich in Deutschland denn doch nicht so ganz übersehen konnte, glaubte mit dem schon eingangs zur Genüge charakterisierten Arbeiterwohnungsgesetze genug getan zu haben.

Unterdessen bereitete sich aber auch bereits ein radikaler Umschwung dieser ebenso bequemen als bedenklichen Anschauungsweise vor. Einerseits sah die Regierung endlich ein, daß die gegenwärtigen Haussteuern sowohl in ihrer ungerechten Verteilung als auch in ihrer Höhe auf die Dauer unhaltbar sind — um die Anbahnung dieser Reform hat sich namentlich das jetzige Volksparlament Verdienste erworben — andererseits schritten aber die nunmehr genügend zahlreichen Anhänger einer durchdringenden Wohnungsreform in Österreich an ihre bereits so nottuende Organisation. Auf diese Weise entsteht im Februar 1907 in Wien die Zentralstelle für Wohnungsreform und im November in Prag der Böhmisches

Landesverein für Wohnungsreform, welche gleich von allem Anfang an alle Hände voll zu tun haben.

Als erster Erfolg der Wohnungsreform in Österreich stellt sich die Schaffung eines eigenen Departements für Wohnungsfragen in dem neu errichteten Ministerium für öffentliche Arbeiten ein, in welchem heute alle Fäden der beginnenden systematischen Wohnungsfürsorge in Österreich zusammenlaufen. Diesem Departement fällt gleich zu Anfang die Organisierung und Verwaltung des bei Gelegenheit des 60jährigen Kaiserjubiläums ins Leben gerufenen Franz Josef-Jubiläumsfonds zu, welchem aus staatlichen Mitteln vier Millionen Kronen zugewiesen wurden und der ausschließlich zur Gewährung von billigen Darlehen an Beamtenbaugenossenschaften dienen soll.

Diesem Schritte, welcher die erste finanzielle Zuwendung des Staates zu Zwecken der Wohnungsfürsorge darstellt, folgte im verflossenen Jahre ein weiterer — die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Reform der Gebäudesteuern. Der erste diesbezügliche Gesetzentwurf mußte zwar aus inneren und äußeren Gründen zurückgezogen werden, aber bei Wiederzusammentritt des Reichsrats im Spätherbste legte ihn die Regierung — diesmal in weit verbesserter Form — wieder vor, so daß augenblicklich die Hoffnung berechtigt ist, daß die letzte Stunde der von allen Kreisen der Bevölkerung — Arbeitern wie Beamten, Mietern wie Hausbesitzern, Bauunternehmern wie Wohnungsreformern — mit Recht bestgehaßten exorbitant hohen Hauszinssteuer denn doch nicht mehr fern ist. Die Hoffnungen auf eine gründliche Herabsetzung derselben werden diesmal allerdings noch getäuscht werden, allein bei dem jetzigen ungünstigen Stande der Staatsfinanzen ist auch das, was dieser neue Entwurf bringt, jedenfalls als ein Zeichen von nicht zu unterschätzender Selbstverleugnung der Regierung und von fortschreitendem Verständnisse für die Wichtigkeit der Verbesserung unserer Wohnungsverhältnisse anzusehen.

Allein dieser Gesetzentwurf, mit dessen Meritum wir uns hier nicht weiter befassen können, interessiert uns noch aus einem anderen Grunde. Mit Recht wurde seit langem darüber geklagt, daß die gemeinnützige Baubewegung in Österreich, abgesehen von vielen anderen Schwierigkeiten, aus dem Grunde keine nennenswerten Erfolge aufweisen könne, weil es ihr im Gegensatze zu fast allen übrigen westeuropäischen Ländern an der notwendigen finanziellen Grundlage, d. h. im wesentlichen an billigem Kredit, mangelt.

Zum Baue von gesunden und billigen Volkswohnungen — ob nun schon in der Form von freistehenden Familien- und Arbeiterhäusern oder in der den großstädtischen Verhältnissen entsprechenderen Form von Miethausgruppen —, der in Österreich vorwiegend den Baugenossenschaften zufallen wird, ist vor allem das Vorhandensein von sehr billigem Hypothekarkredit notwendig. Dieser Kredit muß erstens um wenigstens $\frac{1}{2}\%$ billiger sein als die auf dem freien Hypothekenmarkte zu erlangenden Gelder (weil die Genossenschaft besser baut und billiger vermietet als der Privatunternehmer), zweitens muß er aber über die Grenze der Pupillarsicherheit — in Österreich 50% des Bauwertes — hinausgehen, damit die Genossenschaft resp. die zukünftigen Einzeleigentümer der Familien- oder Arbeiterhäuser auch schon dann bauen können, wenn sie nur erst über 15—25% des Bauaufwandes verfügen. In Österreich hat es aber bis vor kurzem keinerlei Institution gegeben, die einen derartigen Kredit gewährt hätte, denn auch die

wenigen Anstalten, z. B. die Unfallversicherungsanstalten, Sparkassen usw., die der gemeinnützigen Baubewegung billigere Hypotheken zur Verfügung gestellt hatten, beschränkten diese Kreditgewährung fast ausschließlich auf die ersten Hypotheken bis zu 50 % des Bauwertes. Es ist daher leicht erklärlich, daß die gemeinnützige Baubewegung unter diesen Umständen in Österreich nur vegetieren konnte.

Der erste Schritt zur Besserung auf diesem Gebiete war die Schaffung des vorerwähnten Kaiser Franz Josef-Jubiläumsfonds zur Unterstützung von Beamtenbaugenossenschaften, aus dem derartigen Genossenschaften Hypothekarkredit zu 3½% und bis zu 90% des Bauaufwandes sowie auch schon Baukredit gewährt wird. Und ein weiterer Schritt, diesmal ohne Beschränkung auf die Beamtenbaugenossenschaften, soll nun nachfolgen.

Der Regierungsentwurf über die Reform der Gebäudesteuern enthält nämlich im Art. XI bis XVI des Einführungsgesetzes Bestimmungen über die Schaffung eines Wohnungsfürsorgefonds, der zugleich mit der Gebäudesteuerreform in Geltung treten soll. Die organische Verbindung des Fonds mit dieser Reform resp. seine Dotierung aus den Erträgen der Hauszinssteuer ist ein glücklicher Gedanke des Chefs der Wohnungssektion im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Hofrat v. Meintzinger, die organisatorischen Grundideen hingegen stammen bis auf geringe Abweichungen von dem Vizepräsidenten des Böhm. Landesvereins für Wohnungsreform, Landesbankdirektor Dr. Lostak.

Nach den Bestimmungen des Entwurfes wird die Übergangsfrist für die alten hauszinssteuerpflichtigen Häuser mit 9 Jahren festgesetzt, wobei die Steuernachlässe auf die Jahre 1916, 1918 und 1920 konzentriert werden, so daß in den Jahren 1911, bis 1915, 1917 und 1919 überhaupt keine direkten Nachlässe gewährt werden. Anstatt derselben werden in den genannten Jahren entsprechende Beträge zur Dotierung des Wohnungsfürsorgefonds verwendet, so daß die Mieter, denen die Gebäudesteuerreform doch in erster Reihe zugute kommen soll, in ihrer Gesamtheit auch in den letzterwähnten Jahren keinen Verlust erleiden werden.

Die Dotation des Wohnungsfürsorgefonds soll betragen i. J.:

1911	400 000 K.	1915	2 000 000 K.
1912	700 000 „	1917	2 500 000 „
1913	1 000 000 „	1919	2 000 000 „
1914	1 400 000 „		

im ganzen demnach bis Ende 1919 10 000 000 K.

Dieser Betrag ist nun an und für sich allerdings nicht bedeutend zu nennen, allein bei Berücksichtigung der Art und Weise, wie er verwendet werden soll, ist doch nicht zu verkennen, daß er trotz seiner relativen Geringfügigkeit ein sehr wirksames Mittel zu der so notwendigen Vermehrung von billigen Volkswohnungen in Österreich werden kann. Der Wohnungsfürsorgefonds soll nämlich in erster Linie nur ein Garantiefonds sein, d. h. zur bloßen Garantierung von Verlusten dienen, welche sich an Kapital und Interessen bei sog. zweiten Hypotheken ergeben können, welche die Grenze der Pupillarsicherheit überschreiten und zu Zwecken der Unterstützung des Baues von Volkswohnungen gewährt wurden. Erst in zweiter Reihe soll der Fonds auch zur direkten Gewährung derartiger zweiten Hypotheken an Bauvereine und -Genossenschaften, Baugesellschaften, Sparkassen, Gemeinden, Bezirke, Länder und sonstige Korporationen verwendet werden.

event. kann er im Notfalle endlich auch Bauten, deren Ausführung er unterstützt hat, in seinen eigenen Besitz übernehmen.

Interessant ist die Berechnung, auf die sich die Kalkulation der voraussichtlichen Tragweite der Garantiefunktion des Fonds stützt. Diese Berechnung geht nämlich von der Voraussetzung aus, daß der Wohnungsfürsorgefonds bei Übernahme der Garantie für 35% des Bauaufwandes als zweiter Hypothek einen Verlust von jährlich ungefähr 1% der verliehenen Summen erfahren wird, d. i. daß jährlich also 1% des Fonds aus dessen eigenen Mitteln ersetzt werden muß. Auf diese Weise gelangt die Berechnung zu dem Resultate, daß der Fonds die Garantie für Hypotheken ungefähr in der achtfachen Höhe seines eigenen Betrages übernehmen könnte. Daß diese Kalkulation nicht allzu optimistisch ist, erhellt einerseits aus der Tatsache, daß auch auf dem freien Hypothekenmarkte, dem der erhöhte Zinsfuß der nicht mehr mündelsicheren Hypotheken als Risikoprämie dient, die zweite Hypothek durchschnittlich um 1% teurer ist als die erste, andererseits auch aus den Erfahrungen der deutschen Landesversicherungsanstalten, welche den Baugenossenschaften Hypothekarkredite mitunter bis 90% des Bauaufwandes gewähren, ohne irgendwie nennenswerte Verluste zu erleiden. Auf dieser Grundlage könnten daher bereits i. J. 1911 zweite Hypotheken bis zur Höhe von 3 200 000 K. garantiert werden, was beiläufig einem Gesamtbauaufwand von 9 Mill. K. entspricht, welcher Betrag, wie ein jeder auch nur oberflächliche Kenner des heutigen Standes der gemeinnützigen Baubewegung in Österreich zugeben muß, keineswegs als allzu gering anzusehen ist.

Die Kleinwohnungen, deren Bau unter Garantie des Wohnungsfürsorgefonds vor sich gehen wird, müssen, was ja selbstverständlich ist, in bautechnischer und in hygienischer Hinsicht gewissen Mindestanforderungen entsprechen. Bei Kleinwohnungen, die für landwirtschaftliche Berufsangehörige bestimmt sind, sind Stall und Scheune, sonst auch gewerbliche Werkstätten als Zubehör zugelassen. Der Fonds wird vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten verwaltet werden und wird späterhin ein eigenes zweckentsprechendes Statut erhalten.

Bis der Wohnungsfürsorgefonds aktiviert sein wird, ist es dann nur mehr an den bereits bestehenden resp. den noch zu errichtenden Anstalten der Sozialversicherung, an den Sparkassen, Gemeinden usw., von den Wohltaten desselben tatsächlich Gebrauch zu machen, damit die gemeinnützige Baubewegung in Österreich, die in allen Schichten der Bevölkerung festen Fuß zu fassen beginnt, imstande ist wenigstens an den Orten der akutesten Wohnungsnot helfend und lindernd einzugreifen.



CHRONIK

DER Bund Deutscher Bodenreformer *) zählte am 1. Mai 1910 insgesamt 551 körperliche Mitglieder und zwar:

Staatsbehörden und Gemeinden.	67
Beamtenvereine	114
Gewerbe-, Bildungs- und Bürgervereine	44
Gesundheits- und Mäßigkeitsvereine	36
Politische Vereine verschiedener Richtungen	21
Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen	152
Evangelische und katholische Arbeitervereine	50
Bau- und Siedlungsgenossenschaften	41
Mietervereine	25
Hausbesitzervereine	1

Besonders bemerkenswert erscheint die stetig wachsende Zahl der Gemeinden und Behörden.



Eine interessante neuere Erhebung von Wirtschaftsrechnungen New-Yorker Arbeiterfamilien, veröffentlicht 1909, hat folgende Ergebnisse zutage gefördert: Von 361 Arbeiterfamilien wurden, nach dem Einkommen gegliedert, für Alkohol in und außer dem Hause ausgegeben im ganzen: von 18½ Dollars (bei der Einkommensklasse von 400—599 Dollars) stetig ansteigend bis zu 60 Dollars (bei der

*) Gegen einen Jahresbeitrag von 20 M. erhält der Bürgermeister oder Gemeindevorsteher die Hefte der „Bodenreform“, des „Jahrbuchs der Bodenreform“ und der „Sozialen Zeitfragen“ regelmäßig zugesandt. Die Tatsachen, die hier aus der praktischen Gemeindepolitik mitgeteilt werden, die guten und schlechten Erfahrungen geben jeder Gemeindeverwaltung vielerlei Anregungen. Die Geschäftsstelle des Bundes Deutscher Bodenreformer befindet sich in Berlin, Lessingstraße 11.

Einkommensklasse von 1100—1199 Dollars) in Prozenten ausgedrückt: ansteigend von 2,7—5,2 % d. Einkommens. Fragt man weiter nach der Beteiligung der verschiedenen Nationalitäten am Alkoholgenuß, so ergab die Untersuchung, daß von den untersuchten Familien überhaupt Ausgaben für im Hause genossenen Alkohol verzeichneten: von den Familien amerikanischer Herkunft nur 46 %, von denen anderer Herkunft ein beträchtlich höherer Prozentsatz, von den Familien deutscher Herkunft z. B. gegen 72 %. Auch diese Erhebung bestätigt aufs neue die schon oft festgestellte Tatsache des stärkeren Alkoholverbrauchs bei den deutschen im Vergleich zu den amerikanischen Arbeitern. Zugleich wirft sie mit ein Licht auf die Frage, warum die Vereinigten Staaten trotz aller dortigen Antialkohol-Bestreбungen und der weite Gebiete umfassenden antialkoholischen Gesetzgebung doch noch einen ziemlich hohen Alkoholverbrauch aufweisen: die fremden Nationalitäten halten meist noch an ihren alkoholischen Trinksitten fest; von den Familien russischer Abkunft hatten 89, von denen italienischer Abkunft 98 %, also fast alle, und von den böhmischen alle Ausgaben für im Haus genossene Alkoholika. *Fl.*



„Im eigenen Hause nicht teurer als in der Mietswohnung“ zu leben ist jeder Familie möglich, wie der Kgl. Bauinspektor Flur in seiner unter obigem Titel in der Westdeutschen Verlagsgesellschaft in Wiesbaden erschienenen Schrift (Preis 1 Mk., Porto 10 Pfg.) an Hand vieler Beispiele nachweist. Der Verfasser behandelt die Verwirklichung des Wunsches nach einem eigenen Heim

von durchaus praktischen und finanziell zutreffenden Gesichtspunkten aus und führt Hausbeispiele vor, deren Baukosten von 3500 Mark aufwärts sich mit Nebenkosten in einer Verzinsungsgrenze von 250 bis

600 Mark und darüber bewegen. Die in den 50 Abbildungen vorgeführten Hausbeispiele mit Angabe der Baukosten sind gut gewählt, der Preis der jetzt in 4. Auflage erschienenen Schrift ist ein sehr geringer.



SOZIALE ENTWICKLUNG

DR. MED. ADOLF FISCHER, KARLSRUHE: SOZIAL-HYGIENISCHE RUNDSCHAU.

I.

Rekrutenstatistik und Volksgesundheit.

Die Rekrutenstatistik kann, wenn sie in geeigneter Weise angefertigt ist, wertvolle Tatsachen, insbesondere über den Zustand der Volksgesundheit, an das Licht bringen. Bisher ließ dieser Teil der statistischen Erhebungen in Deutschland sehr zu wünschen übrig. Es scheinen politische Beweggründe gewesen zu sein, warum die Reichsregierung so lange gezögert hat, eine auf wichtige Fragen antwortende Statistik anfertigen zu lassen. Nunmehr hat sie indessen dem Drängen der Reichstagsabgeordneten nachgegeben und eine Umfrage veranlaßt, deren sehr interessante Ergebnisse jetzt vorliegen.

Aus dem wertvollen Material, das in der Zeitschrift des preußischen Statistischen Landesamts und auch im „Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat“ für das Jahr 1908 veröffentlicht ist, seien nur einige Angaben hier hervorgehoben:

Die Rekrutenstatistik bezieht sich auf die am 1. Dezember 1906 vorhandenen Mannschaften des deutschen Heeres. An dem genannten Tage gab es 621 210 Militärpersonen.

Es interessiert nun zunächst, zu wissen, ob jeder deutsche Landesteil das seiner Einwohnerzahl entsprechende Kontingent stellte. Als Maß zur Beurteilung dieser Frage dient hierbei am besten die Ziffer, die angibt, wieviel Menschen im heiratsfähigen Alter bei der Volkszählung am 1. Dezember 1885 vorhanden waren. Es kamen damals solche Personen auf je 100 der Reichssumme in:

Provinz Ostpreußen	4,14	Königreich Preußen ..	60,56
„ Westpreußen	2,95	„ Bayern	11,34
Stadtkreis Berlin	3,56	„ Sachsen	7,00
Provinz Pommern	3,11	„ Württemberg	4,06
„ Schlesien	8,70	Großherzogtum Baden	3,38
„ Sachsen	5,13	Elsaß-Lothringen	3,34
„ Rheinland	9,32		

Jedoch die Zahl der in den oben genannten Landesteilen geborenen Soldaten entspricht zumeist nicht der Ziffer, die man nach den obigen Angaben erwarten sollte. Von hundert der Reichssumme waren geboren in:

Provinz Ostpreußen	5,58	Königreich Preußen ..	63,79
„ Westpreußen.....	3,70	„ Bayern	10,39
Stadtkreis Berlin.....	1,38	„ Sachsen	6,60
Provinz Pommern	4,07	„ Württemberg	3,72
„ Schlesien	8,88	Großherzogtum Baden	2,84
„ Sachsen	7,00	Elsaß-Lothringen	2,72
„ Rheinland	8,73		

Man sieht, daß Preußen mehr, die übrigen Staaten dagegen weniger Soldaten gestellt haben, als man erwarten konnte; man erkennt ferner, daß die agrarischen Provinzen Preußens dem industriellen Rheinlande überlegen sind; besonders auffallend ist, wie wenig Rekruten aus Berlin stammen.

Sehr beachtenswert ist ferner das Ergebnis, das man gewinnt, wenn man die Militärpersonen nach den Größenklassen der Gemeinden, in denen die Soldaten geboren sind, einteilt. Bezeichnet man, um die relative Bedeutung der Gemeindeklassen für die Rekrutenherkunft zu beurteilen, den nach dem Bevölkerungsprozentsatz zu erwartenden Anteil an Soldaten als das „Soll“ jeder Gruppe, den tatsächlichen Anteil als das „Ist“, so verhält sich jenes zu diesem

bei den Landgemeinden wie	100	zu	114
„ „ Landstädten ..	100	„	91
„ „ Kleinstädten...	100	„	86
„ „ Mittelstädten ..	100	„	83
„ „ Großstädten ...	100	„	65

Es zeigt sich also, daß das „Ist“ um so mehr hinter dem „Soll“ zurückbleibt, je größer die Einwohnerzahl der Gemeinden ist. — Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß die Statistik nur die Zahlen der dienenden Mannschaften, nicht die Ziffern der tauglichen unter den Gestellungspflichtigen angibt. Diese beiden Begriffe decken sich in Deutschland, wo infolge des starken Bevölkerungszuwachses weit mehr Dienstfähige zur Verfügung stehen, als die Heeresergänzung verlangt, keineswegs. In den bevölkerten Großstädten werden mehr Taugliche aus den verschiedensten Gründen vom Militärdienst befreit, als in den weniger bevölkerten Gegenden. Indessen, trotz dieser Einschränkung wird man zu dem Urteil gelangen, daß die Überlegenheit der Landgemeinden als Rekrutenquellen gegenüber den großen Städten nicht zu verkennen ist. Nun weiß man aber, daß in Deutschland weite Volksschichten aus den Landgemeinden in ihren Heimatorten keine Beschäftigung mehr finden und daher gezwungen sind, in den Städten ihr Brot zu verdienen. Und so drängt sich von selbst die Frage auf, in welchem Umfange die einzelnen Berufsklassen im deutschen Heere vertreten sind. Die Statistik lehrt nun, daß nur der vierte Teil der Mannschaften vor der Aushebung in der Landwirtschaft beschäftigt war; drei Viertel des Heeres hatten also einen nicht landwirtschaftlichen Beruf. Man wird aber mit Recht einwenden, daß für die Tauglichkeit zum Heeresdienst weniger der Beruf der Gestellungspflichtigen selbst maßgebend ist, als vielmehr der Beruf von deren Vätern. Die Abstammung und die Lebensweise vor der Berufswahl werden im allgemeinen von größerem Einfluß auf die Militärtauglichkeit sein, als die kurze Zeit vom Berufsbeginn bis zur Gestellung. Forscht man mithin danach, welchen Anteil des Heeres die landwirtschaftlich tätigen Väter in ihren Söhnen stellten, und welcher Anteil von den übrigen Vätern stammt, so zeigt sich, daß bei den Söhnen der ersteren das „Ist“ 118% des „Solls“, bei den Söhnen der anderen aber nur 90% beträgt; das Verhältnis sinkt bei den Söhnen, deren Väter in der Textilindustrie arbeiten noch weiter auf 57, bei den Söhnen, deren Väter im Hüttenwesen schafften, sogar auf 40%.

Auch aus dieser Gegenüberstellung erkennt man den Vorzug der Landwirtschaft vor der Industrie. Aber hierbei ist noch ein höchst beachtenswertes Ergebnis der Rekrutenstatistik zu berücksichtigen. Man hat nämlich die Väter noch danach unterschieden, ob sie im Beruf selbständig oder unselbständig sind. Und die Erhebung lehrt, daß auf 100 des „Solls“ kamen tatsächlich:

bei in der Landwirtschaft beschäftigten	
Selbständigen	180,82
Unselbständigen	73,79
bei den anderweitig tätigen	
Selbständigen	138,93
Unselbständigen	72,63.

Ausschlaggebend für die Ergiebigkeit als Rekrutenquelle ist also nicht der Beruf an sich, sondern die mit der Tätigkeit verbundenen Umstände, wie Arbeitszeit, Arbeitsraum, Arbeitsverdienst usw., die bei den Unselbständigen naturgemäß von ungünstigerer Beschaffenheit sind, als bei den selbständigen. In diesem Ergebnis liegt der Hauptwert der erörterten Rekrutenstatistik; denn man wird jetzt — im Gegensatz zu den bisherigen Annahmen — erkennen, daß, wenn man die Militärtauglichkeit, die ja ein Symptom der Volksgesundheit ist, heben will, man weniger darauf bedacht zu sein muß, einer Berufsart (bisher galt als diese die landwirtschaftliche) besondere Vorteile zu gewähren, als vielmehr darauf, durch geeignete Gesetze die Lebensbedingungen aller Unselbständigen, welche Tätigkeit auch immer diese haben mögen, zu verbessern.

II.

Wohnungselend und Wohnungsreform.

Wenn man an die Ergebnisse der Wohnungsaufnahmen, welche die Berliner Ortskrankenkasse für den Gemeindebetrieb der Kaufleute alljährlich veröffentlicht, denkt, so hat man den ungünstigsten Eindruck von den Berliner Wohnungsverhältnissen. In dem Bericht über die letzten Erhebungen dieser Kasse heißt es z. B., daß 754 = 12.32% der in den Vorderhäusern und 867 = 13.01% der in den Hinterhäusern wohnenden Kranken mit ihren Zimmergenossen noch weniger als 10 cbm Luft pro Kopf zur Verfügung hatten. Es ist zweifellos, daß in der deutschen Reichshauptstadt stellenweise sehr schlimme Wohnungszustände vorhanden sein müssen. Dies zeigt auch das neueste „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin,“ aus dem man entnehmen kann, daß dort von den 26 438 Grundstücken nur 1461 jeweils weniger als 11 Bewohner hatten, daß dagegen 6869 Grundstücke jeweils mehr als 100, teilweise sogar mehr als 200 und 300 Bewohner aufwiesen. Mit Schrecken denkt man an diese Mietskasernen. Und doch ist das Vorhandensein solch großer Wohnhäuser — für die kein Hygieniker eine Lanze brechen wird — noch nicht das Schlimmste. In Berlin ist die Sterblichkeit keine gar so hohe, und sie geht noch von Jahr zu Jahr zurück — trotz der Mietskasernen. Die Reichshauptstadt hat eben im Vergleich zu anderen Städten noch gar nicht die übelsten Wohnungsverhältnisse. Dies liegt daran, daß es in Berlin trotz des großen Bevölkerungszuwachses wenigstens keinen Wohnungsmangel, den schlimmsten aller Wohnungsmißstände, gibt. Bei der Zählung im Jahre 1908 fand man, daß 3,18% der Wohnungen leer standen, in den Arbeitergegenden sogar 5—10%. Viel größer als in Berlin ist das Wohnungselend z. B. in München, wo der Wohnungsmangel geradezu

ungeheuerlich ist. Bei der Zählung am 7. November 1909 waren nur 0,6% aller Wohnungen leer, während der allgemein angenommene Normalsatz 3% beträgt. Und wie in den Hauptstädten der beiden größten deutschen Bundesstaaten, so sind mit unwesentlichen Unterschieden die Zustände in fast allen großen und mittleren Städten des Deutschen Reiches. Überall sieht man entweder Mangel an Wohnungen oder eine übertriebene Eng-räumigkeit der Wohnweise, ganz abgesehen von sonstigen Verstößen gegen die moderne Wohnungshygiene. — Da ist es nun erfreulich zu sehen, wie man sich von mehreren Seiten her tatkräftig bemüht, dem Übel zu Leibe zu gehen. Vor allem ist es die Deutsche Gartenstadtgesellschaft, die unermüdlich danach strebt, neue Siedlungen ins Leben zu rufen. Freilich hat sie bis jetzt noch keine praktischen Erfolge aufzuweisen, was in Anbetracht der vielen Hemmnisse, die sich ihr, namentlich im Großherzogtum Baden, wo der erste deutsche Versuch gemacht wurde, in den Weg stellen, nicht zu verwundern ist. Die Gartenstadtgesellschaft will nun mit Hilfe der gesetzgebenden Körperschaften die Widerstände beseitigen. Diesem Zwecke dient eine soeben bekannt gewordene Petition, in der die beiden Kammern des badischen Landtages gebeten werden, bei der Regierung Anträge zu stellen, nach welchen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues ausreichende Mittel bereit gestellt werden sollen, die an gemeinnützige Vereinigungen bis zu neun Zehnteln des Hauswertes gegen hypothekarische Sicherheit verliehen werden können; ferner soll, soweit der großherzogliche Domänenärar Gelände besitzt, das für Kleinwohnungsbau geeignet ist, hiervon gemeinnützigen Vereinigungen zu ausnahmsweise billigen Preisen unter Bedingungen, die die Spekulation dauernd ausschließen, abgegeben werden.

Ein weiteres sehr beachtenswertes Mittel, um zu hygienischen Wohnungsverhältnissen zu gelangen, wird in der für Mai und Juni dieses Jahres geplanten Allgemeinen Städtebau-Ausstellung in Berlin zutage treten. Dieses Unternehmen soll mustergültige Leistungen des In- und Auslandes auf dem Gebiet des Städtebaues vereinigen. Für die geplante Ausstellung, deren Charakter kein geschäftlicher sein wird, haben staatliche und städtische Behörden, sowie auch Privatpersonen des In- und Auslands ihre Mitwirkung zugesagt. Zu ihrem Programm gehören: 1. Verkehrs- und Transportmittel, 2. Waldgürtel, Parkanlagen, Spiel- und Sportplätze, Friedhöfe, 3. Straßen, Plätze, Brücken, 4. Innenstadt, Geschäftsviertel, 5. Erweiterungsanlagen, Zonenbebauung, Vororte, Gartenstädte, Arbeitersiedlungen, 6. Neuschaffung von Städten.

III.

Die Zahl der ärztlich Behandelten unter den Gestorbenen.

Es ist von großer Bedeutung, zu wissen, wieviele unter den Gestorbenen in einem Lande während eines bestimmten Zeitraumes ärztlich behandelt wurden. Nur wenn dem Tode eine ärztliche Behandlung vorangegangen ist, und im Zweifelsfalle noch die Sektion gemacht wurde, kann man mit genügender Sicherheit die Todesursache feststellen. Dann aber ist die Statistik über die Häufigkeit der ärztlich Behandelten unter den Gestorbenen auch in sozialhygienischer und sozialmedizinischer Hinsicht von hohem Wert. Indessen, obwohl die Wichtigkeit solcher Erhebungen nicht bezweifelt wird, fehlt es bisher noch an hinreichendem Material, um über manche bedeutungsvolle Probleme Aufklärung zu erhalten.

Wohl wird in vielen europäischen Staaten die Leichenschau von Ärzten ausgeübt, was immerhin einen nicht unbeträchtlichen Fortschritt gegenüber dieser Verrichtung durch Laien (Handwerker, Bauern, Leichenfrauen) bedeutet. Aber es ist damit nicht viel für die Todesursachenstatistik gewonnen, deren Zuverlässigkeit sich nur auf die vorangegangene ärztliche Behandlung stützen kann. — Ausführlichere Angaben über die Zahl der ärztlich Behandelten unter den Gestorbenen existieren nur aus einigen süddeutschen Bundesstaaten; die brauchbarsten Mitteilungen enthält die „Medizinische und geburtshilfliche Statistik des Großherzogtums Baden“, welche unter Leitung des für sozialhygienische Fragen sehr interessierten Direktors des statistischen Landesamtes, Oberregierungsrat Dr. Lange alljährlich ausgearbeitet wird. Nach den neuesten Veröffentlichungen wurden im Jahre 1908 im Großherzogtum Baden 75.2% der Gestorbenen (ohne die Totgeborenen) ärztlich behandelt; das Verhältnis wird zwar von Jahr zu Jahr günstiger; denn im Durchschnitt der Jahre 1899/1908 waren nur 73.4% der Toten in ärztlicher Behandlung gewesen; jedoch, das Ergebnis ist recht wenig befriedigend. Man bedenke, daß mehr als ein Viertel aller Toten ohne jede ärztliche Hilfe geblieben ist. Und noch schlimmer als im allgemeinen sind die Zustände bei den Säuglingen; in dem Jahrzehnt 1899/1908 wurden durchschnittlich nur 53.5% von den im ersten Lebensjahre gestorbenen Kindern ärztlich behandelt. Unter den 2472 Säuglingen, die im Jahre 1908 angeblich an angeborener Lebensschwäche gestorben sind, waren 1872 ohne ärztliche Hilfe geblieben. Ebenso wenig wurde 1491 unter den 3172 angeblich an Altersschwäche Verschiedenen eine sachgemäße Behandlung zuteil. Man wird gegenüber solchen Ziffern eine ganze Reihe von Fragen nicht unterdrücken können, besonders danach, wer nun „festgestellt“ hat, daß angeborene Lebensschwäche, daß Altersschwäche vorlag, und daß es sich nicht vielleicht um ganz andere Affektionen, vielleicht um übertragbare Erkrankungen gehandelt hat. — Bemerkt sei überdies, daß die Zustände in Bayern noch schlimmer sind als in Baden. Es ist dringend notwendig, daß die Statistik der ärztlich Behandelten unter den Gestorbenen in allen Staaten eine besondere Sorgfalt erfährt; denn es gilt, wichtige Probleme zu lösen und arge Mißstände zu beseitigen.

CHRONIK

MUTTERSCHAFTS - VERSICHERUNG in Frankreich. Der Gedanke einer Mutterschaftsversicherung hat bekanntlich von Frankreich seinen Ausgang genommen, doch auch hier hat man noch keine definitive Lösung gefunden, erwartet vielmehr eine solche von der kommenden Sozialversicherung.

Bisher hat man sich mit privaten Unternehmungen, resp. Versicherungsvereinen, welche sich mit Mutterschaftsversicherung befassen, begnügt. Am blühendsten ist die Genossenschaft in Paris, welche tatsächlich einen großen Kreis von Interessenten um sich zu scharen wußte.

Die staatliche Gesetzgebung, speziell das Verbot der Frauenarbeit kurz

vor und nach der Entbindung, hat weniger Erfolg gezeitigt. Nur wenn der Mutter aus einer Versicherung zum Lebensunterhalt dienende Gelder zufließen, ist ihr die Möglichkeit gegeben, von der Erlaubnis des Gesetzgebers Gebrauch zu machen und die Arbeit zu unterbrechen. Die derzeit bestehende Mutterschaftsversicherung kommt daher wohl hauptsächlich nur einer Elite der Arbeiterinnen zugute, die wirklich in der Lage sind, die Versicherungsprämien aufzubringen. Bei diesen Versicherungen hat man festgestellt, daß die Beiträge im allgemeinen regelmäßig bezahlt werden; die dafür gebotenen Leistungen waren durchaus günstige.

Aber überall bricht sich nunmehr die Anschauung Bahn, daß diese Mutterschaftsversicherung eine umfassendere sein und möglichst vielen zugänglich gemacht werden müsse, und stets neue Pläne und Vorschläge zur Begründung von Mutterschafts-Versicherungsgenossenschaften tauchen auf.



Die Bedeutung des Schularztes.

Immer mehr ringt sich die Überzeugung von der großen Bedeutung der Schularzte für die Volksgesundheit durch. In Deutschland hatten bereits im letzten Jahre gegen 350 Gemeinden mit über 5000 Einwohnern Schularzte angestellt. Aber dennoch ist diese Einrichtung nur erst in ihren Anfängen vorhanden und bedarf noch sehr der Förderung, um zur Verallgemeinerung und nötigen Vollkommenheit zu gelangen, was sich nach den bisherigen Ergebnissen der schulärztlichen Praxis als dringend notwendig erweist. Dr. R. Dehne, der Schularzt in Berndorf in Niederösterreich ist, hält eine Augen- und Ohrenuntersuchung von Spezialärzten für dringend erforderlich. Er selbst hat die Kinder der 5000 Einwohner zählenden

Gemeinde bezüglich des Gehörorgans, der Nase und des Nasenraumes untersucht. Von 110 untersuchten Kindern litten

65 = 59 % an einer katarrhalischen Mittelohrerkrankung

17 = 16 % an einer eitrigen Mittelohrerkrankung

37 = 33 % an adenoiden Vegetationen

50 = 46 % an Hypertrophie der Tonsillen

45 = 41 % an adenoiden Vegetationen und Hypertrophie der Tonsillen.

In 48 % der Fälle machten sich operative Eingriffe nötig. Die Folge der sachgemäßen Behandlung der Kinder durch den Schularzt war ein bedeutender Rückgang der Mittelohrentzündungen und der eitrigen Mittelohrerkrankungen und eine Verminderung der Fälle von bleibender Beeinträchtigung der Hörschärfe.

In Magdeburg hat ein Schularzt auf die Klagen einer Klassenlehrerin hin über die Ermüdungen einiger Kinder in der Turnstunde 150 Schülerinnen auf Herzerkrankungen untersucht und hat solche bei 7 Mädchen gefunden, die mitgeturnt hatten, obwohl sie nach der Art ihrer Erkrankung von dem Turnen hätten ausgeschlossen werden müssen. In Magdeburg sind bei 21 700 Kindern 24 Schularzte angestellt, die in großen Berichten über ihre schulärztliche Tätigkeit im Jahre 1907/08 ihre Untersuchungsergebnisse bei 10 585 Kindern wiedergeben.

Die zahnärztlichen Schuluntersuchungen in Oldenburg ergaben, daß in der Stadtknabenschule 95,8 %, in der Volksknabenschule 93,13 und in der Elisabethschule 100 % der Kinder defekte Zähne hatten, in der Mädchenschule wurde das gleiche Resultat erzielt. Nach dem Alter waren im 7. Jahre 32,20 % aller Zähne defekt, im 8.

34,69 %, im 9. 33,64 %, im 10. 27,72 %, im 11. 25,48 %, im 12. 22,33 %, im 13. 19,98 %. Nur 3,77 % der Kinder hatten ein vollständiges intaktes Gebiß.

Da die Pflege der Zähne ein wesentliches Mittel zur Verhütung von Magenkrankheiten, besonders aber auch der Tuberkulose ist,

so kann die Schulzahnpflege nicht hoch genug bewertet werden. Das gleiche gilt aber auch für die Untersuchungen der Augen und Ohren und des allgemeinen Körperbefundes der Schulkinder. Es muß dahin gestrebt werden, daß es bald keine Schule mehr ohne Schulärzte gibt.

ssc.

ARBEITERBEWEGUNG

PROF. DR. MELCHIOR PALÁGYI, BUDAPEST:
ARBEITERGYMNASIEN IN UNGARN.



WÄHREND das amtliche Unterrichtswesen in Ungarn nur in langsamer und allmählicher Entwicklung begriffen ist, scheint es mit dem sogenannten freien oder sozialen Unterricht in rascherem Tempo vorwärts zu gehen. Einen interessanten Beleg hierfür bilden die freien „Arbeitergymnasien“, die sich bei den industriellen Klassen einer stetig wachsenden Popularität erfreuen. Institutionen des freien Unterrichts entstanden in Ungarn schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, und die ersten derartigen Anstalten waren die „freien Lyzeen“, die sich auch in der Provinz verbreiteten, aber eine soziale Wirksamkeit nicht erlangen konnten, weil sie bloß den gebildeten Mittelstand ins Auge faßten, für dessen Schulbedürfnisse anderweitig gesorgt war. In noch höherem Maße gilt dies von der „freien Universität“, weil den hohen Kulturbedürfnissen, die diese zu befriedigen sucht, an den drei Universitäten und den zahlreichen Hochschulen des Landes eine reichlichere Pflege zugewendet werden kann.

Um den freien Unterricht erfolgreicher zu gestalten, durften nicht einfach fremde Institutionen nachgeahmt werden, sondern was vor allem not tat, war die Erkenntnis der spezifischen einheimischen Verhältnisse und die geschickte Anpassung an dieselben. Bei der langsamen Entwicklung des Schulwesens mußten vor allem für die ohne Unterricht gebliebenen und vernachlässigten gesellschaftlichen Klassen entsprechende Bildungsanstalten geschaffen werden; es mußten die Mittel herbeigeschafft werden, durch welche der Massenunterricht möglichst billig und doch auch zugleich in möglichst fruchtbarer Weise organisiert werden konnte. Diese Aufgabe erfaßt und die Lösung derselben sich zum Lebensziele gesteckt zu haben ist das hohe Verdienst des Staatssekretärs, Victor v. Molnar, des Gründers der freien Arbeitergymnasien, der in mehr als zehnjähriger zäher Arbeit einen einheitlichen Plan für das freie Unterrichtswesen geschaffen und erfolgreich ins Leben gesetzt hat.

Die Verwirklichung seines Planes gelang ihm auf einem eigentümlichen, man darf wohl sagen genialen Umwege. Es galt vor allem ein groß angelegtes „wissenschaftliches Theater“ zu errichten, das geeignet sein konnte, mit Hilfe anschaulicher und künstlerischer Methoden in den Zehn- und Hunderttausenden der Volksmenge ein Interesse für Bildung und Wissenschaft zu erwecken. Nach zweijährigen Vorarbeiten gründete er zu diesem Zwecke die „Urania-Gesellschaft“, unter deren Führung das Theater schon im November 1899 eröffnet werden konnte. Es begannen in Budapest jene Serien von Vorträgen und Vorstellungen vermittelt des Projektionsapparates, die sich über alle Zweige der Wissenschaft, Kunst und Geschichte erstreckten und sich rasch eine große Beliebtheit in Volkskreisen erwarben. Die glückliche Verbindung des anschaulichen Unterrichtes mit dem künstlerischen, unterhaltenden Element hatte einen durchschlagenden Erfolg, und die neuartigen wissenschaftlichen Schauspiele verbreiteten sich alsbald in den Provinzstädten überall, wo die örtlichen Verhältnisse (elektrische Beleuchtung, Schauspiellokalitäten) die Benützung der Projektionsapparate gestatteten, so daß die Besucher dieser Aufführungen schon im dritten Jahre 400 000 überstiegen und der Ruhm der Urania sich im ganzen Lande verbreitete.

Es war nunmehr der Zeitpunkt gekommen, wo die eigentliche Aufgabe, die Organisation des freien Unterrichts in Ungarn mit den Hilfsmitteln, die das wissenschaftliche Theater darbot, planmäßig in Angriff genommen werden konnte. Die neu zu bildenden Anstalten sollten vor allem die Bedürfnisse nicht des Mittelstandes, sondern der Arbeiterklasse berücksichtigen. Es war nämlich offensichtlich, daß die höchst unzureichende Vorbildung der industriellen und Arbeiterjugend als Hauptursache vieler Übelstände in der Entwicklung der ungarischen Industrie betrachtet werden müsse. Während in anderen Kulturländern vom industriellen Lehrling eine 8jährige Vorschulung gefordert wird, genügt in Ungarn eine 6jährige, aber auch diese steht nur auf dem Papier, denn 80 Prozent der 15 000 industriellen Lehrlinge in Ungarn genießen nicht mehr als einen 4jährigen Volksschulunterricht, ja die Hälfte dieser letzteren vollendet gewöhnlich nur 2 bis 3 elementare Klassen, und es ist immer noch möglich, daß industrielle Gehilfen freigesprochen werden, die des Lesens und Schreibens kaum mächtig sind.

Die Organisation von entsprechenden Abendkursen für die vernachlässigte Arbeiterjugend konnte also nicht länger mehr aufgeschoben werden. Zwar entstanden schon in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sogenannte Fortbildungskurse für die Arbeiterjugend, aber sie blieben zufolge ihrer unzweckmäßigen Organisation ohne jegliche Anziehungskraft auf die junge Generation von Handwerkergehilfen und Arbeitern. Es mangelte damals eben noch an jener anziehenden Methodik, welche durch die Erfahrungen des wissenschaftlichen Theaters gewonnen wurde. Dem Aufrufe Victor v. Molnars folgend arbeitete nunmehr der wissenschaftliche Verein „Urania“ den Lehrplan der zu gründenden Arbeitergymnasien aus. Zwölf Gegenstände der Bürger- und Mittelschule wurden auf drei Jahrgänge verteilt, jeder Lehrgegenstand in zwölf Kapitel zerlegt und mit allen wünschenswerten projizierten Illustrationen reichlich ausgestattet. Je ein Kapitel durfte die Ausdehnung von 1—1½ Druckbogen nicht überschreiten, so daß es in Begleitung von 60—80 projizierten Bildern im Verlaufe einer Stunde vorgetragen werden konnte. Die zwölf Lehrgegenstände, die also in 144 Kapitel zerfielen, sollten in ebenso vielen Heften zu 5—8000 Exemplaren gedruckt werden, damit der Text der Vorträge zwischen den Hörern zur Verteilung kommen

könne. Mit welchem Eifer die eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der Vorträge schritt, ist daraus ersichtlich, daß über 100 Hefte schon erschienen und 20—30 sich unter Druck befinden.

Andererseits schritt die Organisation der Lehrkurse mit einer Raschheit vorwärts, wofür wir in den ungarischen Kulturbewegungen kaum ein ähnliches Beispiel haben. Im Verlaufe von zwei Jahren verbreiteten sich die Arbeitergymnasien über das ganze Land. Im verflossenen Schuljahre bestanden schon 50 Arbeitergymnasien, in denen alltäglicher Unterricht erteilt wurde, und 25 gymnasiale Abendkurse, an denen wöchentlich 2—3 Vorträge gehalten wurden. Die Anzahl der Hörer betrug auch noch am Ende des Schuljahres über 5000 und ist allen statistischen Anzeichen nach in stetem Wachsen begriffen. Die Anwendung der projizierten Bilder erwies sich als ein höchst fruchtbares, anschauliches Lehrmittel. Für die in der Werkstattarbeit ermüdeten Arbeiter bedeutet diese Art von Anschauungsunterricht in künstlerischer Form förmlich eine Erholung und geistige Erquickung. Es ist interessant zu beobachten, daß die Arbeiter 1—1½ ja 2 Stunden hindurch ohne Zeichen von Ermüdung mit gespannter Aufmerksamkeit dem Vortrage folgen.

Wie ernst aber die junge Arbeitergeneration diese Studien nimmt, ist daraus zu erkennen, daß sie sich scharenweise zu Prüfungen aus den unteren Klassen der Bürgerschule meldet. Durch solche Prüfungen eröffnen sich den jungen Arbeitern Hunderte, ja Tausende von Anstellungen in großen Staatswerkstätten und Fabriken, die ihnen bisher verschlossen waren und demzufolge Anlaß zu tiefgehender Unzufriedenheit der Arbeiterklasse boten. Überhaupt läßt sich Victor v. Molnar von der Grundanschauung leiten, daß die Milderung von sozialen Klassengegensätzen am zweckmäßigsten auf kulturellem Wege angebahnt werden kann. Fühlt der Arbeiter, daß ihm der Weg zur Aufklärung, Fortbildung und zur Aneignung nützlicher Kenntnisse, also auch zu einem menschenwürdigen Fortkommen offensteht, so eignet er sich eine positive, staatserhaltende Gesinnung an und wird zum Träger der industriellen Blüte seiner Heimat. Wie dem auch sei, jedenfalls befindet sich Ungarn auf dem Wege, die Mängel seines amtlichen Schulwesens durch glückliche Ausgestaltung des freien und sozialen Unterrichtes in wirksamer Weise wettzumachen.



TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

LEOPOLD KATSCHER, MÜNCHEN: FUSANG.

(Nachdr. verboten.)



IR haben es da mit einer interessanten Frage zu tun — einer Frage, die schon vor mehr als einem Jahrhundert aufgeworfen wurde, ohne bisher gelöst worden zu sein: Ist es wahr, daß die Chinesen etwa tausend Jahre vor Kolumbus und Vespucci den Boden Amerikas betreten haben? Und wenn ja: welcher Teil der neuen Welt war es? Wenige Gelehrte nur haben sich bisher an dem hierüber entbrannten Streite

beteiligt; aber selbst unter diesen wenigen gibt es zwei Parteien: eine bejahende und eine verneinende. Ein großes Verdienst erwarb sich Karl G. Leland in dieser Sache, indem er sich der Mühe unterzog, die gesamte Literatur, die sich direkt oder indirekt auf die in Rede stehende Frage bezieht, zu durchstöbern und die Resultate in einem höchst anregenden Buche zusammenzustellen. (Unter dem Titel: „Fusang“; London, Trübner & Co.) Besehen wir uns einmal den Stand der Frage näher.

In den Berichten der Pariser Académie des inscriptions et belles-lettres für das Jahr 1761 findet sich eine Abhandlung des gelehrten Forschers Deguignes; darin wird erzählt, in den Werken alter chinesischer Historiker seien Aufzeichnungen enthalten, wonach im fünften Jahrhundert unserer Ära reisende Chinesen ein Land „Fusang“ entdeckt hätten; dieses Land sei — so folgerte Deguignes aus den ihm zur Verfügung gestandenen schwachen Quellen mit großem Scharfsinn — sehr wahrscheinlich im westlichen Amerika, in Mexiko oder Kalifornien zu suchen. Auch erwähnte er, daß das den Mitteilungen der Geschichtsschreiber zugrunde liegende Dokument ein Reisebericht des Mönches Hœi Schin sei, der als buddhistischer Missionär anno 489 „aus dem Osten“ nach China zurückgekehrt war und seine Beobachtungen den „Annalen des Reiches“ zur Verfügung gestellt hatte. Aus den Annalen entnahmen Poeten, Romanschreiber und Historiker den Bericht und verballhornten ihn derart, daß Deguignes Mitteilungen, die nicht auf der Kenntnis des Originalberichts, sondern eben auf den Verballhornungen beruhten, keinen Glauben, überhaupt keine Beachtung fanden. Erst siebenzig Jahre später hörte man wieder von Fusang. Klaproth griff Deguignes' Darlegungen heftig an („Nouvelles Annales des Voyages“, 21. Band, 1831), leugnete die Wahrheit der Geschichte und die Richtigkeit der aufgestellten Thesen; doch waren diese Angriffe ganz willkürlich, da Klaproth sich in Widersprüche verwickelte, geradezu Widersinniges behauptete und eigentlich nichts Positives vorbringen konnte. Es begann bereits Mode zu werden, Klaproths Ansichten in dieser Affäre für unfehlbar zu halten, als ein Professor der orientalischen Sprachen an der Münchener Universität, Karl Friedrich Neumann, dem dies mißfiel, 1841 eine wörtliche deutsche Übersetzung der Hœi Schinschen Nachrichten (nach dem Original in den chinesischen Annalen) veröffentlichte. Es ist derselbe hochgelehrte Neumann, der während seines mehrjährigen Aufenthaltes im Reiche der Mitte zehntausend chinesische Werke sammelte, die später an die Münchener königl. Bibliothek übergingen. An jenen Bericht knüpfte Neumann Bemerkungen, welche zeigten, daß er schon weiter gekommen sei, als Deguignes und Klaproth. Besonders trug zur Entwaffnung des letzteren bei, daß Neumann geschickt für die Möglichkeit argumentierte, daß die Chinesen zu jener Zeit per Schiff von ihrer Küste nach der amerikanischen haben gelangen können, während Klaproth gemeint hatte, es sei unmöglich, ohne die Behelfe und feinen Instrumente der Jetztzeit derlei Touren zu machen und speziell Entfernungen zur See zu messen. Der Nächste, der sich in den Streit mischte, war Gustav von Eichthal (Revue archéologique 1862); er verteidigte Deguignes ebenfalls gegen Klaproth und brachte manche neue Idee vor; auch klärte er manches, was Neumann noch zu dunkel und fabelhaft vorkam und was er daher — aus Furcht, es könne der bejahenden Theorie schaden — in seinem Werke nicht erwähnte, im Lichte moderner Forschung auf. Zwar ließ sich noch nichts Bestimmtes sagen, aber vieles Unwahrscheinliche wurde wahrscheinlich, Wahrscheinliches wurde gewiß. Damit, daß Klaproth mit großem Aplomb behauptet hatte, Fusang habe wohl

existiert, aber es sei darunter ein Teil von Japan zu verstehen, gab er sich noch 1864 dem Spotte Neumanns und Don Jose Perez' preis; war doch Japan den Chinesen zu jener alten Zeit nicht nur bekannt, sondern diese beiden Länder unterhielten gerade damals einen lebhaften Verkehr miteinander. Nachdem die Diskussion sich also immer mehr zugunsten Hoei Schins gestaltete, trat 1869 Dr. Bretschneider in Peking, der bekannte Orientalist, mit einem langen Artikel auf, dessen Kern die Ansicht, ja die bestimmte Versicherung war, der Mönch, welcher jene Schilderung geschrieben, sei ein Lügner, „ein großer Humbugmacher“ gewesen. Zwar sind seine (Bretschneiders) Argumente nicht verwerflich, wie die seines einstigen Lehrers Klaproth, aber er kann gar nichts beweisen. Leland nun, der mit Neumann auf intemem Fuß gelebt hatte, ließ sich von Bretschneider nicht überzeugen, sondern glaubte an Schins Ehrlichkeit. Mit rührender Sorgfalt sammelte er jedes Argument für und wider. Er gelangte zu dem Schlusse, daß es sehr seltsam wäre, wenn zu jener Zeit keine Chinesen in Amerika gewesen sein sollten. In der Tat, es sind der dafür sprechenden Gründe nicht wenige. Vor allem der Umstand, daß die Kaiserinnen im fünften Jahrhundert alles Mögliche aufboten, Missionäre selbst in die größten Entfernungen auszusenden, um dem Buddhismus Verbreitung zu verschaffen. Unter diesen Priestern gab es, wie wir wissen, sehr geschickte Astronomen und Geographen. Die Überfahrt war sehr leicht zu bewerkstelligen; Leland veröffentlicht in seinem Buche unter anderm eine Abhandlung des Obersten Barclay Kennon, eines hohen Beamten der Vereinigten-Staaten-Vermessungs-Behörde, der mehrere Jahre auf dem nördlichen Stillen Ozean mit der Vermessung der asiatischen und amerikanischen Küsten verbracht hat. Dieser Mann beweist, daß man von China nach Amerika ganz gemächlich in einem offenen Boot übersetzen könne; er selbst habe Sommer und Winter auf einem kleinen offenen Pilotenboot zugebracht und sei darin mehr als 40 000 englische Meilen gefahren. Merkwürdig genug ist auch die auffallende Ähnlichkeit vieler nordamerikanischer Indianerstämme mit mongolischen; auch läßt sich die Verwandtschaft der ostasiatischen Sprachen mit denen der Eingeborenen des amerikanischen Westens nicht leugnen. Daß China in jener Epoche einen lebhaften Handelsbetrieb besaß und daß die Übervölkerung dieses dicht bewohnten Landes leicht zur Auswanderung, zur Entdeckungslust verleiten konnte, erhöht die Wahrscheinlichkeit. Alles in allem haben wir da eine Kette von Beweismomenten, die viel stärker ist als jene, welche für die angebliche, von Vielen für eine Tatsache gehaltene Entdeckung Amerikas durch einige Isländer spricht (im 10. Jahrhundert). Leland ist überzeugt, daß es nur eines ganz geringen Faktums bedarf, um den Beweis zu erbringen, daß Chinesen im 5. Jahrhundert in Amerika waren. Dieses Faktum ist möglicherweise im Schinschen Berichte zu finden.

Nun folgt die Besprechung der Frage, welcher Teil der neuen Welt unter „Fusang“ zu verstehen wäre, wenn man annähme, ein solches Land sei in Amerika und von dem, der es schildert, auch wirklich gesehen worden. Entweder die Schilderung ist lügenhaft — nach Bretschneider kann sie erfunden sein zugunsten des Buddhismus — oder aber unsere archäologischen Kenntnisse von Amerika sind noch sehr mangelhaft; vielleicht ist auch beides der Fall, denn sobald wir, um diese zweite Frage zu untersuchen, auf den eigentlichen Inhalt des mönchischen Berichts übergehen, stimmt uns die Geschichte nicht mehr. Hoei Schin kam „im ersten Jahre des ewigen Ursprungs“ 499 n. Chr. zu dem Beamten seines Bezirks und erzählte, er komme aus dem Lande Fusang, welches etwa 20 000 chinesische Meilen östlich von Tahan

(Alaska) liege. Dort gäbe es viele Fusang-Bäume, nach denen das Land benannt sei und die eine birnenförmige rote Frucht tragen. Die Bewohner benutzen diesen merkwürdigen Baum zu allem Möglichen; er liefert ihnen Speise und Trank, Bauholz und Kleidung, Schreibmaterial und Nähwerkzeug. Die Rinde gibt Papier, Seide und Leinwand. Die Häuser — oder vielmehr Hütten — werden aus Holzbalken gebaut; Mauern und Befestigungen sind unbekannt, ebensowenig wissen die Fusanger, was Krieg und Waffen seien. Sie kennen dagegen geschriebene Hieroglyphen und rechnen ihre Zeit nach einem zehnjährigen astronomischen Zyklus. Sie besitzen ein nördliches Gefängnis für schwere, ein südliches für leichte Verbrecher. Ledigē, die auf Lebenszeit gefangen gehalten werden, dürfen zwar heiraten, aber ihre Kinder werden im Alter von 8—9 Jahren als Sklaven verkauft. Begehe jemand aus den niederen Klassen ein Verbrechen, so würde er allein bestraft; sei aber der Schuldige von höherem Range, so werden auch seine Kinder, Enkel und zuweilen auch die Urenkel auf zehn Generationen im vorhinein degradiert. Die Hörner der Ochsen in Fusang seien so groß, daß man 10 Bushel diverser Dinge darin aufbewahren könne, was auch geschehe. Hirsche werden als Haustiere benützt, und aus der Milch der Hirschkuh machte man Butter. Äpfel und Schilfrohr seien ebenfalls vorhanden; letzteres diene zur Anfertigung von Matten. Eisen gebe es nicht, wohl aber Kupfer, Gold und Silber, doch seien diese Metalle dort keine Umlaufsmittel und Wertmesser. Der König werde „Ichi“ genannt und sei von drei abgestuften Adelsklassen umgeben. Wenn ein Ichi sterbe, so beschäftige sich sein Nachfolger drei Jahre lang nicht mit Staatsgeschäften. Will ein junger Mann heiraten, so muß er nicht um die Hand der Erwählten anhalten, sondern er hat sich vor deren Tür eine Hütte zu bauen und ein Jahr hindurch den Boden täglich zu bewässern und zu fegen, morgens und abends. Ist der Termin um, so erklärt ihm das Mädchen, ob sie ihn wolle oder nicht; ersterenfalls genügt das Jawort, um die Ehe gültig zu machen; letzterenfalls zieht der Jüngling von dannen. Wenn Verwandte sterben, so werde 3—7 Tage gefastet und lamentiert. Was die Religion des Landes betreffe, so sei einst eine ganz andere gewesen — welche wird nicht gesagt, aber „im zweiten Jahre des großen Lichtes“ (488 n. Chr.) seien schon vor ihm (dem Erzähler) fünf Mönche aus Kipin (Samarkand, Afghanistan, Beludschistan, welche Länder sofort nach Buddhas Tod dessen Glauben annahmen) nach Fusang gekommen, hätten dort als buddhistische Missionäre ihre Religion verbreitet und große Änderungen in den Landessitten bewerkstelligt. Dies das Skelet des Hoei Schin-schen Originalberichts, den Leland nach der deutschen Übersetzung Neumanns vollinhaltlich englisch wiedergibt.

Die größte Wahrscheinlichkeit, mit Fusang identisch zu sein, hat Mexiko für sich. Schon die von Schin angegebenen, ausführlichen Daten über die Richtungen und Entfernungen mehrerer Stationen auf seiner Reise nach Fusang führen uns an die nordwestliche, mexikanische Küste von Amerika. Auch wissen wir, daß Eisen, welches gegenwärtig in so großen Mengen in Neu-Spanien gewonnen wird, den alten Bewohnern Mexikos unbekannt geblieben war. Die von Schin erwähnte Art des Heiratens wird noch heute bei vielen nordamerikanischen, speziell mexikanischen Stämmen beobachtet. Dazu kommt die oft auffallende Ähnlichkeit zwischen den Pueblo-Indianern und den Tungusen, sowie eine Menge kleiner Analogien. Am meisten springt jedoch der Bericht über den Fusangbaum hervor. Damit sollte höchst wahrscheinlich die *Agave americana* (indianisch „maguey“) gemeint sein. Dieses

Gewächs hat alle Eigenschaften des Fusangbaumes an sich und wird noch heut zu denselben Zwecken verwendet wie dieser. Aus dem Saft wird bekanntlich ein berauschendes Getränk, aus den gekochten Wurzeln eine angenehme Speise bereitet. Aus der Rinde macht man starkes Papier, die großen steifen Blätter dienen zu Matten und zur Bedachung des Hauses oder vielmehr der Hütte; die Fasern liefern Zwirn und Seil, die Dornen Nadeln. Und so war all dies auch zur Zeit der Azteken. Es ist also einige Evidenz vorhanden für Mexiko; allein gar manches in Schins Beschreibung läßt uns an Mexiko wieder zweifeln.

Nun probiert Leland, ob Fusang nicht mit Peru identisch sei. Auch da gibt es manche Ähnlichkeit, z. B. die Bauart der Häuser, die Verwendung der Aloe, die Unbekanntheit mit befestigten Plätzen (wenigstens in vorinkaschen Zeiten), die Benützung der Hirsche als Haustiere, der zehnjährige Zyklus (während die Azteken einen 52 jährigen hatten). Der Titel des Königs, wie ihn Schin angab, „Ichi“, könnte sehr leicht nichts anderes sein, als die chinesische Aussprache für Inka. Wer Prescotts Geschichte der Eroberung Perus aufmerksam liest und mit Lelands Buch vergleicht, wird noch manche andern Analogien finden. Es ist auch, meint Leland, nicht unmöglich, daß Fusang Mexiko sei, daß aber dieses Mexiko damals peruanische Sitten gehabt habe.

Für keine der vorgebrachten Kombinationen ist ein Beweis erbracht. Die meisten Zweifel werden bezüglich der angeblichen Verbreitung des Buddhismus in Fusang angeregt, denn in ganz Amerika finden wir keine Spur von dieser Religion. Es mag übrigens sein, daß Hoei Schin wirklich in Fusang-Amerika war, daß er aber mit seinen Bekehrungsversuchen nicht reüssierte und daher, um seinem Ansehen nicht zu schaden, den auf Religion bezughabenden Teil seiner Erzählung erdichtete. Jedenfalls ist der Gegenstand wichtig und interessant und verdient weitere eingehende Forschungen seitens der Fachgelehrten. Hoffen wir, es werde daran um so weniger fehlen, als es ja wahrscheinlich genug ist, daß sich in Amerika oder in den so schwer zugänglichen Archiven Chinas noch gänzlich unbekannte Quellen auffinden lassen dürften.

CHRONIK

EINEN Vergleich der Erfindertätigkeit in verschiedenen Ländern stellt A. du Bois-Reymond in seinem Werke „Erfindungen und Erfinder“ an. Die im Verlag von Rudolf Mückenberger in Berlin erscheinende Wochenschrift „Prometheus“ berichtet darüber in Nr. 1024 des Jahrganges 1909 unter Wiedergabe der folgenden statistischen Tabelle.

Land	Patent-anmeldungen		Analphabeten unter den Rekruten in vH der Bevölkerung
	im Jahre 1900	auf je 100 000 Einwohner	
England	15 300	37	3,7
Vereinigte Staaten	22 600	30	—
Deutschland	14 800	26	0,07
Belgien	1 390	31	10,1
Frankreich	7 020	18	4,6
Schweden	900	18	0,08
Italien	1 030	3	33,8

Es ergibt sich die interessante Tatsache, daß die Produktion von Erfindungen, gemessen an der Anzahl der angemeldeten Patente, in den einzelnen Ländern sich als durch äußere Momente stark beeinflußt erweist. So lassen sich auf eine bedeutsame Einwirkung der allgemeinen Bildung eines Volkes, der Bevölkerungsdichte, der Verkehrsverhältnisse, der sozialen Verhältnisse, der Hauptbeschäftigungszweige der Bevölkerung, der Entwicklungsstadien der Industrie, Technik und Naturwissenschaften Schlüsse ziehen. Die statistische Tabelle zeigt die Hauptindustrieländer England, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Belgien auch als am tätigsten auf dem Gebiete der Erfindungen. Die Zahl der Patentanmeldungen auf je 100 000 Einwohner ist sogar für Belgien noch etwas größer als für die Vereinigten Staaten und Deutschland und rund zehnmal so groß als für das noch am Anfang seiner industriellen Entwicklung stehende und recht rückständige Italien, dessen Gesamterfindungszahl sogar nicht unerheblich hinter der des kleinen, aber industriereichen, wohlhabenden und gebildeten Belgiens zurückbleibt. Das entsprechende Bild bieten nun aber auch die verschiedenen Gegenden einund desselben Landes. So weist eine Aufstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes nach, daß das Deutsche Patentamt in den dreißig Jahren von 1877 bis 1907 von insgesamt erteilten 194 525 Patenten 128 250 Patente an deutsche Erfinder erteilt hat. Davon entfallen auf Berlin 22 756, auf die Rheinprovinz 17 710 und auf das Königreich Sachsen 15 721, also zusammen 56 187 Patente, oder nahezu

die Hälfte auf die drei Hauptindustrialbezirke Deutschlands. Dagegen haben beispielsweise die industriearmen Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen zusammen in dem gleichen Zeitraum noch nicht 2000 Patente erhalten.

Dipl.-Ing. *Paul E. Hirsch*-Berlin.



Der internationale Verkehr mit Kraftfahrzeugen ist durch ein internationales Abkommen vom Oktober 1909, das am 1. Mai 1910 in Kraft getreten ist, neu geregelt worden. Dem Abkommen sind bisher folgende Staaten beigetreten: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich - Ungarn, Spanien, Rußland, Bulgarien und Monaco. Die wichtigste Neuerung auf Grund dieses Abkommens ist die Einführung eines internationalen Fahrausweises (der *in* Deutschland auf Antrag bei der zuständigen höheren Verwaltungsbehörde gegen eine Gebühr von 3 Mark ausgestellt wird). Für ausländische Kraftfahrzeuge mit internationalem Fahrausweis entstehen wesentliche Erleichterungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen. Auch für den Handel mit Automobilen, die mit eigener Triebkraft ein- bzw. ausgeführt werden, sind besondere Vorschriften erlassen worden. So erhalten die zum dauernden Verbleib ins Ausland gelangenden Kraftfahrzeuge an Stelle der Zulassungsbescheinigung den internationalen Fahrausweis. Ohne Zweifel wird der bisher noch vielfach sehr erschwerte internationale Automobilverkehr durch das neue Abkommen wesentlich erleichtert und gefördert werden!

Dr. John Mez.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

LEO TOLSTOI: ÜBER DEN SELBSTMORD.

Sophie Gräfin Tolstoi veröffentlicht soeben ein hochinteressantes Schreiben ihres Gatten über den Selbstmord, welches bei der Sortierung der Handschriften des greisen Philosophen ihr unter die Hände kam und bisher unveröffentlicht war. Die Gräfin meint (und man muß mit ihr darin völlig übereinstimmen), daß eben jetzt, wo die Selbstmorde eine so alltägliche Erscheinung geworden sind, die Ideen, welche Leo Nikolajewitsch in diesem Aufsatz zum Ausdruck bringt, möglicherweise dem einen oder dem andern nützen und dazu verhelfen können, sich von dem fatalen Seelenzustand, der die Menschen zum Selbstmord treibt, zu befreien. Die Schrift Tolstois lautet:

„Die Frage, ob der Mensch im allgemeinen das Recht habe sich das Leben zu nehmen, — ist falsch gestellt. Falls er es kann, so hat er auch das Recht dazu. Ich bin der Meinung, daß die Möglichkeit sich zu töten ein Rettungsventil ist. Bei dieser Möglichkeit hat der Mensch nicht das Recht (hier ist der Ausdruck: Recht haben wohl am Platze) zu sagen, das Leben sei ihm unerträglich. Man kann nicht leben, — und so tötet man sich, und so ist niemand da, der von der Unerträglichkeit des Lebens sprechen kann. Dem Menschen ist die Möglichkeit gegeben, sich zu töten, und deshalb hat er das Recht sich zu töten, und er macht auch immerfort Gebrauch von diesem Rechte, bei Duellen, im Krieg, durch Ausschweifungen, Alkohol, Tabak, Opium usw. Die Frage kann nur die sein, ob es vernünftig und sittlich ist (vernünftig und sittlich deckt sich stets) sich zu töten?

Nein, — es ist unvernünftig, ebenso unvernünftig, wie die Schößlinge einer Pflanze zu beschneiden, die man vernichten möchte: sie wird nicht vernichtet, sie wird nur unregelmäßig wachsen.

Das Leben ist unverwüstlich, — es besteht außer Zeit und Raum — und deshalb vermag der Tod nur seine Form zu ändern, nur seine Erscheinung in dieser Welt zu unterbrechen. Wenn ich es aber in dieser Welt unterbreche, so weiß ich fürs erste nicht, ob seine Erscheinung in einer anderen Welt mir angenehmer sein wird, und, zweitens, entziehe ich mir die Möglichkeit, daß mein „Ich“ alles das erprobt und erlangt, was es in dieser Welt erlangen konnte. Außerdem und vor allem ist dies deshalb unvernünftig, weil wenn ich mein Leben deswegen abbreche, weil es mir unangenehm zu sein schien, — ich damit bezeuge, daß ich total verfehlte Begriffe über die Bestimmung meines Lebens habe, indem ich voraussetze, daß seine Bestimmung in den Vergnügungen beruht, wo doch seine Bestimmung einerseits die persönliche Selbstvervollkommnung ist, anderseits darin besteht, jener Sache zu dienen, die sich vermitteltst des gesamten Lebens der Welt vollzieht. Eben das ist es, wodurch der Selbstmord auch unmoralisch wird. Dem Menschen ist das ganze Leben wie auch die Möglichkeit bis zum natürlichen Tode zu leben bloß mit der Bedingung verliehen, daß er dem Leben der Welt dient; er aber

*) Die im Aprilheft der D. d. F. im Artikel von Dr. E. H. Schmidt „Leo Tolstoi als Gegner der modernen Wissenschaft“ besprochene Schrift Tolstois: „Über die Wissenschaft“ erscheint demnächst im Verlage von L. M. Waibel u. Comp. in Heidelberg.

machte sich das Leben zunütze, solange ihm dies angenehm war, weigert sich jedoch, der Welt zu dienen, sobald ihm das Leben unangenehm erscheint, obzwar aller Wahrscheinlichkeit nach dieses Dienen eben in der Zeit begonnen hat, als ihm das Leben unangenehm erschien. Jede Arbeit kommt uns am Anfang unangenehm vor.

In der Optiner Einsiedelei lag seit mehr als 20 Jahren ein vom Schlag gelähmter Mönch, der nur seinen linken Arm noch gebrauchen konnte. Die Ärzte sagten, daß er heftige Schmerzen erdulden mußte, doch nicht nur, daß er über seinen Zustand nicht klagte, sondern sich bekreuzend, auf die Heiligenbilder schauend, lächelnd, gab er beständig seiner Dankbarkeit Gott gegenüber Ausdruck und seiner Freude ob des Funkens von Leben, der in ihm sprühte. Viele Tausende Besucher kamen zu ihm, und es ist schwer sich all das Gute vorzustellen, das sich von diesem, aller Tätigkeit beraubten Menschen aus in der Welt verbreitet hat. Sicherlich hat dieser Mensch viel mehr Gutes getan, als Tausende und abermal Tausende gesunder Menschen tun, die sich einbilden, daß sie durch allerlei Institutionen der Welt dienen.

Solange Leben im Menschen ist, kann er sich vervollkommen und der Welt dienen. Doch kann er der Welt dienen, nur indem er sich vervollkommnet; vervollkommen aber kann er sich nur, indem er der Welt dient.“



LEOTOLSTOI: GESPRÄCH MIT EINEM WANDERER.

ICH ging früh morgens aus, die Seele voll Freude und Wohlbehagen. Ein prächtiger Morgen! Die Sonne, soeben aufgegangen, steigt hinter den Bäumen empor. Der Tau glitzert im Grase und an den Bäumen. Alles ist so lieb! Man fühlt sich so wohl, daß man nicht sterben möchte. Jawohl, man möchte nicht sterben. Leben möchte man noch auf dieser Welt mit solcher Herrlichkeit ringsumher und solcher Freude in der Seele. Nun aber, das ist nicht meine Sache, sondern des Herrn ...

Ich nähere mich dem Dorfe; gegenüber dem ersten Haus auf der Straße steht seitwärts, mir zugekehrt, ein Mann und regt sich nicht. Er erwartet augenscheinlich etwas oder jemanden; wartet in solcher Weise, wie nur das Arbeitervolk zu warten versteht, ohne Ungeduld, ohne Verdruß. Ich trete näher an ihn heran — ein bärtiger Bauer, mit struppigem, grau meliertem Haar, fest gebaut, mit schlichtem Arbeitergesicht; raucht, aber keine Papierzigarre, sondern ein Pfeifchen. (Es herrscht nämlich unter dem russischen Landvolk die Unsitte, aus einer schmalgedrehten, aus dem gewöhnlichsten beliebigen Papier verfertigten Tüte zu rauchen.) Wir grüßten einander.

Es entspann sich ein Gespräch. Ich rate dem Bauern, er solle das Rauchen aufgeben.

„Möchte es schon tun; doch langweilt man sich ohne die Pfeife. Die Fliegen lassen einem keine Ruhe. Hauptsächlich tue ich es wegen der langen Weile. Wenn mir bange wird, greife ich sofort nach ihr. Das ganze Übel ist — daß man Bangigkeit fühlt. So bange ist's einem manchmal, ach so bange“ — sagte er mit gedehntem Ton.

„Wenn einem bange ist, ist's doch besser, an die Seele zu denken.“

Er hob den Blick zu mir empor; sein Gesicht veränderte sich plötzlich. Er war aufmerksam, ernst, nicht so, wie zuvor, gutmütig, humoristisch, redefertig. „An die Seele denken; an die Seele also“, sagt er, prüfend mir in die Augen schauend.

„Jawohl. Wenn man an die Seele denkt, so vergehen einem alle Dummheiten.“

Sein Antlitz leuchtete liebevoll auf.

„Das hast du recht, Väterchen. Ganz recht sprichst du. Die Seele, das ist die Hauptsache. Die Hauptsache ist die Seele.“ Er schwieg eine Weile.

„Dieses da — ist etwas, — alles sonst nichts als Dummheiten. Die Seele ist das Allererste“, wiederholte er. „Recht sprichst du.“ Und sein Gesicht wurde noch gütiger und ernster.

Ich wollte fortfahren im Gespräch, doch drang mir etwas in die Kehle. Ich war sehr weich geworden, bis zu Tränen ergriffen, — konnte nicht weiter-sprechen, nahm Abschied von ihm und ging in freudiger, gerührter Stimmung, meine Tränen zurückhaltend, meines Weges weiter.

Ja, wie soll man sich da nicht freuen, wenn man unter einem solchen Volke lebt, wie sollte man nicht das Allerhöchste von einem solchen Volk erwarten?



BILDUNGSWESEN CHRONIK

DIE geplante chinesische Universität. Die chinesische Jugend ist in den letzten Jahren bekanntlich vom lebhaften Wunsch nach höherer, modernerer Bildung erfüllt. Den Kindern der Reichsten wird eine solche auf den Hochschulen Europas vermittelt. Die Söhne des Mittelstandes suchten sie auf den Hochschulen Japans, fanden sie aber nicht immer zu ihrer eigenen und ihrer Eltern und Vorgesetzten Befriedigung, und so konnte der Gedanke, nationale Hochschulen in China selbst zu schaffen und mit allen modernen Hilfsmitteln und Lehrmethoden auszustatten, entkeimen und Wurzel schlagen.

Im Herzen des Reiches, in Hankau, ist der Bau der ersten chinesischen Universität geplant, und zwar ging der Gedanke hierzu von euro-

päischer Seite, von den Hochschulen in Oxford und Cambridge, aus. In voller Erkenntnis dessen, daß die alte Kultur Chinas nicht verloren gehen dürfe, sind in den Lehrplänen daher Vorlesungen über altchinesische Kultur in systematischer Folge solchen über die modernen exakten Wissenschaften angereiht. Herrschendes Prinzip ist die Auffassung, daß der Chinese vermöge seiner natürlichen Anlagen sich ausgezeichnet zum exakten Arbeiter, sei es auf welchem Gebiete immer, zum klugen Kaufmann, zum verlässlichen Ingenieur, eigne. Andererseits hofft man mit Recht von einer gegenseitigen innigen Durchdringung Konfutseanischer und westlicher Moralphilosophie neue Kulturwerte. Die nächsten Jahre werden lehren, ob diese Hoffnungen berechtigt waren.

